

GESCHÄFTSBERICHT 2014

L-BANK IN ZAHLEN

ÜBERSICHT 2011–2014 In Mio. EUR	2011	2012	2013	2014
Bilanzsumme	67.991,94	70.629,81	70.682,10	70.190,09
Eigenkapital	2.368,79	2.516,15	2.616,91	2.714,68
Zinsüberschuss ¹	420,76	437,82	414,03	375,54
Jahresüberschuss	640,96	147,35	100,77	49,19

	2011	2012	2013	2014
Kernkapitalquote ²	9,71 %	14,15 %	15,68 %	14,17 %
Kernkapitalquote fully phased-in ³	–	–	12,11 %	13,95 %
Gesamtkapitalquote	15,79 %	19,07 %	20,28 %	16,87 %
Eigenkapitalrendite	23,04 % ⁴	14,02 %	11,73 %	12,22 %
Cost-Income-Ratio	29,46 %	30,08 %	32,67 %	39,62 %

2014	Moody's	Standard & Poor's
Rating	Aaa	AAA

¹ Betriebswirtschaftliche Betrachtung ² Bis 2013 Basel II, ab 2014 CET1-Quote Basel III auf Basis Regelung Stand Stichtag ³ CET1-Quote Basel III auf Basis Regelung Vollumsetzung 2018 ⁴ Ohne Berücksichtigung der Auflösung der Vorsorgereserven gem. § 26a KWG a. F. und 340f HGB ermittelt

INHALT

GRUSSWORT DES VORSITZENDEN DES VORSTANDS	06
GRUSSWORT DES MINISTERPRÄSIDENTEN	08
GESCHÄFTSFELDER	
Die L-Bank – Aus Liebe zum Land	10
Wohnen in Baden-Württemberg	12
Unternehmen in Baden-Württemberg	16
Leben in Baden-Württemberg	22
Engagement unterstützen	26
Förderung nach Geschäftsfeldern	28
CORPORATE GOVERNANCE BERICHT	31
LAGEBERICHT	
Bericht des Vorstands der L-Bank über das Geschäftsjahr 2014	34
Bericht des Verwaltungsrats	75
JAHRESABSCHLUSS	77

GRUSSWORT DES VORSITZENDEN DES VORSTANDS



Liebe Geschäftspartnerinnen und Geschäftspartner,

mit rund 8,8 Mrd. Euro hat die L-Bank letztes Jahr Investitionen von Unternehmen, Kommunen und Privatleuten in Baden-Württemberg finanziert. Unsere Förderung gibt damit entscheidende Impulse zur Verbesserung der Rahmenbedingungen des Wohnens, Arbeitens und Lebens im Land. Um unseren Standort bestmöglich mit Impulsen zur Entwicklung seiner Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit zu begleiten, stellen wir unsere Arbeit auf vier Säulen: Das klassische Angebot von Förderkrediten für Wirtschaft, Wohnraum und Infrastruktur wird ergänzt durch unsere Eigenkapital-Aktivitäten, die Standortentwicklung sowie Finanzhilfen der EU, des Bundes und Baden-Württembergs, die wir im Auftrag des Landes ausreichen.

Diese Finanzierungs- und Förderinstrumente entwickeln wir in enger Zusammenarbeit mit dem Land und den zuständigen Ministerien kontinuierlich weiter. Um die Ziele des Landes und aktuelle Entwicklungen erfolgreich

zu unterstützen, suchen wir das Gespräch mit den Unternehmen, Kammern, Verbänden und unseren Finanzierungspartnern. Die Ergebnisse dieses Austauschs fließen ein, wenn wir unser Angebot auf den Prüfstand stellen. So haben wir letztes Jahr evaluiert, wie unsere Programme zusätzliche Impulse zur Energiewende geben könnten. Das unmittelbare Ergebnis ist die „Ressourceneffizienzfinanzierung“ für Mittelständler, mit der wir seit Anfang 2015 Investitionen in Materialeffizienz und Umwelttechnik anstoßen. Ein weiterer Fokus ist die Stärkung innovativer Betriebe. Mit der Aufstockung unseres VC-Portfolios auf 100 Mio. Euro verbessern wir das Eigenkapitalangebot für technologieorientierte Unternehmen in der Wachstumsphase. Zur Entwicklung von Standorten gehen wir demnächst neue Wege und stehen mit unserer langjährigen Expertise beim Bau von Gewerbeimmobilien für Einzelinvestments zur Verfügung. Drei Beispiele dafür, wie Förderung neue Wege sucht, um ihre Aufgaben in Zukunft mit den bestmöglichen Ergebnissen zu erfüllen.

Veränderungen dieser Art gelingen in kurzer Zeit nur, wenn sie von allen Beteiligten getragen werden. Bei dem Strategieprozess, der letztes Jahr gestartet wurde, waren alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der L-Bank aufgerufen, sich zu beteiligen. Die Vorschläge wurden in Arbeitskreisen ausgewertet und ein großer Teil der vorgeschlagenen Maßnahmen wurde und wird bereits umgesetzt. Dieser Prozess funktionierte, weil jede einzelne L-Bankerin und jeder einzelne L-Banker seine Fachkompetenz engagiert einbrachte. Genau mit dieser Haltung schaffen unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Grundlage für eine erfolgreiche Förderung. Wie unsere Förderung im Detail aussieht, erklären unsere Fachleute am besten selbst. Deshalb ließen wir einige von ihnen in kurzen Film-Statements ihre jeweiligen Aufgabenfelder beschreiben. Die Filme sind auf unserer Website zu sehen. Aus diesen Statements ist die Idee zur Gestaltung dieses Geschäftsberichts entstanden. Sechs Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erklären stellvertretend für 1.250 L-Banker, wofür die L-Bank steht und wofür sie sich mit spürbarer Begeisterung einsetzen. Für dieses Engagement gilt unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mein herzlichster Dank.



Dr. Axel Nawrath
Vorsitzender des Vorstands der L-Bank

GRUSSWORT DES MINISTERPRÄSIDENTEN



Mit der L-Bank haben Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Baden-Württemberg eine Förderbank an ihrer Seite, die dank ihrer Kompetenz, langjährigen Erfahrung und Flexibilität gewährleistet, dass finanzielle Hilfen des Staates dort hingelangen, wo sie gebraucht werden.

Traditioneller Schwerpunkt ist die Förderung von Wachstum und Expansion unserer mittelständischen Betriebe und des Handwerks durch zinsgünstige Darlehen – also die klassische Mittelstandsfinanzierung der L-Bank. Andere wichtige Bereiche treten ergänzend hinzu.

Die ökologische Modernisierung unserer Wirtschaft ist ein Schwerpunkt der Landespolitik in Baden-Württemberg. Daher überrascht es nicht, dass das aktuelle Förderprogramm der L-Bank zur „Energieeffizienz“ vom Mittelstand stark nachgefragt wird. Mit einem neuen Programmteil „Materialeffizienz und Umwelttechnik“ unterstützen

L-Bank und Landesregierung ab diesem Jahr die Betriebe in der effizienteren Nutzung von Rohstoffen und decken damit einen weiteren Bereich der unternehmerischen Zukunftsplanung ab.

Neben der ökologischen Modernisierung ist die Digitalisierung und Vernetzung der Wirtschaft, oft auch als „Industrie 4.0“ bezeichnet, die zweite große Herausforderung, der sich unser Land stellen muss und auch stellen will. Als führender Industriestandort in Deutschland und Europa haben wir viel zu verlieren, aber ebenso viel zu gewinnen. Es gilt die Chancen zu nutzen, die sich durch Globalisierung, neue Technologien und neuartige Geschäftsmodelle bieten.



Wir brauchen innovative Gründerinnen und Gründer, die diese Chancen erkennen – und denen die finanziellen Mittel zur Verfügung stehen, um diese Chancen auch ergreifen zu können! In diesen Bereichen benötigen wir deshalb in Deutschland und Baden-Württemberg mehr Wagniskapital. Kapital, das es jungen Unternehmen ermöglicht, in der schwierigen Phase nach ihrer Gründung die nötigen Investitionen zu tätigen und operative Verluste zu überbrücken. Ich begrüße es daher sehr, dass die L-Bank künftig 100 Mio. Euro an Wagniskapital zur Verfügung stellt. Das ist ein wichtiges und zukunftsweisendes Signal.

Die Landesregierung kann sich auf die L-Bank als starke Förderbank verlassen – sei es bei der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, bei der Familien- und Bildungsförderung, der Förderung von Forschung und Innovation oder der klassischen Mittelstands- oder Gründungsfinanzierung.

Dass sich die L-Bank in Baden-Württemberg unentbehrlich gemacht hat, verdankt sie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die mit viel Engagement und Einsatz zum stetigen Erfolg der Staatsbank für Baden-Württemberg beigetragen haben.

Ihnen allen danke ich herzlich und wünsche weiterhin viel Erfolg!

Winfried Kretschmann MdL
Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg

DIE L-BANK – AUS LIEBE ZUM LAND

Als Förderbank des Landes setzen wir uns für die Entwicklung des Standorts Baden-Württemberg ein. Mit unseren Fördermitteln finanzieren wir Investitionen des baden-württembergischen Mittelstands, die Schaffung oder Modernisierung von Wohnraum sowie den Ausbau kommunaler Infrastruktur und unterstützen soziale und gesellschaftspolitische Projekte im Land.

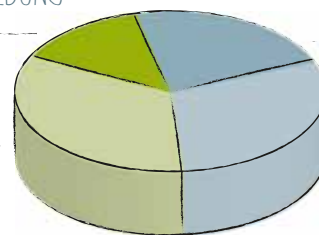


8,8
MRD. €
FÖRDERUNG
FÜR BADEN-
WÜRTTEMBERG

FÖRDERUNG 2014

FÖRDERUNG VON FAMILIEN, BILDUNG
UND SOZIALEN PROJEKTEN
1,2 MRD. €

WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG
3,0 MRD. €

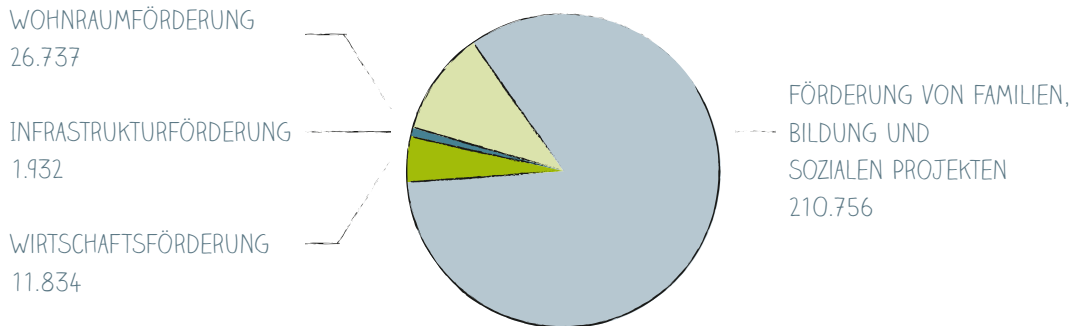


WOHNRAUMFÖRDERUNG
2,0 MRD. €

INFRASTRUKTURFÖRDERUNG
2,6 MRD. €

Insgesamt 8,8 Mrd. Euro wurden im Jahr 2014 in diesen Geschäftsfeldern vergeben. Aber was wir mit unserer Förderung ermöglichen und erreichen, lässt sich nicht mit dieser einen Zahl beschreiben. Denn die Arbeit der L-Bank beginnt nicht erst mit dem Eingang eines Kreditantrags und dessen Auszahlung. Sie fängt bereits mit den Fragen unserer Kunden an. Kann ich Fördermittel in Anspruch nehmen? Wie und in welcher Kombination setze ich die Mittel am besten ein? Diese Fragen spielen vor fast jeder Investitionsentscheidung eine Rolle – ganz gleich, ob es sich um einen privaten Bauherrn, den Geschäftsführer eines Unternehmens oder eine Gemeinde handelt. Die Beantwortung dieser Fragen ist uns genauso wichtig wie unseren Kunden. Denn gute Information und Beratung vorab sind die besten Voraussetzungen dafür, dass die Finanzierung passt und ein Vorhaben erfolgreich verwirklicht werden kann. Zu diesem Erfolg tragen wir aber nicht allein bei, unverzichtbar sind für uns die gute Zusammenarbeit und der ständige Austausch mit allen anderen maßgeblich Beteiligten: Dazu zählen vor allem die Wirtschaftskammern und unsere Finanzierungspartner, die Hausbanken.

251.259 BEWILLIGTE ANTRÄGE



Informieren, beraten, weiterhelfen und ansprechbar sein – das alles steht im Mittelpunkt unserer Arbeit. Das gilt für Elterngeld und Wohnraumfinanzierung ebenso wie für Unternehmenskredite oder Infrastrukturförderung. Unternehmer beraten wir auf Messen oder Finanzierungssprechtagen der baden-württembergischen Wirtschaftskammern, dort bieten unsere Fachleute Einzeltermine an. Privatleute finden in unserem Call-Center oder im Web alle Informationen zur Familien- oder Wohneigentumsförderung. Und vor allem endet unsere Beratung nicht mit dem Vertragsabschluss. Ganz unabhängig davon, wann die Fragen auftreten: Wir sind für unsere Kunden da.

Das gilt auch für unsere Finanzierungspartner. Denn als Förderbank wollen wir den Wettbewerb am Finanzmarkt nicht stören. Deshalb vergeben wir die meisten unserer Programme über die Hausbanken an unsere Kunden. Damit die Fachleute unserer Finanzierungspartner ihre Kunden selbst gut beraten können, ist es uns daher wichtig, sie über die neuesten Entwicklungen im Förderangebot gut zu informieren und uns mit ihnen kontinuierlich auszutauschen.

Das alles kann nur erreicht werden, weil hinter der L-Bank ein starkes und engagiertes „Wir“ steht: nämlich 1.250 Mitarbeiter, die sich dafür einsetzen, dass die vom Land übertragenen Aufgaben bestmöglich erfüllt werden. Warum? Aus Liebe zum Land – für die Menschen, die hier leben: für unsere Kunden.

Und aus Liebe zu dem, was wir damit in Baden-Württemberg schaffen und verändern können. Denn das ist es, was uns L-Bank-Mitarbeiter motiviert: wenn die Eltern eines Neugeborenen sichtlich erleichtert sind, weil wir ihnen beim Ausfüllen des Elterngeldantrags schnell weiterhelfen konnten; wenn wir sehen, wie ein von uns gefördertes Wohnbauprojekt wächst und bezogen wird; wenn wir die Zeitung aufschlagen und lesen, dass der Existenzgründer, den wir vor zehn Jahren beraten haben, zum Vorzeigeunternehmer von internationalem Rang geworden ist.



TELEFONISCHE
BERATUNGEN
DURCH UNSERE BEIDEN
ZENTRALEN KUNDEN-
HOTLINES:

323.000

FAMILIENFÖRDERUNG
(1.286 TELEFONATE
TÄGLICH)

65.000

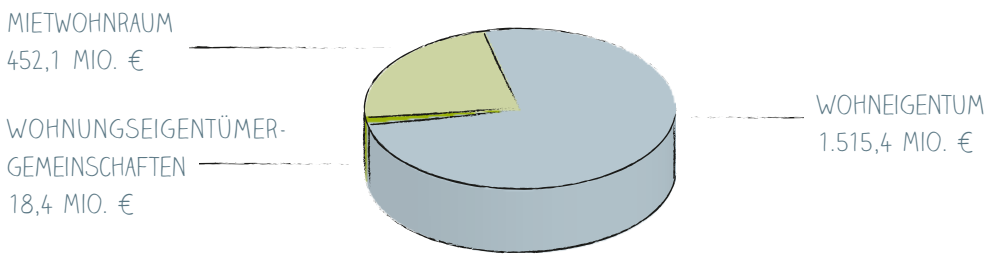
WOHNRAUMFÖRDERUNG/
EIGENTUMSFINAN-
ZIERUNG

WOHNEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG

Wir fördern den Neubau und die Modernisierung von Wohnraum im Land und finanzieren unter allen Landesförderinstituten Deutschlands die meisten Bau- und Modernisierungsvorhaben – im Jahr 2014 mit mehr als 26.500 Krediten und Zuschüssen. Denn angesichts steigender Mietpreise und eines hohen Bedarfs an zusätzlichen Wohnungsangeboten zählt die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum zu unseren wichtigsten Aufgaben: So wurde die Landeswohnraumförderung für den Neubau von sozialen Mietwohnungen in den beiden letzten Jahren erheblich verbessert – mit dem Ziel, hier zusätzliche Investitionen anzuregen. Aber auch Privatleute können ihr Eigenheim mit unserer Hilfe finanzieren – unabhängig davon, ob es um den Neubau oder den Kauf eines Hauses oder einer Wohnung geht. Unser Angebot richtet sich hier vor allem an Familien mit Kind.

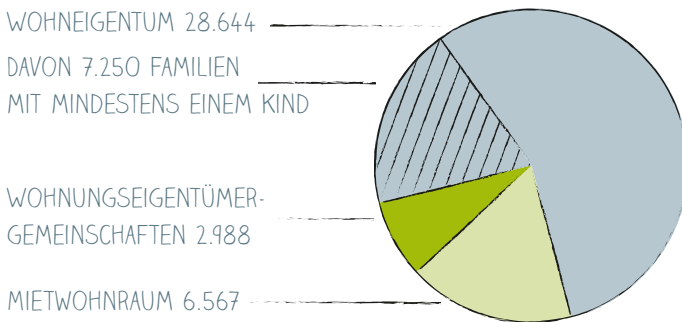
Wir wissen aber auch, dass ein großer Teil der Energie in privaten Haushalten für Heizung und Warmwasser verbraucht wird. Damit haben auch die Energiekosten einen großen Anteil an der Entwicklung der Wohnkosten. Wer in eine gute energetische Ausstattung investiert, senkt diese Kosten langfristig und trägt aktiv zur Energiewende bei. Die Förderung von Neubauten setzt daher in fast allen Programmen die Erfüllung hoher energetischer Anforderungen voraus. Aber auch energetische Modernisierungen werden gefördert. Schließlich wurden die meisten Wohngebäude in Baden-Württemberg vor der Wärmeschutzverordnung von 1995 gebaut. Dank unserer Förderprogramme wurden viele dieser älteren Gebäude bereits in den letzten Jahren energetisch saniert, aber auch in Zukunft bleibt hier noch einiges zu tun. Unsere Modernisierungsprogramme beziehen deshalb alle Arten von Wohngebäuden ein – egal, ob Ein- bis Dreifamilienhäuser, Anlagen von Wohnungseigentümergeinschaften oder größere Mietshäuser. Für uns ist das eine doppelte Motivation: Denn die Wohnqualität und das Wohnungsangebot steigen. Und wir wissen, dass die Umwelt in Baden-Württemberg und damit letztlich wir alle davon profitieren.

WOHNRAUMFÖRDERUNG 2014



2,0
MRD. €
WOHNRAUM-
FÖRDERUNG 2014

38.199 GEFÖRDERTE WOHNEINHEITEN



DARUNTER DER ANTEIL ENERGIEEFFIZIENTER BAUVORHABEN:



17.686
MODERNISIERTE
WOHNEINHEITEN



13.805
NEU GEBaute
WOHNEINHEITEN

MIT KINDERN KOMMT DER TRAUM VOM EIGENHEIM. MIT UNS ERFÜLLT ER SICH.

Eigentlich ist die L-Bank immer dann für die Baden-Württemberger da, wenn große Veränderungen im Leben finanziert werden müssen: wenn Kinder geboren werden, mit dem Elterngeld – wenn das eigene Haus oder die Wohnung gekauft oder gebaut werden soll, mit unseren Förderkrediten. Gerade für junge Familien ist eine Immobilie aber eine sehr große Investition. Damit der Traum vom Eigenheim Wirklichkeit werden kann, ist es deshalb wichtig, dass die monatlichen Kosten langfristig tragbar bleiben. Hier kommen unsere Förderprogramme ins Spiel. Denn sie tragen dazu bei, dass sich Eltern und Kinder jeden Tag aufs Neue über die eigenen vier Wände freuen können. Und so soll es sein.



Meinen Eltern
hat damals das
Geld der Lakra
geholfen -
heute kann ich
Familien zu
ihrem Eigenheim
verhelfen.

Florian Wichtner
Wohnraumförderung

Wir sorgen für
bezahlbaren
Wohnraum und
tragen zum
Umweltschutz bei.
Dadurch leisten wir
etwas Sinnvolles.



Irina Greschuk
Wohnraumförderung

UNTERNEHMEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG

Für die stabile wirtschaftliche Entwicklung eines Standorts sind etablierte Unternehmen ebenso wichtig wie Neugründungen: Die Wirtschaft braucht erfahrene Mittelständler jeder Größenordnung und junge Unternehmen, die neue Impulse geben. All diese Betriebe schaffen Arbeitsplätze, helfen Angebotslücken zu schließen oder setzen mit Innovationen neue Standards. Die L-Bank fördert daher die Gründung eines Kleinstbetriebs ebenso wie die Nachfolge eines etablierten Technologieunternehmens, die Investition eines kleineren Handwerksbetriebs ebenso wie die eines mittelständischen Industriebetriebs.

Vor allem geht es uns darum, bei der Entwicklung der Förderprogramme den Bedarf der Unternehmen im Blick zu behalten. Um die bestmöglichen Angebote zu schaffen, arbeiten wir daher eng mit unseren Finanzierungspartnern zusammen. Zum Beispiel mit der Bürgschaftsbank Baden-Württemberg: So können wir Gründern ohne Eigenkapital einen Förderkredit anbieten, der mit einer Bürgschaft kombiniert ist. Diese feste Kombination aus Förderkredit und Bürgschaft, die wir vor mehr als zehn Jahren für Existenzgründer eingeführt haben, ist seitdem ein Erfolgsmodell. Folgerichtig haben wir gemeinsam mit der Bürgschaftsbank Schritt für Schritt auch bei den Programmen für den etablierten Mittelstand eine solche Kombinationsmöglichkeit eingeführt. Für unsere Kunden vereinfacht sich dadurch der Weg zur Finanzierung: Ein Antrag reicht.

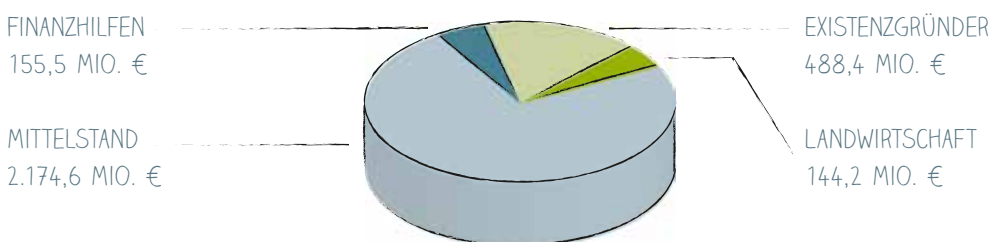
Dass sich unser Engagement lohnt, erkennen wir daran, dass sich überdurchschnittlich viele der geförderten Existenzgründer auch nach den kritischen ersten fünf Jahren noch am Markt behaupten. Oder dann, wenn sie wegen einer Investition zur Erweiterung ihres Betriebs erneut bei uns Kunde werden.

Wir sind aber auch in schwierigen Phasen für den Mittelstand da: beispielsweise mit Liquiditätskrediten oder Bürgschaften. Wenn die gesamtwirtschaftliche Lage – wie in der Krise – es erfordert, passen wir unsere Programme an, um für die Unternehmen Finanzierungsspielräume zu schaffen.

Viele der baden-württembergischen Mittelständler begleiten wir gemeinsam mit ihrer Hausbank seit Jahren bei ihren Investitionen. Eine Zusammenarbeit, von der alle Beteiligten profitieren: die Unternehmen, die einen Partner für ihre Finanzierungen haben, der ihre Entwicklung gut kennt. Und die Hausbanken, da sie durch unsere Förderprogramme die regionale Wirtschaft besser unterstützen können und dabei selbst im Risiko entlastet werden. Gerade in der Niedrigzinsphase tragen wir entscheidend dazu bei, langfristige Finanzierungen zu ermöglichen. Und nicht zuletzt profitieren auch wir von dieser Zusammenarbeit, da die Finanzierungspartner vor Ort einen entscheidenden Wissensvorsprung haben, wenn es darum geht, ihre Unternehmenskunden und die jeweilige Branchensituation zu beurteilen.

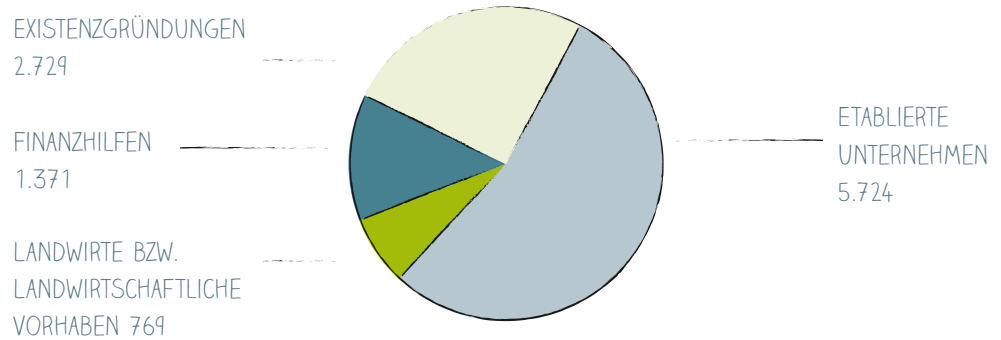
Förderung erleichtert aber nicht nur Finanzierungen, sie gibt durch entsprechende Angebote Impulse und steuert Entwicklungen – zum Beispiel in Richtung Energie- oder Ressourceneffizienz. Denn ebenso wie die Programme am Bedarf der Unternehmen orientiert sind, gestalten wir sie auch so, dass sie helfen gesellschafts- oder umweltpolitische Ziele voranzutreiben. Darüber hinaus ermöglicht unsere Förderung Investitionen, durch die das Angebot an Arbeitsplätzen im Land gesichert und ausgebaut wird. Mehr als 230.000 Stellen bieten die von uns geförderten Mittelständler. Mit Hilfe unserer Finanzierungen im Jahr 2014 planen sie weitere 10.500 Arbeitsplätze zu schaffen.

WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG 2014



3,0
MRD. €
WIRTSCHAFTS-
FÖRDERUNG 2014

10.593 GEFÖRDERTE BETRIEBE



AUSWIRKUNG DER GEFÖRDERTEN INVESTITIONEN AUF DIE ARBEITSPLÄTZE

230.090 BESTEHENDE ARBEITSPLÄTZE DER GEFÖRDERTEN UNTERNEHMEN



**309,5
MIO. €**

INVESTITIONEN
ÜBER DIE L-EA IN
MITTELSTÄNDISCHE
UND
VC-UNTERNEHMEN

EIGENKAPITAL

Um Innovationen anzuregen und Entwicklungen voranzubringen, engagieren wir uns auch jenseits der klassischen Förderfelder, und zwar dort, wo andere Finanzierungspartner oder Investoren fehlen. So unterstützt die L-Bank baden-württembergische Unternehmen mit maßgeschneiderten Mezzanine-Finanzierungskonzepten oder beteiligt sich über den L-EA Mittelstandsfonds an etablierten Mittelständlern. Mit dem Teilportfolio Venture dieses Fonds ist die L-Bank einer der größten Venture Capital Financier in Baden-Württemberg.

In Ergänzung zu den baden-württembergischen Angeboten für die Frühphase, dem Seedfonds und VC Fonds BW, konzentrieren wir uns auf die Finanzierung der Wachstumsphase. Mit Fokus auf Technologieunternehmen, IT/Internet bieten wir langen Atem, hohe Flexibilität und – was unsere Beteiligungen vor allem schätzen – Fachleute, die das Branchen- und Produktumfeld gut kennen und sich inhaltlich einbringen können. Ende 2014 haben wir diesen Fokus weiter ausgebaut: Das Volumen des Teilportfolios Venture wurde auf ein Volumen von 100 Mio. Euro erhöht.

TECHNOLOGIEPARKS

Für den langfristigen Erfolg innovativer Unternehmen ist das richtige Entwicklungsumfeld oft der entscheidende Katalysator. Dieses kreative Umfeld schaffen wir mit unseren Technologieparks – bislang an vier Standorten: in Karlsruhe, Stuttgart, Tübingen und Reutlingen. Als einzige Förderbank Deutschlands verwirklicht die L-Bank mit diesen Parks ein Konzept, das für die angesiedelten Unternehmen und ihre Mitarbeiter eine servicebetonte Infrastruktur schafft, die ihnen die Konzentration auf die Unternehmensziele erleichtert, zum Beispiel durch bedarfsgerecht mitwachsende Räume. Dazu gehört auch das Angebot an Labor- und Reinräumen und Angebote wie die Kita oder Grundschule im Park für die Mitarbeiter-Kinder der Betriebe. Mit seinem Schwerpunkt baut jeder Standort auf den Stärken in der jeweiligen Region auf. Die Nähe zu Hochschulen erleichtert den Wissenstransfer zwischen den Unternehmen und den Forschungseinrichtungen. Konzepte müssen sich aber auch nach den Anforderungen ausrichten und ändern: Denn Baden-Württemberg hat einige starke Standorte und Technologiezentren, die bereits etabliert sind und vor der nächsten Ausbaustufe stehen. Auch hier sehen wir uns in Zukunft als Partner der Gemeinden, die einen verlässlichen Investor mit Expertise beim Bau multifunktionaler Gebäude suchen.



285
BETRIEBE



9.230
MITARBEITER
ARBEITEN AUF
RUND
200.000 QM

WIR VERHELFFEN SENKRECHTSTARTERN ZUR PUNKTLANDUNG.

Vor allem Gründer haben einen großen Informationsbedarf. Kein Wunder, dass sie gerne unsere Finanzierungsberatung nutzen. Das freut uns, denn wir sind überzeugt: Eine gute Beratung vorab verbessert die Startvoraussetzungen. Wenn die Voraussetzungen nicht stimmen, ist es besser, man sagt klar: So funktioniert das nicht. Aber das kommt tatsächlich sehr selten vor. Manche Gründer wiederum ermutigen wir dabei, die Finanzierung nicht zu knapp zu kalkulieren – denn auch mit dem besten Konzept braucht man am Anfang einen finanziellen Handlungsspielraum.

Wenn wir
die Wirtschaft
fördern,
fördern wir
eigentlich alle
im Land.



Susan Ball
Wirtschaftsförderung



Ich bin
immer wieder
beeindruckt,
welcher
finanzieller
Herausforderungen
unsere
Mittelständler
entgegen treten.

Anke Krenkel
Wirtschaftsförderung

LEBEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG

Bei vielen Förderprogrammen von EU, Bund oder Land wird die L-Bank als Dienstleister beauftragt. Wir stellen dem Land unsere Bankinfrastruktur zur Verfügung, damit die Mittel mit dem geringstmöglichen bürokratischen Aufwand schnellstmöglich an ihr Ziel kommen. Deshalb sind wir in Baden-Württemberg für die Vergabe von Elterngeld und Betreuungsgeld zentral zuständig. Und wir ermöglichen, dass – wenn alle notwendigen Unterlagen vorgelegt werden – ein Elterngeldantrag schon innerhalb einer Woche zugesagt wird. Aber wir setzen unsere banktechnische Kompetenz für das Land in vielen unterschiedlichen Bereichen ein. Zum Beispiel übernehmen wir die Auszahlung der Mittel, die für Sprachkurse und Hausaufgabenhilfen für Kinder oder für Projekte zur beruflichen Eingliederung von Jugendlichen eingesetzt werden.



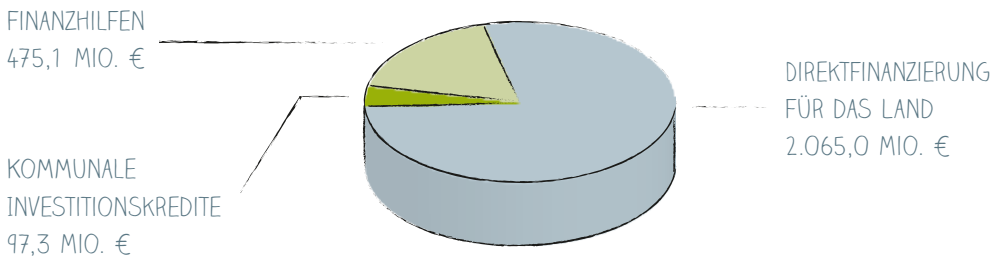
94.000

KINDER ERHIELTEN
2014 MIT LANDES-
MITTELN ÜBER DIE
L-BANK FINANZIERT
SPRACHKURSE
IM KINDERGARTEN
ODER HAUSAUF-
GABENHILFEN.

Auch ein Großteil der vom Land für Infrastrukturvorhaben bereitgestellten Fördergelder wird über die L-Bank vergeben. Für die Kommunen sind wir Ansprechpartner, wenn es um Finanzierungen für den Schulhausbau oder die Modernisierung eines Krankenhauses geht. Müssen Gemeinden in ihre Wasserversorgung investieren oder setzen sie bei der Straßenbeleuchtung auf eine energieeffiziente Lösung, vergeben wir die Kommunalkredite oder Zuschüsse. Je nach Programm sind wir von der Beratung über die Mittelvergabe bis hin zur Auszahlung Ansprechpartner oder bleiben wie bei einzelnen Landes- oder EU-Programmen im Hintergrund und übernehmen lediglich den finanztechnischen Teil.

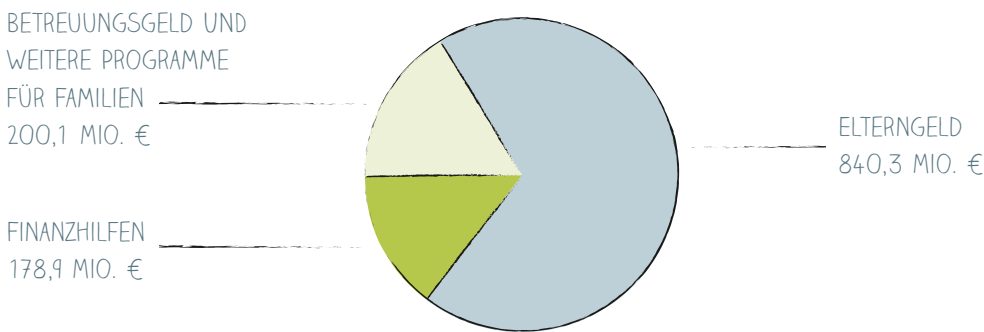
Hinter dem breiten Spektrum der geförderten Vorhaben steht letztlich ein Ziel: das Gemeinwohl. Und darauf sind wir stolz, denn wir L-Banker arbeiten gern zum Nutzen der Gemeinschaft.

INFRASTRUKTURFÖRDERUNG 2014



2,6
MRD. €
INFRASTRUKTUR-
FÖRDERUNG 2014

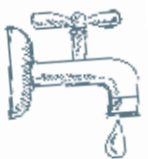
FÖRDERUNG VON FAMILIEN, BILDUNG UND SOZIALEN PROJEKTEN 2014



1,2
MRD. €
FÖRDERUNG VON
FAMILIEN, BILDUNG
UND SOZIALEN
PROJEKTEN 2014



DIE UMSTELLUNG VON STRASSENBELEUCHTUNG AUF LED-LEUCHTEN IST FÜR GEMEINDEN EINE INVESTITION, DIE SICH INNERHALB VON 6-7 JAHREN AMORTISIERT.



RESSOURCE WASSER: 56% DER AN DIE KOMMUNEN VERGEBENEN FÖRDERKREDITE FÜR INFRASTRUKTURVORHABEN SETZEN DIE KOMMUNEN ZUR SICHERUNG DER WASSERVERSORGUNG UND -ENTSORGUNG EIN - 2014 WURDEN 68 VORHABEN VERWIRKLICHT.

ELTERN SIND FÜR DIE KINDER DA. WIR FÜR DIE ELTERN.

Eltern wissen, dass – so glücklich man auch ist – die ersten Wochen nach der Geburt ganz schön anstrengend sein können. Meist fehlt die Zeit, sich in aller Ruhe einem Antrag auf Elterngeld zu widmen. Aber wir als Bank müssen natürlich prüfen und berechnen können, was wir als Leistung auszahlen. Deshalb versuchen wir mit unserem Beratungszentrum und dem Call-Center so viel Hilfe wie möglich anzubieten. Und wenn uns der vollständige Antrag vorliegt, erhalten die Eltern innerhalb einer Woche unsere Antwort – ganz einfach, ohne schwere Geburt.



Damit Ihr
Kind das
bekommt,
was es am
meisten
braucht: Sie.

Marcel Hörner
Familienförderung

Meine Motivation
besteht darin,
nach einer
Beratung ein
positives Feed-
back der An-
tragsteller
zu erhalten.



Yvonne Spieler
Familienförderung

ENGAGEMENT UNTERSTÜTZEN

Hinter den Förderleistungen der L-Bank stehen 1.250 Mitarbeiter. Nicht alle von uns arbeiten in den Förderbereichen. Denn für effiziente Förderung brauchen wir auch eine gut funktionierende bankinterne Infrastruktur. Bis ein Antrag zugesagt ist, sind viele vorbegleitende Arbeitsschritte wichtig. Von der IT bis zur Haustechnik, von den Controllern bis zu den Juristen – die Mitarbeiter in diesen Bereichen bleiben für unsere Kunden im Hintergrund. Aber sie setzen sich genauso engagiert für die Förderung ein wie unsere Berater.

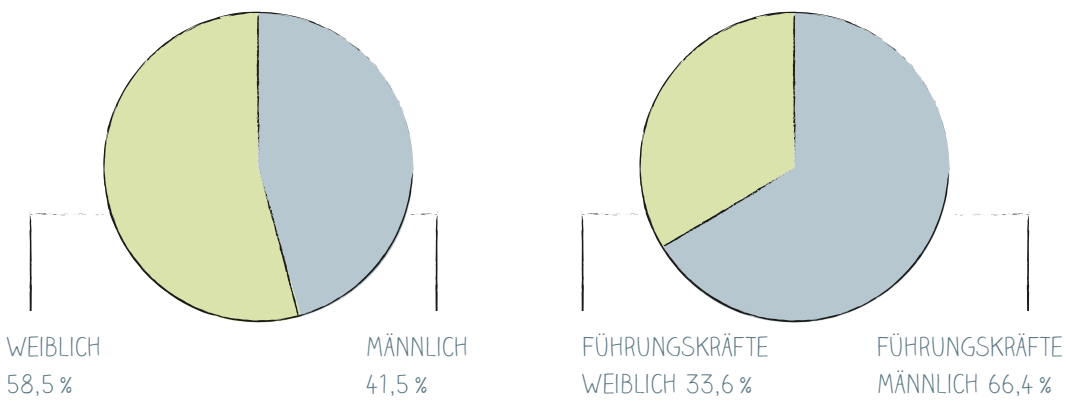
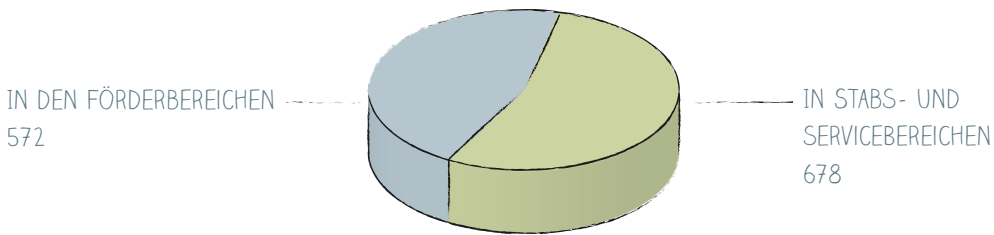
Zu diesen Bereichen, die für unsere Kunden nicht sichtbar werden, zählt das Personalwesen. Unsere Personalers sorgen dafür, dass wir immer wieder fachlich kompetente – und nette – neue Kollegen finden und ausbilden. Sie bieten für alle Mitarbeiter der L-Bank ein gutes und auf den jeweiligen Bedarf zugeschnittenes Angebot an Weiterbildungen an.

Gerade wer beruflich viel Einsatz bringt, muss auch darauf achten, dass das Gleichgewicht zwischen Privatleben und Arbeit stimmt. Unser Personalwesen hat viele Angebote geschaffen, die es den Mitarbeitern der L-Bank erleichtern, dieses Gleichgewicht zu erhalten: So gibt es in der L-Bank viele auf die jeweilige Situation des Einzelnen zugeschnittene Teilzeitmodelle oder Teleheimarbeitsplätze. Gerade für Mitarbeiter mit kleinen Kindern wurden unterschiedliche Möglichkeiten entwickelt, den individuellen Betreuungsbedarf zu lösen. Wer pflegebedürftige Angehörige hat, kann auf die Unterstützung eines Service zurückgreifen, der hilft die richtige Pflege zu finden. Die L-Bank pflegt ein aktives Gesundheitsmanagement, denn wer sich engagiert, muss auf den richtigen Ausgleich achten. Schließlich müssen für Motivation und dauerhaftes Engagement die Grundlagen stimmen.

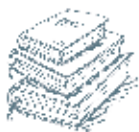
MITARBEITER 2014



1.250
MITARBEITER
IM JAHR 2014



DURCHSCHNITTLICH 96 % DER ABSOLVENTEN EINES DH-STUDIUMS ÜBERNIMMT DIE L-BANK JEDES JAHR



4.115 TEILNAHMEN AN INTERNEN UND EXTERNEN WEITERBILDUNGEN 2014

FÖRDERUNG NACH GESCHÄFTSFELDERN: 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2014

	Zusagevolumen	Zusagen	
FÖRDERUNG ÜBER ALLE GESCHÄFTSFELDER	8.805.300.125,46	251.259	
	Zusagevolumen	Zusagen	Wohneinheiten*
WOHNRAUMFÖRDERUNG	1.985.855.132,22	26.737	38.199
Wohneigentumsförderung	1.515.354.765,97	26.108	28.644
Eigentumsfinanzierung – BW Inkl. Finanzierung Familienzuwachs – Optionsdarlehen (Landeswohnraumförderung)	264.656.478,58	2.074	1.288
Ergänzungsdarlehen	72.534.406,39	1.309	
Energieeffizienzfinanzierung – Bauen	532.327.294,35	9.570	10.828
Energieeffizienzfinanzierung – Sanieren	325.648.238,79	6.353	9.428
Wohnen mit Kind	300.010.400,00	6.053	6.053
Wohnen mit Zukunft	19.985.447,86	743	1.047
Weitere Programme	192.500,00	6	
Mietwohnraumförderung	452.081.054,49	527	6.567
Mietwohnungsfinanzierung – BW – Neubau – MW15/MW25 (Landeswohnraumförderung)	76.224.800,00	75	657
Mietwohnungsfinanzierung – BW – Modernisierung (Landeswohnraumförderung)	56.378.433,74	63	1.410
Mietwohnungsfinanzierung L-Bank – Neubau	118.850.000,00	109	1.405
Mietwohnungsfinanzierung L-Bank – Modernisierung	87.360.323,92	159	3.095
Ergänzungsdarlehen (Neubau/Modernisierung)	113.267.496,83	121	
Förderung für Wohnungseigentümer- gemeinschaften	18.419.311,76	102	2.988
WEG-Finanzierung (Landeswohnraumförderung)	18.419.311,76	102	2.988

* Die Gesamtsumme enthält Mehrfachzählungen, da die Programme zur Eigentumsfinanzierung teilweise kombiniert werden können.

FÖRDERUNG NACH GESCHÄFTSFELDERN: 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2014

	Zusagevolumen	Zusagen	Unternehmen
WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG	2.962.707.655,00	11.834	10.593
Existenzgründungsfinanzierung	488.376.224,16	3.154	2.729
Startfinanzierung 80	48.483.585,75	980	964
Gründungsfinanzierung	439.892.638,41	2.174	1.765
Mittelstandsfinanzierung	2.174.609.437,24	6.465	5.724
Wachstumsfinanzierung	838.793.796,83	3.717	3.319
Nahverkehrsfinanzierung	5.762.090,00	151	68
Technologiefinanzierung	1.232.500,00	3	2
Tourismusfinanzierung	4.358.500,00	15	15
Liquiditätskredit	79.678.748,94	462	457
Investitionsfinanzierung	227.818.646,50	520	412
Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum	108.163.589,10	519	505
Energieeffizienzfinanzierung – Mittelstand	641.430.310,32	969	869
Direktdarlehen und Konsortialfinanzierungen	93.544.707,29	21	15
Bürgschaftsprogramm/Risikounterbeteiligungen/ Exportfinanzierungen Mittelstand	52.712.327,40	55	32
Mezzanine (MezzaFin/Beteiligungsgarantien)	4.820.087,00	12	11
Darlehen an Beteiligungen	10.136.133,86	7	5
Globaldarlehen	100.000.000,00	1	1
Refinanzierung Beteiligungsgesellschaften	6.150.000,00	13	13
Landwirtschaftsfinanzierung	144.182.410,00	844	769
Landwirtschaft Wachstum	73.343.550	562	526
Darlehen für Umwelt- und Verbraucherschutz, Nachhaltigkeit, Neue Energien	65.608.460,00	251	213
Darlehen für Betriebsmittel – Wachstum in Agrar- und Ernährungswirtschaft	5.230.400,00	31	30
Finanzhilfen Wirtschaft**	155.539.583,60	1.371	1.371

** Inkl. Bewilligungen des Landes, die von der L-Bank ausgezahlt werden.

FÖRDERUNG NACH GESCHÄFTSFELDERN: 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2014

	Zusagevolumen	Zusagen
INFRASTRUKTURFÖRDERUNG	2.637.445.031,12	1.932
Investitionskredit Kommune direkt	97.342.900,00	135
Direktfinanzierungen für das Land	2.065.000.000,00	2
Finanzhilfen Infrastruktur**	475.102.131,12	1.795

	Zusagevolumen	Zusagen
FÖRDERUNG VON FAMILIEN, BILDUNG UND SOZIALEN PROJEKTEN	1.219.292.307,12	210.756
Elterngeld	840.311.019,77	135.219
Betreuungsgeld	197.742.874,81	69.921
Erziehungsgeld	2.017.956,54	1.175
Mehrlingsgeburtenprogramm	305.000,00	40
Finanzhilfen Familien, Bildung, Soziale Projekte**	178.915.456,00	4.401

** Inkl. Bewilligungen des Landes, die von der L-Bank ausgezahlt werden.

CORPORATE GOVERNANCE BERICHT 2014

Die L-Bank hat als Förderbank des Landes Baden-Württemberg den staatlichen Auftrag, das Land bei der Erfüllung seiner öffentlichen Aufgaben zu unterstützen und dabei Fördermaßnahmen zu verwalten und durchzuführen. Vor dem Hintergrund dieser gemeinnützigen Aufgaben ist für sie eine gute und verantwortungsvolle Unternehmensführung schon immer selbstverständlich gewesen. Sie hat den Public Corporate Governance Kodex des Landes Baden-Württemberg durch entsprechende Beschlüsse von Vorstand und Verwaltungsrat Mitte 2013 in ihrem Regelwerk verankert und beachtet seitdem seine Vorgaben. Dieser Corporate Governance Bericht betrifft das Geschäftsjahr 2014, die nachfolgende Entsprechenserklärung gilt in vollem Umfang zum Stichtag 31.12.2014.

ENTSPRECHENSERKLÄRUNG

Vorstand und Verwaltungsrat der L-Bank erklären:

Den Empfehlungen des Public Corporate Governance Kodex des Landes Baden-Württemberg (PCGK BW) wurde und wird, soweit sie auf die L-Bank als Anstalt des öffentlichen Rechts anwendbar sind, mit Ausnahme der beiden nachstehenden Empfehlungen entsprochen.

→ *Dynamisierung der Festvergütungen der Vorstandsmitglieder (Rn. 37 PCGK BW)*

Die seit Mitte 2013 – also seit Geltung des Public Corporate Governance Kodex des Landes Baden-Württemberg für die L-Bank – abgeschlossenen Anstellungsverträge der Vorstandsmitglieder sehen keine Dynamisierung der festen Vergütung vor. Zuvor abgeschlossene Anstellungsverträge enthalten noch Regelungen, wonach die Festvergütung entsprechend der Tarifentwicklung im Bankengewerbe erhöht wird; diese Dynamisierung dient dem Inflationsausgleich und der Vermeidung von wiederkehrenden Verhandlungen über angemessene Gehaltserhöhungen.

→ *Zielvereinbarungen bezüglich der variablen Vergütung der Vorstandsmitglieder (Rn. 38 PCGK BW):*

Die Bemessungsgrundlagen für die variable Vergütung der Mitglieder des Vorstands sind, soweit ihnen eine solche variable Vergütung zugesagt wurde, in den Anstellungsverträgen konkret festgelegt; es wurden keine Zielvereinbarungen getroffen, da die Vorgaben für die Tätigkeit der L-Bank sich direkt aus ihrem Gesetz und ihrer Satzung ergeben. Ende 2014 wurden die Anstellungsverträge der Vorstandsmitglieder mit Wirkung zum 01.01.2015 dahingehend geändert, dass künftig keine variable Vergütung mehr bezahlt wird.

ANTEIL VON FRAUEN IN VORSTAND, VERWALTUNGSRAT UND FÜHRUNGSPPOSITIONEN

Zum 31.12.2014 war im vierköpfigen Vorstand keine Frau vertreten. Zu diesem Zeitpunkt waren fünf der 18 Mitglieder des Verwaltungsrats (Quote 27,8%) und 75 der 223 Mitarbeiter in Führungspositionen (Quote 33,6%) Frauen.

VERGÜTUNGEN DER MITGLIEDER DES VORSTANDS UND DES VERWALTUNGSRATS

VERGÜTUNGEN DER MITGLIEDER DES VORSTANDS FÜR 2014 in TEUR					
Name	Feste Vergütung	Erfolgsabhängige Vergütung	Sonstige geldwerte Vorteile	Vergütungen von Dritten im Hinblick auf die Tätigkeit als Vorstand	Gesamt
Christian Brand ¹ Vorsitzender	237	119	11	44	411
Dr. Axel Nawrath ² Vorsitzender	353	0	11	8	372
Prof. Dr. Manfred Schmitz-Kaiser Stv. Vorsitzender	533	0	20	5	558
Dr. Karl Epple	410	0	25	10	444
Dr. Ulrich Theileis	482	0	19	3	504
Gesamt	2.015	119	86	68	2.289

1 Herr Brand schied mit Wirkung zum 30.06.2014 aus dem Vorstand aus.

2 Herr Dr. Nawrath trat mit Wirkung zum 01.07.2014 als Vorsitzender in den Vorstand ein.

Für das Geschäftsjahr 2013 wurden im Jahr 2014 erfolgsabhängige Vergütungen von 698 TEUR ausbezahlt.

Im Jahr 2014 erhielten die Mitglieder des Vorstands Beihilfen nach beamtenrechtlichen Grundsätzen in Höhe von insgesamt 31 TEUR.

Für die Mitglieder des Vorstands besteht eine Versorgungszusage nach Beendigung der Vorstandstätigkeit.

VERGÜTUNGEN DER MITGLIEDER DES VERWALTUNGSRATS FÜR 2014 in TEUR				
Name	Mitgliedschaft Verwaltungsrat	Mitgliedschaft Ausschüsse	Sitzungsgeld	Gesamt
Dr. Nils Schmid ¹ Vorsitzender	9,0	3,9	1,1	14,0
Alexander Bonde ¹ Stv. Vorsitzender	7,5	3,9	0,5	11,9
Reinhold Gall ¹ Stv. Vorsitzender	7,5	3,9	0,9	12,3
Katrin Altpeter ¹	6,0	0,0	0,2	6,2
Leni Breymaier	6,0	0,0	0,6	6,6
Dr. Maximilian Dietzsch-Doertenbach	6,0	3,9	1,1	11,0
Roger Kehle	6,0	0,0	0,5	6,5
Gabriele Kellermann	6,0	2,4	1,1	9,5
Dr. Peter Kulitz	6,0	0,0	0,8	6,8
Klaus-Peter Murawski ¹	6,0	0,0	0,6	6,6
Dr. Dieter Salomon	6,0	0,0	0,3	6,3
Claus Schmiedel	6,0	0,0	0,3	6,3
Edith Sitzmann	6,0	0,0	0,5	6,5
Franz Untersteller ¹	6,0	2,4	0,6	9,0
Joachim Wohlfeil	6,0	0,0	0,5	6,5
Clemens Meister	6,0	0,0	0,8	6,8
Tatjana Aster	6,0	0,0	0,8	6,8
Thomas Dörflinger	6,0	0,0	0,8	6,8
Gesamt	114,0	20,4	11,4	145,8

¹ Es besteht eine Pflicht zur Ablieferung an das Land Baden-Württemberg.

Der Vorstand

Der Verwaltungsrat

LAGEBERICHT – BERICHT DES VORSTANDS DER L-BANK ÜBER DAS GESCHÄFTSJAHR 2014

GRUNDLAGEN

Die L-Bank ist das Förderinstitut des Landes Baden-Württemberg. Sie hat ihren Sitz in Karlsruhe und eine Niederlassung in Stuttgart. Alleiniger Anteilseigner ist das Land Baden-Württemberg. Als Anstalt des öffentlichen Rechts untersteht die L-Bank der Aufsicht des Landes. Bis zum 03.11.2014 wurde die L-Bank in ihrer Funktion als Kreditinstitut von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und der Deutschen Bundesbank beaufsichtigt. Seit dem 04.11.2014 untersteht sie im Rahmen des einheitlichen Aufsichtsmechanismus (Single Supervisory Mechanism = SSM) der direkten Aufsicht durch die Europäische Zentralbank (EZB).

Die Geschäftstätigkeit der L-Bank wird von dem gesetzlichen Auftrag bestimmt, das Land bei der Erfüllung seiner öffentlichen Aufgaben, insbesondere in den Bereichen der Struktur-, Wirtschafts- und Sozialpolitik, zu unterstützen und dabei Fördermaßnahmen im Einklang mit den Beihilfavorschriften der Europäischen Union (EU) durchzuführen. Sowohl Förderziele als auch operative Plangrößen – wie beispielsweise Kundenkreise und Förderschwerpunkte – werden der L-Bank von ihrem Eigentümer durch das L-Bank-Gesetz, durch politische Schwerpunktsetzung und im programmgebundenen Geschäft zusätzlich durch konkrete Programmrichtlinien vorgegeben. Die wesentlichen Geschäftsaktivitäten sind demzufolge maßgeblich durch externe Faktoren geprägt und daher von der L-Bank nur eingeschränkt steuerbar.

WIRTSCHAFTSBERICHT

RAHMENBEDINGUNGEN

Nach zwei Jahren moderaten Wachstums expandierte die deutsche Wirtschaft zu Beginn des Jahres 2014 wieder dynamischer – trotz eines nur mäßigen Verlaufs der Weltwirtschaft sowie der anhaltenden konjunkturellen Schwächephase im Euroraum. Als sich zur Jahresmitte zu diesen ungünstigen weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen zusätzlich die geopolitischen Risiken verschärften, kam das deutsche Wirtschaftswachstum in der zweiten Jahreshälfte jedoch beinahe vollständig zum Erliegen. Auf das Gesamtjahr bezogen verzeichnete das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) gemäß Statistischem Bundesamt einen Zuwachs von 1,5 % gegenüber dem Vorjahr (Stand Januar 2015). Der deutsche Arbeitsmarkt erwies sich trotz der abflachenden konjunkturellen Dynamik im zweiten Halbjahr 2014 als durchgängig stabil und zum Vorjahr verbessert. So lag die Arbeitslosenquote laut Bundesagentur für Arbeit durchschnittlich bei 6,7 % (Stand Januar 2015).

Die wirtschaftliche Entwicklung in Baden-Württemberg folgte dem konjunkturellen Verlauf auf Bundesebene. Die starke Dynamik zum Jahresauftakt schwächte sich im weiteren Jahresverlauf erkennbar ab. Mit einem Wachstum von 1,75 % (Statistisches Landesamt, Stand Dezember 2014) expandierte die Wirtschaft Baden-Württembergs auch im Jahr 2014 stärker als die deutsche Gesamtwirtschaft. Wesentlichen Auftrieb erhielt sie im

ersten Halbjahr 2014 aus dem verarbeitenden Gewerbe und dort insbesondere aus dem Fahrzeug- und Maschinenbau. Der Beschäftigungsaufbau setzte sich weiter fort. Baden-Württemberg erzielte im Bundesvergleich überdurchschnittliche Beschäftigungssteigerungen, die zu einem neuen Höchststand an Erwerbstätigen im Land führten. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote belief sich laut Statistischem Landesamt auf 4,0 %, zum Jahresende 2014 lag sie bei 3,8 % (Stand Januar 2015).

Sowohl die nachlassende konjunkturelle Entwicklung als auch das anhaltend niedrige Marktzinsniveau prägten 2014 die Geschäftstätigkeit der L-Bank.

GESCHÄFTSVERLAUF

Der Förderschwerpunkt der L-Bank lag im Berichtsjahr in der Wirtschaftsförderung. Sie verzeichnete ein Neugeschäftsvolumen auf weiterhin hohem, allerdings im Vergleich zum Vorjahr leicht rückläufigem Niveau. Auch in der Wohnraumförderung gingen die Volumina geringfügig zurück. Als volumenstärkste Programme behaupteten sich 2014 die „Wachstumsfinanzierung“ sowie die Programme zur Energieeffizienzfinanzierung, sowohl für mittelständische Unternehmen als auch im wohnwirtschaftlichen Bereich. Positiv entwickelten sich die Infrastrukturförderung und die Sparte Familie, Bildung und Soziales. Über alle Geschäftsfelder hinweg hat die L-Bank ihr anvisiertes Ziel eines gleichbleibend hohen Neugeschäftsvolumens realisiert.

Wirtschaftsförderung

Um das nachhaltige Wachstum der baden-württembergischen Wirtschaft zu begleiten und Arbeitsplätze zu sichern, finanziert die L-Bank in Zusammenarbeit mit den Hausbanken Investitionsvorhaben von Existenzgründern und etablierten Mittelständlern und unterstützt

Maßnahmen im ländlichen Raum. Sie vergibt zinsverbilligte Darlehen und Zuschüsse und übernimmt gezielt Risiken. Im Berichtsjahr machten sich die Abschwächung des konjunkturellen Wachstums und die geopolitischen Risiken in gewissem Umfang auch bei den Neugeschäftsvolumina in der Wirtschaftsförderung bemerkbar. Die nachlassende Investitionsbereitschaft der Unternehmen schlug sich in der geringeren Inanspruchnahme einzelner Förderprogramme nieder. Dennoch erreichte die L-Bank in diesem Geschäftsfeld auch im Jahr 2014 mit 2.962,7 Mio. Euro (Vorjahr: 3.211,5 Mio. Euro) ein hohes Neugeschäftsvolumen.

Existenzgründer und junge Unternehmen förderte die L-Bank wie im Vorjahr insbesondere mit dem Programm „Gründungsfinanzierung“, das Unterstützung auf dem Weg in die Selbstständigkeit sowie bei der Erweiterung und Übernahme bestehender Unternehmen gewährt. Das Neugeschäftsvolumen nahm trotz leicht rückläufiger Gründungsaktivität in Baden-Württemberg von 437,7 Mio. Euro auf 439,9 Mio. Euro zu.

Die etablierten Unternehmen des baden-württembergischen Mittelstands wurden im Jahr 2014 mit einer Vielzahl von Programmen in einem Gesamtumfang von 2.174,6 Mio. Euro (Vorjahr: 2.398,0 Mio. Euro) gefördert. Die „Wachstumsfinanzierung“, die der Finanzierung von Unternehmensinvestitionen jeder Art dient, war nach wie vor das volumenstärkste Programm. Die Zusagen beliefen sich auf 838,8 Mio. Euro (Vorjahr: 925,9 Mio. Euro). Auch die Nachfrage nach Darlehen für betriebliche Investitionen, die einen deutlichen Energiespareffekt erzielen sollen, hielt an. Allerdings wurden die Zusagen des Jahres 2013, in dem weit überdurchschnittliche Volumina verzeichnet worden waren, nicht erreicht. So nahmen die Finanzierungen im Programm „Energieeffizienzfinanzierung – Mittelstand“ von 730,0 Mio. Euro auf 641,4 Mio. Euro ab. Die Neugeschäftszahlen im „Liquiditätskredit“ (79,7 Mio. Euro, Vorjahr: 117,2 Mio. Euro) zeigen, dass die Unternehmen noch von einem

erfolgreichen Vorjahr profitierten und daher weniger Darlehen für Betriebsmittel, Konsolidierungen und Betriebsübernahmen benötigten. Positiv entwickelte sich die Nachfrage nach Darlehen im Programm „Investitionsfinanzierung“. Gefördert werden hier betriebliche Investitionen in ländlichen Gebieten in Baden-Württemberg. Diese legten um 12,6 Mio. Euro auf 227,8 Mio. Euro zu (Vorjahr: 215,2 Mio. Euro).

In der Landwirtschaftsförderung lagen die Neugeschäftszahlen mit 144,2 Mio. Euro nahezu auf Vorjahresniveau (148,8 Mio. Euro). Zwar wurde das Programm „Neue Energien – Energie vom Land“, mit dem die Produktion von Energie auf Basis erneuerbarer Energieträger gefördert wird, wieder besser nachgefragt als im Vorjahr, sodass das Darlehensvolumen von 29,3 Mio. Euro auf 37,5 Mio. Euro stieg. Der Zuwachs konnte jedoch den Rückgang insbesondere im Programm „Landwirtschaft – Wachstum“ von 86,8 Mio. Euro auf 75,0 Mio. Euro nicht vollständig kompensieren. Mit diesem Programm werden Investitionen in der Landwirtschaft unterstützt, die zur Senkung der Produktionskosten oder zur Verbesserung der Produktions- und Arbeitsbedingungen und damit im Ergebnis zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit des Sektors beitragen. Den Rückgang führt die L-Bank auf eine sinkende Investitionsbereitschaft zurück, die auch im Bereich der Landwirtschaft festzustellen war.

Wohnraumförderung

Mit zinsverbilligten Darlehen und Zuschüssen fördert die L-Bank die Schaffung und den Erwerb eigengenutzten und vermieteten Wohnraums. Durch die Finanzierung von Modernisierungs- und Sanierungsmaßnahmen leistet sie darüber hinaus einen Beitrag zur energetischen Sanierung und zum barrierefreien Umbau bestehender Objekte. Entgegen den Erwartungen wurde das hohe Neugeschäftsvolumen des Vorjahres in der Wohn-

raumförderung nicht ganz erreicht; es belief sich auf 1.985,9 Mio. Euro (Vorjahr: 2.229,9 Mio. Euro). Die rückläufige Nachfrage nach Fördermitteln im Berichtsjahr betrifft vor allem die Programme zur Finanzierung energieeffizienzsteigernder Maßnahmen.

In der Wohneigentumsförderung gingen die Zusagen von 1.634,9 Mio. Euro auf 1.515,4 Mio. Euro zurück. Die Neugeschäftszahlen im Landeswohnraumförderungsprogramm bewegten sich mit 264,7 Mio. Euro nur geringfügig unterhalb des Vorjahreswertes (273,4 Mio. Euro), obwohl das Programm im Jahr 2014 im Vergleich zum allgemeinen Marktzinsniveau zeitweise weniger attraktiv war. Mit 858,0 Mio. Euro (Vorjahr: 961,2 Mio. Euro) lag der volumenmäßige Schwerpunkt in der Wohneigentumsförderung auf den Energieeffizienzprogrammen. Auf das Programm „Energieeffizienzfinanzierung – Bauen“, mit dem Neubau und Kauf von energiesparenden Wohnhäusern und Eigentumswohnungen unterstützt werden, entfielen Darlehen in Höhe von 532,3 Mio. Euro (Vorjahr: 575,6 Mio. Euro). Einzelmaßnahmen, die deutliche Energieeinsparungen bewirken, sowie Umbauten zur Erreichung eines Effizienzhausstandards wurden im Programm „Energieeffizienzfinanzierung – Sanieren“ mit einem Volumen von 325,6 Mio. Euro gefördert (Vorjahr: 385,6 Mio. Euro). Nachdem im Vorjahr in diesen Programmen außerordentlich hohe Neugeschäftsvolumina erzielt worden sind, scheint nunmehr bei guter Marktdurchdringung ein nachhaltiges Niveau erreicht zu sein. Ebenfalls rückläufig war das Darlehensvolumen im Programm „Wohnen mit Zukunft: Erneuerbare Energien“, das auf den Einbau von heiztechnischen Anlagen sowie von Anlagen zur Warmwasseraufbereitung auf Basis regenerativer Energien abzielt (20,0 Mio. Euro; Vorjahr: 49,5 Mio. Euro). Der Rückgang in diesem Programm ist auf eine verhaltene Konditionengestaltung seitens der L-Bank zurückzuführen; die Installation der mit dem Programm geförderten Anlagen wurde bereits durch Bundesmittel vergleichsweise hoch bezuschusst. Stark

nachgefragt wurde hingegen das Programm „Wohnen mit Kind“, in dessen Rahmen Darlehen in Höhe von 300,0 Mio. Euro (Vorjahr: 279,3 Mio. Euro) an Familien mit mindestens einem Kind für den Erwerb oder Neubau eines Eigenheims ausgereicht wurden. Maßgeblich für diese Zunahme sind der hohe Bekanntheitsgrad des Programms und das unkomplizierte Antragsverfahren.

Neben der Wohneigentumsförderung setzt sich die L-Bank auch für die Schaffung und Modernisierung von Mietwohnraum ein. Besonders positiv stellte sich hierbei die Entwicklung im Landeswohnraumförderungsprogramm dar, dessen Neugeschäftsvolumen um 126,0 Mio. Euro auf 132,6 Mio. Euro anstieg (Vorjahr: 6,6 Mio. Euro). Im Berichtsjahr wurden insbesondere Anträge aus dem Vorjahr bearbeitet, die wegen der bis September 2013 verzögerten beihilferechtlichen Freigabe der EU nicht mehr im Jahr 2013 bewilligt werden konnten. Einen Rückgang verbuchte hingegen das bankeigene Förderprogramm zur Finanzierung von Neubauten, da viele Investoren im Berichtsjahr noch bestehende Projekte abarbeiteten und daher nur wenige neue Maßnahmen in Angriff nahmen. Das Neugeschäftsvolumen belief sich auf 54,3 Mio. Euro (Vorjahr: 78,4 Mio. Euro). Die Zusagen bei den weiteren L-Bank-Finanzierungen lagen mit 265,2 Mio. Euro zwar unter dem Niveau des Vorjahres (491,1 Mio. Euro), bewegten sich aber immer noch oberhalb der Volumina des Jahres 2012. Der Rückgang beruht insbesondere auf dem Sondereffekt einer einmaligen großvolumigen Projektfinanzierung im Vorjahr. Über die gesamte Mietwohnraumförderung hinweg lag das Neugeschäftsvolumen bei 452,1 Mio. Euro (Vorjahr: 576,1 Mio. Euro).

Die Förderung von Wohnungseigentümergeinschaften mit dem Ziel der energetischen Sanierung oder barrierefreien Modernisierung von Wohngebäuden verharnte mit 18,4 Mio. Euro auf dem Stand des Vorjahres (18,8 Mio. Euro).

Sonstige Entwicklungen

Die L-Bank stärkt den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg mit Finanzierungslösungen für kommunale und soziale Infrastrukturprojekte und setzt sich für die Realisierung von Infrastrukturvorhaben durch die Gewährung von Darlehen oder durch andere Finanzierungsinstrumente ein. So beteiligt sich die L-Bank unter anderem an Konsortialfinanzierungen von Public-Private-Partnerships und finanziert Konzessions- und Mietmodelle. Schließlich unterstützt sie das Land Baden-Württemberg bei infrastrukturellen Vorhaben. Aufgrund der gestiegenen Nachfrage im öffentlichen Sektor wurden im Berichtsjahr Neugeschäftsvolumina in Höhe von 2.637,4 Mio. Euro realisiert (Vorjahr: 968,3 Mio. Euro).

Als Dienstleister für das Land übernimmt die L-Bank die Durchführung zahlreicher Finanzhilfen. Neben Mitteln des Landes, der Europäischen Union und des Bundes werden Subventionen der Baden-Württemberg Stiftung gGmbH sowie der MFG Medien- und Filmgesellschaft Baden-Württemberg mbH ausgereicht. Im Berichtsjahr wurde ein Bewilligungsvolumen von 809,6 Mio. Euro bearbeitet, was einem Anteil von 9,2 % am gesamten Neugeschäftsvolumen der L-Bank entspricht. Wegen ausgelaufener Sonderförderungen fiel es geringer aus als im Vorjahr (1.046,8 Mio. Euro). Die wesentlichen Programme waren nach wie vor die Krankenhausfinanzierung (317,3 Mio. Euro; Vorjahr: 524,8 Mio. Euro), Maßnahmen im Bereich Wasser, Abwasser, Hochwasserschutz, Altlasten und Wasserkraft (102,0 Mio. Euro; Vorjahr: 101,5 Mio. Euro) sowie Investitionen in den Schulhausbau (96,8 Mio. Euro; Vorjahr: 85,7 Mio. Euro). Daneben unterstützte die L-Bank Familien im Auftrag von Bund bzw. Land insbesondere durch die Vergabe von Bundeseltern- und Betreuungsgeld. Das Bewilligungsvolumen im Elterngeld stieg unter anderem wegen der erhöhten Zahl von Paaren, bei denen beide

Elternteile Elterngeld beantragten, von 749,4 Mio. Euro auf 840,3 Mio. Euro. Im Betreuungsgeld weitete sich das Volumen von 67,8 Mio. Euro auf 197,7 Mio. Euro aus. Die Leistung war zum 01.08.2013 eingeführt worden, sodass das Berichtsjahr das erste vollständige Bewilligungsjahr darstellte.

Die L-Bank war zum Bilanzstichtag mit einem Buchwert von 594,1 Mio. Euro (Vorjahr: 512,8 Mio. Euro) an Unternehmen beteiligt. Das Beteiligungsportfolio der L-Bank umfasst strategische und kreditersetzende Beteiligungen sowie Beteiligungen an Tochterunternehmen zur Standortentwicklung in Baden-Württemberg.

Der Buchwert der strategischen Beteiligungen, die die L-Bank im Auftrag des Landes Baden-Württemberg hält, belief sich zum Jahresende 2014 auf 488,9 Mio. Euro (Vorjahr: 430,1 Mio. Euro). Die Veränderung zum Vorjahr beruht auf einer Zuführung in die Kapitalrücklage bei einem Beteiligungsunternehmen.

Über den L-EA Mittelstandsfonds beteiligt sich die L-Bank als Co-Investor an etablierten mittelständischen Unternehmen mit Sitz in Baden-Württemberg oder unterstützt diese mit maßgeschneiderten Mezzanine-Finanzierungskonzepten. Mit einem Teilvolumen von 50,0 Mio. Euro engagiert sich die L-Bank bei Unternehmen der IT- und Softwarebranche, deren Produkte bereits am Markt eingeführt sind, die aber finanzielle Unterstützung für ihr weiteres Wachstum benötigen (Teilportfolio Venture Capital). Die Nachfrage nach Produkten des L-EA Mittelstandsfonds war unverändert hoch, was sich auch in der regen Investitionstätigkeit ausdrückte. Die Investitionen inklusive Nachrangdarlehen beliefen sich 2014 auf insgesamt 30,7 Mio. Euro (Vorjahr: 19,9 Mio. Euro). Hiervon entfielen 10,6 Mio. Euro (Vorjahr: 5,4 Mio. Euro) auf Finanzierungen aus dem

Teilportfolio Venture Capital. Zugleich hat die L-Bank die Marktgegebenheiten genutzt, um fünf Engagements (davon zwei aus dem Teilportfolio Venture Capital) zu veräußern. Zum Bilanzstichtag beinhaltete das Portfolio des L-EA Mittelstandsfonds 20 Engagements mit einem Investitionsvolumen von 170,5 Mio. Euro (Vorjahr: 159,0 Mio. Euro). Das Teilportfolio Venture Capital belegte davon mit fünf Engagements 27,4 Mio. Euro (Vorjahr: fünf Engagements, 20,4 Mio. Euro).

Der Buchwert der Beteiligungen des L-EA Mittelstandsfonds sowie der weiteren kreditersetzenden Beteiligungen lag bei 82,2 Mio. Euro (Vorjahr: 57,1 Mio. Euro).

Über Tochtergesellschaften betreibt die L-Bank Technologie- und Gewerbeparks an hochschul- und forschungsnahen Standorten. Sie verfolgt damit das Ziel, ein immobilienwirtschaftliches Medium für den Technologietransfer von der Wissenschaft in die Wirtschaft bereitzustellen. Die Parks heben sich vom sonstigen gewerblichen Vermietungsangebot insbesondere durch ihr Parkmanagement und ergänzende Serviceleistungen, unter anderem in Form von Konferenz- und Schulungsräumen sowie Kindergärten und Grundschulklassen, ab. Daneben betreibt die L-Bank verschiedene nationale Infrastrukturprojekte sowie das German Centre in Indonesien. Zum 31.12.2014 gewährte die L-Bank den Unternehmen zur Standortentwicklung Fremdkapital in Höhe von 83,0 Mio. Euro (Vorjahr: 65,1 Mio. Euro); der Beteiligungsbuchwert verringerte sich auf 23,0 Mio. Euro (Vorjahr: 25,6 Mio. Euro).

Im Rahmen ihrer Aktiv-/Passivsteuerung verfolgte die L-Bank weiterhin einen konservativen Investitionsansatz mit klarem Fokus auf gute und sehr gute Schuldnerqualitäten. Der Bestand setzt sich zu mehr als zwei Dritteln aus Titeln in den Ratingstufen AAA und AA zusammen.

LAGE

Ertragslage

Die Ertragslage der L-Bank wird durch die nachfolgende betriebswirtschaftlich orientierte Ergebnisrechnung verdeutlicht. In dieser werden die handelsrechtlich als Zinsaufwand darzustellenden Zinssubventionen und andere Förderaufwendungen als Leistungen an das Land Baden-Württemberg und somit als Ergebnisverwendung dargestellt. Der Zinsüberschuss war im Berichtsjahr aufgrund des niedrigen Zinsniveaus erwartungsgemäß rückläufig (38,5 Mio. Euro bzw. 9,3 %), blieb aber unverändert die wichtigste Ertragsquelle der L-Bank.

Der Provisionsüberschuss in Höhe von 42,4 Mio. Euro (Vorjahr: 41,2 Mio. Euro) war geprägt durch die Zahlungen des Landes für Dienstleistungen der L-Bank. Hierzu gehören insbesondere die Ausreichung von Mitteln der Familienförderung (Eltern-, Erziehungs- und Betreuungsgeld) und die Gewährung von Finanzhilfen (Krankenhausförderung u. a.). Die Zunahme des Provisionsüberschusses um 1,2 Mio. Euro resultierte hauptsächlich aus zusätzlichen Kostenerstattungen für die Weiterleitung von EU-Zuschüssen.

Die Verwaltungsaufwendungen, die neben dem Personal- und Sachaufwand auch die Abschreibungen auf Sachanlagen umfassen, sind erwartungsgemäß gegenüber dem Vorjahr um 11,4 % auf 165,6 Mio. Euro (Vorjahr: 148,7 Mio. Euro) gestiegen. Ursächlich für die Steigerung waren im Wesentlichen Aufwendungen für notwendige bauliche Maßnahmen an Bankgebäuden, insbesondere zum Brandschutz und zur Sanierung, sowie Tariflohnerhöhungen und Aufwendungen im Zusammenhang mit der Umsetzung von IT-Projekten.

Das Nettoergebnis aus sonstigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen hat sich erwartungsgemäß negativ entwickelt (-4,9 Mio. Euro, Vorjahr: 12,7 Mio. Euro), da Erträge aus der Erbringung von Dienstleistungen für Dritte entfallen sind. Daneben haben unter anderem Aufwendungen für vermietete Gebäude das Ergebnis belastet. Das Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/Bewertungen war erwartungsgemäß rückläufig und betrug 247,4 Mio. Euro (Vorjahr: 319,2 Mio. Euro).

Das Bewertungsergebnis hat sich von -25,4 Mio. Euro im Vorjahr auf 61,0 Mio. Euro verbessert. Ursächlich waren insbesondere höhere Auflösungen von Risikovorsorge und Erträge aus der Veräußerung von Beteiligungen. Damit konnte das Betriebsergebnis um 14,6 Mio. Euro auf 308,4 Mio. Euro gesteigert werden. Das verteilungsfähige Ergebnis der L-Bank belief sich auf 307,5 Mio. Euro (Vorjahr: 293,2 Mio. Euro).

Das Land Baden-Württemberg erhielt aus dem Jahresergebnis 2014 einen Betrag in Höhe von 128,3 Mio. Euro (Vorjahr: 142,4 Mio. Euro). Davon wurden 114,2 Mio. Euro (Vorjahr: 127,1 Mio. Euro) für Zinssubventionen und Zuschüsse aufgewendet. Der Beitrag zur Unterstützung des Straßenbaus in Baden-Württemberg betrug 14,1 Mio. Euro (Vorjahr: 15,3 Mio. Euro). Der Fonds für allgemeine Bankrisiken wurde mit 130,0 Mio. Euro (Vorjahr: 50,0 Mio. Euro) dotiert.

Der Jahresüberschuss belief sich auf insgesamt 49,2 Mio. Euro (Vorjahr: 100,8 Mio. Euro). Unter Berücksichtigung des Gewinnvortrags aus dem Vorjahr ergab sich ein Bilanzgewinn in Höhe von 50,3 Mio. Euro. Es ist vorgesehen, hiervon 50,0 Mio. Euro zur Erhöhung der Kernkapitalquote in die anderen Gewinnrücklagen einzustellen und 0,3 Mio. Euro auf neue Rechnung vorzutragen.

ERGEBNISDARSTELLUNG UNTER BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHER BETRACHTUNG in Mio. Euro				
	01.01.2014 bis 31.12.2014	01.01.2013 bis 31.12.2013	Veränderung	Veränderung in %
Zinsüberschuss	375,5	414,0	-38,5	-9,3
Provisionsüberschuss	42,4	41,2	1,2	2,9
Nettoergebnis aus sonstigen Erträgen/ Aufwendungen	-4,9	12,7	-17,6	< -100,0
Verwaltungsaufwendungen	165,6	148,7	16,9	11,4
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/ Bewertungen	247,4	319,2	-71,8	-22,5
Bewertungsergebnis	61,0	-25,4	86,4	>100,0
Betriebsergebnis	308,4	293,8	14,6	5,0
Ertragsteuern	0,9	0,6	0,3	50,0
Verteilungsfähiges Ergebnis	307,5	293,2	14,3	4,9
Aufwand für Zinsverbilligungszuschüsse und weitere Zuschüsse	114,2	127,1	-12,9	-10,1
Beitrag Straßenbauinvestitionsprogramm	14,1	15,3	-1,2	-7,8
Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken	130,0	50,0	80,0	>100,0
Jahresüberschuss	49,2	100,8	-51,6	-51,2

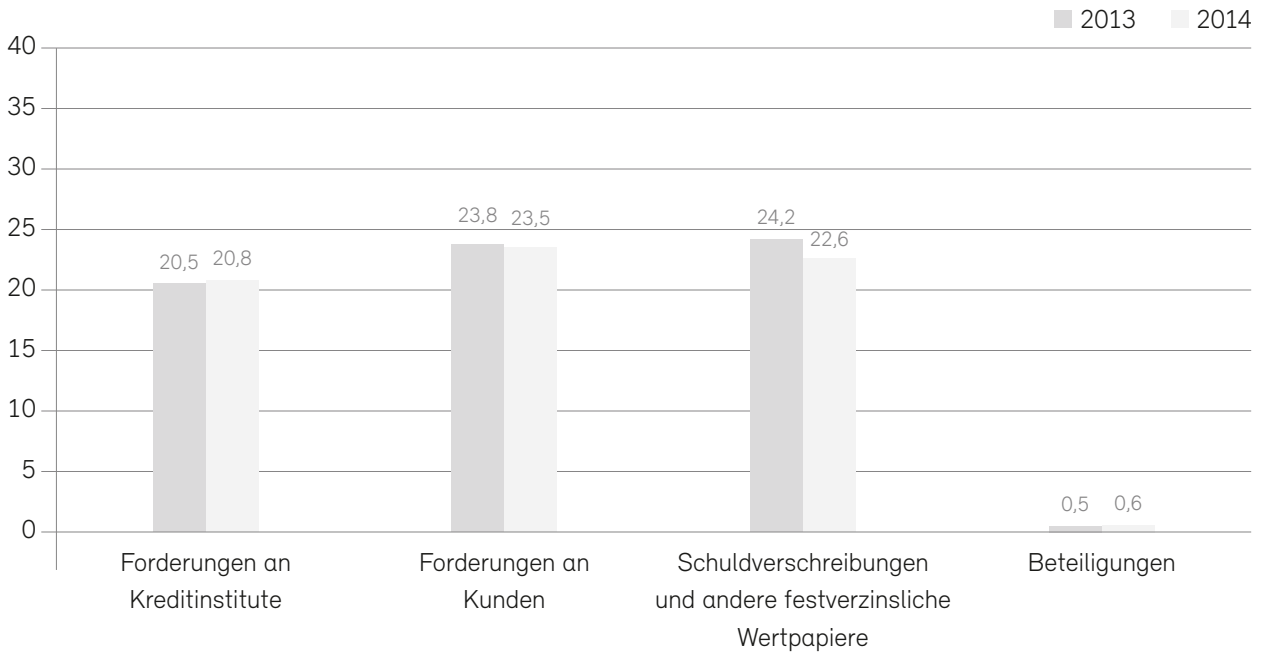
Vermögenslage

Die Bilanzsumme der L-Bank blieb erwartungsgemäß nahezu konstant und betrug 70.190,1 Mio. Euro (Vorjahr: 70.682,1 Mio. Euro). Die Struktur der Aktivseite war unverändert. Auf der Passivseite kam es stichtagsbezogen zu einer Verschiebung der Refinanzierung

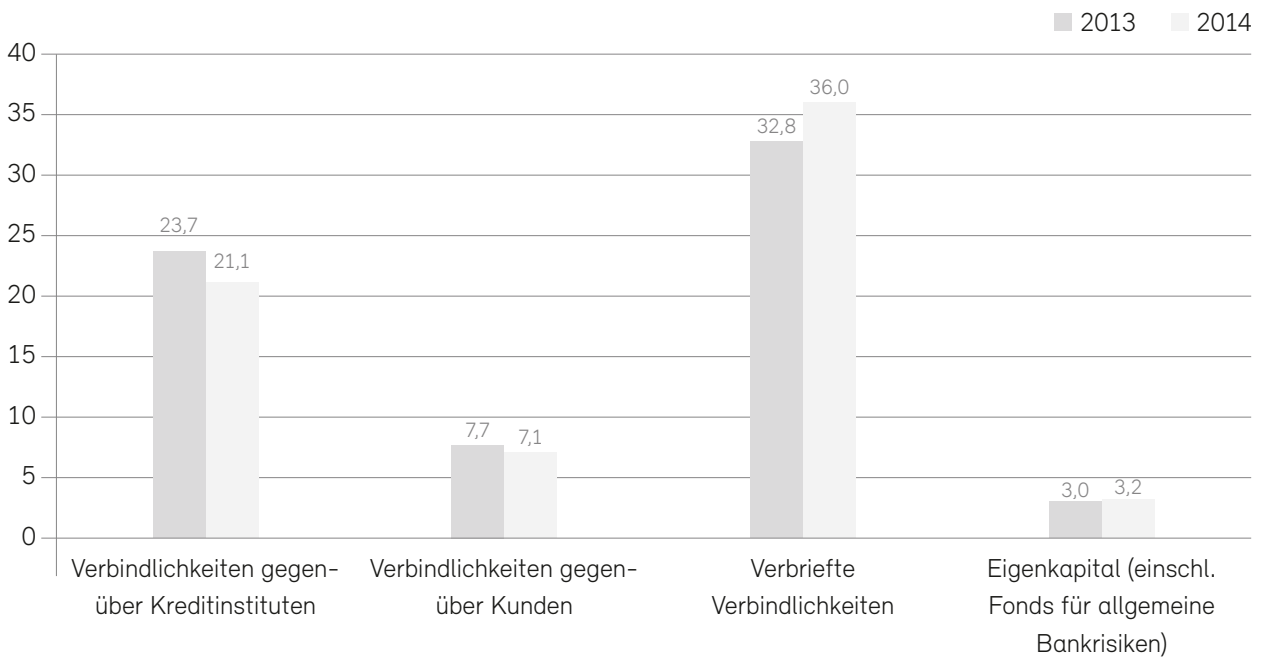
von den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten zu den verbrieften Verbindlichkeiten.

Das Geschäftsvolumen, das auch Eventualverbindlichkeiten und unwiderrufliche Kreditzusagen umfasst, ging zum Bilanzstichtag um 1,8% auf 77.995,2 Mio. Euro leicht zurück (Vorjahr: 79.391,8 Mio. Euro).

AUSGEWÄHLTE POSITIONEN DER AKTIVSEITE in Mrd. Euro



AUSGEWÄHLTE POSITIONEN DER PASSIVSEITE in Mrd. Euro



Finanzlage

Die L-Bank verfügt als Staatsbank für Baden-Württemberg über Anstaltslast und Gewährträgerhaftung sowie über eine explizite Garantie des Landes. Letztere führt faktisch zu einer bonitätsmäßigen Gleichstellung mit dem Land Baden-Württemberg. Die Ratingagenturen Moody's Investors Service und Standard & Poor's bewerten die L-Bank daher weiterhin mit ihrer besten Einstufung von Aaa bzw. AAA. Zudem können Kreditinstitute L-Bank-Anleihen als Aktiva der höchsten Liquiditätsstufe in der kurzfristigen Liquiditätskennziffer LCR (Liquidity Coverage Ratio) anrechnen.

Die L-Bank konnte auch im abgelaufenen Geschäftsjahr ihre Refinanzierungsziele bezüglich Volumen, Fälligkeit und Struktur durch diversifizierte Nutzung ihrer Refinanzierungsvarianten erreichen. Der strategische Schwerpunkt der Refinanzierung lag weiterhin im Laufzeitbereich von zwei bis fünf Jahren. Zentrales Instrument hierfür ist das „Debt Issuance Programme“ mit einem Rahmenvolumen von 30.000,0 Mio. Euro, das per 31.12.2014 mit 21.341,9 Mio. Euro (Vorjahr: 18.728,1 Mio. Euro) ausgelastet war. Im Berichtsjahr wurden wieder eine fünfjährige Benchmark-Anleihe über 1.000,0 Mio. Euro sowie zwei Benchmark-Anleihen in US-Dollar über je 2.000,0 Mio. Euro mit Laufzeiten von zwei und fünf Jahren begeben. Daneben wurden Privatplatzierungen in verschiedenen Währungen, vornehmlich in Euro, US-Dollar, britischen Pfund und japanischen Yen, emittiert. Zu erwähnen sind zudem zwei Refinanzierungen über 350,0 Mio. und 200,0 Mio. australische Dollar mit einer Laufzeit von vier bzw. elf Jahren sowie eine Anleihe im chinesischen Markt über 750,0 Mio. Renminbi mit gut einjähriger Laufzeit. Das Gesamtvolumen der mittel- und langfristigen Kapitalmarktrefinanzierungen belief sich auf 9.858,6 Mio. Euro (Vorjahr: 7.475,5 Mio. Euro). Aufgrund des niedrigen Zinsniveaus übte die L-Bank in größerem Umfang Kündigungsrechte bei eigenen Emissionen aus. Daher lag das Refinanzierungsvolumen über dem für das Geschäftsjahr 2014 geplanten Wert. Die

Auslastung des „Commercial Paper Programme“, das einen Rahmenumfang von 15.000,0 Mio. Euro aufweist und der kurzfristigen Refinanzierung dient, lag zum Jahresende bei 9.446,3 Mio. Euro (Vorjahr: 8.572,8 Mio. Euro).

Zusätzlich nutzte die L-Bank für verschiedene Förderprogramme die Refinanzierungsangebote der KfW und der Landwirtschaftlichen Rentenbank, soweit dies aufgrund der Programmkompatibilität der Institute möglich war.

Die Liquidität war im abgelaufenen Geschäftsjahr gesichert, sämtliche aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen wurden jederzeit eingehalten.

Die Angemessenheit der Eigenmittelausstattung wird nach der Capital Requirements Regulation (CRR) ermittelt. Nachfolgende Tabelle zeigt die Zusammensetzung der Eigenmittel per 31.12.2014 vor Feststellung des Jahresabschlusses durch den Verwaltungsrat der L-Bank.

EIGENMITTEL in Mio. Euro	
Hartes Kernkapital nach Abzugspositionen	2.985,9
Zusätzliches Kernkapital nach Abzugspositionen	0,0
Ergänzungskapital nach Abzugspositionen	568,8
Summe der Eigenmittel	3.554,7

Am 04.11.2014 hat die EZB im Rahmen des SSM die direkte Aufsicht über 120 Bankengruppen der Eurozone übernommen. Auch die L-Bank untersteht seit diesem Zeitpunkt der direkten Aufsicht der EZB. In Vorbereitung auf diese Aufsichtsfunktion hat die EZB bei den betroffenen Banken ein Comprehensive Assessment bestehend aus einer Prüfung der Bilanzaktiva (Asset Quality Review) und einem Stresstest durchgeführt. Die

L-Bank hat sowohl die Bilanzprüfung als auch beide Szenarien des Stresstests (Basisszenario und adverse Szenario) bestanden: Aus der Bilanzprüfung ergab sich kein Korrekturbedarf. Die Mindestkernkapitalquote für das Basisszenario des Stresstests hat die EZB auf 8 % Common Equity Tier 1 (CET 1) festgesetzt, die am Ende der drei im Test betrachteten Jahre 2014, 2015 und 2016 erreicht werden musste; die Kernkapitalquote der L-Bank lag im Basisszenario bei 13,8 %. Für das adverse Szenario wurde die Mindestkernkapitalquote auf 5,5 % festgelegt. Sie musste lediglich 2016, also am Ende des projizierten Drei-Jahres-Zeitraums, eingehalten werden. Die Kernkapitalquote der L-Bank belief sich in diesem Szenario auf 11,2 %. Die detaillierten Ergebnisse des Comprehensive Assessment können im Internet unter www.l-bank.de, Stichwort „AQR“, abgerufen werden.

ZUSAMMENFASSENDE DARSTELLUNG VON GESCHÄFTSVERLAUF UND LAGE

Sowohl der Geschäftsverlauf als auch die Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage der L-Bank waren im Berichtsjahr zufriedenstellend.

PERSONAL

Die L-Bank beschäftigte zum Bilanzstichtag 1.250 Mitarbeiter (Vorjahr: 1.252); 58,5 % (Vorjahr: 58,3 %) von ihnen waren weiblich. Die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit lag per 31.12.2014 bei 17,4 Jahren und stieg damit gegenüber dem Vorjahr (17,0 Jahre) leicht an. Auch das Durchschnittsalter der Beschäftigten erhöhte sich weiter auf 46,2 Jahre (Vorjahr: 45,8 Jahre). Die Fluktuation ist traditionell niedrig und lag zum Jahresende 2014 bei 2,47 % (Vorjahr: 1,7 %).

Unter Berücksichtigung von Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung strebt die L-Bank bei der Besetzung von Führungsfunktionen eine angemessene Geschlech-

terverteilung an, das heißt in der Regel eine Berücksichtigung von Frauen und Männern zu gleichen Teilen. Zum Bilanzstichtag waren 75 weibliche Führungskräfte (Vorjahr: 77) bei der L-Bank beschäftigt. Dies entsprach einer Quote von 33,6 % (Vorjahr: 34,2 %). Auf der Ebene unmittelbar unterhalb des Vorstands machte der Anteil der weiblichen Führungskräfte 32,0 % aus (Vorjahr: 33,3 %).

Zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf bietet die L-Bank unter anderem eine flexible Arbeitszeitordnung, Kinderbetreuungsplätze und Eltern-Kind-Büros an den Standorten Karlsruhe und Stuttgart. Außerdem berücksichtigt sie individuelle Teilzeitwünsche ihrer Mitarbeiter. So waren per Bilanzstichtag 24,8 % der Mitarbeiter in Teilzeit tätig (Vorjahr: 25,3 %). Seit dem Berichtsjahr werden freie Stellen grundsätzlich mit dem Hinweis ausgeschrieben, dass eine Besetzung auch in Teilzeit möglich ist.

Nachwuchskräfte werden vielfach aus den eigenen Reihen gewonnen. Abiturienten ermöglicht die L-Bank eine Bachelor-Ausbildung in Zusammenarbeit mit den Dualen Hochschulen (DH) in Karlsruhe und Stuttgart. Im Berichtsjahr absolvierten – wie im Vorjahr – 38 Mitarbeiter ein solches DH-Studium. Hochschulabsolventen werden im Rahmen eines individuell gestalteten Trainee-programms auf ihre zukünftigen Fach- oder Führungsaufgaben in der L-Bank vorbereitet.

Mit Wirkung zum 01.01.2014 ist die Neufassung der Institutsvergütungsverordnung (InstitutsVergV) in Kraft getreten. Da die L-Bank seit dem 04.11.2014 im Rahmen des SSM der direkten Aufsicht durch die EZB untersteht, gilt sie gemäß § 17 InstitutsVergV als bedeutendes Institut im Sinne der Vorschriften. Als solches hat sie zusätzlich zu den allgemeinen Anforderungen an Vergütungssysteme die anspruchsvolleren Anforderungen der §§ 18 ff. InstitutsVergV zu erfüllen. Um den gesetzlichen Anforderungen nachzukommen, hat die L-Bank ihre Vergütungssysteme im Berichtsjahr

nach Beschluss der zuständigen Gremien neu strukturiert. Für die Tarifangestellten hat die L-Bank mit dem Gesamtpersonalrat eine neue Dienstvereinbarung abgeschlossen. Mit den außertariflich Beschäftigten wurden entsprechende Arbeitsvertragsänderungen vereinbart. Die Vergütungssysteme der L-Bank sehen nunmehr auf keiner Ebene mehr variable Vergütungsbestandteile vor.

Nachdem Christian Brand zum 30.06.2014 regulär aus der L-Bank ausgeschieden ist, hat Dr. Axel Nawrath zum 01.07.2014 den Vorsitz des Vorstands der L-Bank übernommen.

NACHHALTIGKEITSBERICHT

Ein auf nachhaltige Entwicklung der L-Bank und des Landes Baden-Württemberg ausgerichtetes Handeln ergibt sich aus dem gesetzlichen Förderauftrag der Bank und stellt die Grundlage ihrer Geschäftstätigkeit dar. Die L-Bank trägt dazu mit passenden Förderangeboten bei. Daneben besitzt die L-Bank als Landesunternehmen eine besondere Verantwortung für Umweltschutz und vorbildliches unternehmerisches Handeln.

Um den Nachhaltigkeitsgedanken in den Unternehmen des Landes zu verbreiten und zu verankern, hat das Land die baden-württembergische WIN-Charta entwickelt. Die L-Bank übernimmt als einer der Erstunterzeichner eine Vorreiterrolle. Gleichzeitig wird damit auch die im Vorjahr erfolgte freiwillige Verpflichtung der L-Bank auf das Ziel des Klimaschutzgesetzes Baden-Württemberg mit Leben erfüllt.

Erstmals wurde Anfang 2014 ein Nachhaltigkeitsbericht veröffentlicht, dessen Schwerpunkt auf den nichtfinanziellen Auswirkungen der L-Bank-Geschäftstätigkeit liegt. Grundlage ist ein Nachhaltigkeitsmanagementsystem, das nachhaltige Entwicklung in der L-Bank messbar und damit kontrollierbar macht. Im Berichtsjahr wurde dieses Nachhaltigkeitsmanagementsystem bei-

spielsweise um eine Paper Policy ergänzt. Zudem wurde damit begonnen, ein systematisches Umweltmanagementsystem aufzubauen. In diesem Zusammenhang wurden erste Schritte im Hinblick auf eine Umsetzung der Energieeffizienzrichtlinie 2012/27/EU unternommen, die eine verpflichtende Durchführung regelmäßiger Energieaudits in den Unternehmen vorsieht. Bereits die bisher erreichte höhere Transparenz der Abläufe und die bessere Zuordnung der Verbräuche haben sich positiv ausgewirkt.

NACHTRAGSBERICHT

Vorgänge von besonderer Bedeutung haben sich nach Schluss des Geschäftsjahres zum 31.12.2014 nicht ereignet.

PROGNOSEBERICHT

Die Verunsicherung bei Unternehmen und Verbrauchern aufgrund der geopolitischen Spannungen und der drohenden Verschärfung der Eurokrise dürfte zumindest im ersten Quartal 2015 einen dämpfenden Einfluss auf die Wirtschaftsentwicklung haben. Insbesondere drohen die für ein Produktionswachstum wichtigen unternehmerischen Investitionen im Inland weiterhin auf dem Niveau des Jahres 2014 zu verharren. Auftriebskräfte entfalten hingegen die fallenden Rohstoffpreise, der im Dollarvergleich schwache Eurokurs sowie das Erstarken wichtiger Handelspartner wie der USA und Großbritannien. Angesichts dieser konjunkturellen Pattsituation geht die L-Bank für das Jahr 2015 von einem moderaten Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts in einem Intervall zwischen 1,0% und 1,2% aus. Der private Verbrauch dürfte sich dabei aufgrund der stabilen Arbeitsmarktlage sowie der perspektivischen Reallohnsteigerungen weiterhin positiv entwickeln und somit stützend auf die konjunkturelle Entwicklung wirken. Wegen der verhaltenen Expansionsaussichten wird sich die Zahl der

Arbeitslosen im Jahr 2015 voraussichtlich leicht erhöhen. Die L-Bank schließt sich der Gemeinschaftsdiagnose der deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute vom Herbst 2014 an, die für das Jahr 2015 einen leichten Anstieg der Arbeitslosenquote auf 6,8 % prognostizieren.

Die ambivalente Lage der deutschen Wirtschaft gilt auch für Baden-Württemberg, aufgrund der überdurchschnittlichen Industrie- und Exportorientierung jedoch in verstärktem Maße: Der voraussichtlich anhaltend niedrige Rohölpreis und der exportfreundliche Eurokurs sollten den zentralen baden-württembergischen Industriebranchen Auftrieb geben. Insofern dürfte sich die baden-württembergische Wirtschaft auch im Jahr 2015 dynamischer entwickeln als die gesamtdeutsche. Auch in Baden-Württemberg wird die konjunkturelle Entwicklung mindestens bis Mitte 2015 moderat verlaufen. Das Statistische Landesamt Baden-Württemberg geht für 2015 von einem BIP-Wachstum von preisbereinigt 1,25 % aus (Stand Dezember 2014). Die L-Bank rechnet hieran angelehnt mit einem realen Wirtschaftswachstum zwischen 1,2 % und 1,4 %. Der robuste Arbeitsmarkt und weitere Aussichten auf überdurchschnittliche Reallohnsteigerungen bei stabilen Preisen und zu erwartenden Lohnzuwächsen dürften auch im Jahr 2015 die Binnenkonjunktur zu einer wichtigen Wachstumsstütze werden lassen. Nach den guten Beschäftigungsquoten im Jahr 2014 erwartet die L-Bank für Baden-Württemberg weiterhin steigende Erwerbstätigenzahlen, wenn auch mit 0,6 % in moderatem Ausmaß.

Einen Schwerpunkt ihrer Tätigkeit sieht die L-Bank auch im kommenden Jahr in der Förderung von Existenzgründern, etablierten Mittelständlern und landwirtschaftlichen Betrieben. Angesichts der wirtschaftlichen Prognosen wird insgesamt mit einer moderaten Nachfrageentwicklung gerechnet. Um den Unternehmen verstärkt bedarfsgerechte Angebote unterbreiten zu können, sind Änderungen bei einzelnen Programmen geplant. So soll im kommenden Geschäftsjahr die „Energieeffizienzfinanzierung – Mittelstand“ um den Programmteil

„Materialeffizienz und Umwelttechnik“ erweitert und unter dem neuen Namen „Ressourceneffizienzfinanzierung“ weitergeführt werden. Mit der Erweiterung können zusätzlich Maßnahmen zur Steigerung der Ressourceneffizienz sowie allgemeine Umweltschutzmaßnahmen gefördert werden. Wegen der attraktiven Konditionengestaltung und zusätzlicher Vertriebsaktivitäten wird mit leicht höheren Neugeschäftszahlen als im Berichtsjahr gerechnet. Eine ebenfalls positive Entwicklung erwartet die L-Bank in der „Gründungsfinanzierung“. Dort wurde bereits zum 01.12.2014 die Förderung auf einen Zeitraum von fünf Jahren nach Aufnahme der Geschäftstätigkeit erweitert (vorher: drei Jahre) und die uneingeschränkte Förderung von Nebenerwerbsgründungen ermöglicht. Durch diese Maßnahmen wird ein erweiterter Kundenkreis angesprochen, was sich im Jahr 2015 voraussichtlich in geringfügig höheren Neugeschäftsvolumina niederschlagen wird. Neben den vorgenannten Programmänderungen wird die L-Bank die Einführung eines Programms zur Innovationsfinanzierung prüfen sowie den Abschluss eines Garantievertrages mit dem European Investment Fund (EIF) im Zusammenhang mit dem L-Bank-Bürgschaftsprogramm. Auch die Beteiligungsaktivitäten werden voraussichtlich in Teilen neu geordnet. So sollen die Venture-Capital-Aktivitäten wieder maßgeblich verstärkt werden; geplant ist, in dieses Geschäftsfeld mittelfristig bis zu 50,0 Mio. Euro zusätzlich zu investieren. Ausgebaut werden sollen auch die Aktivitäten in der Standortentwicklung, und zwar insbesondere durch Erschließung neuer Standorte für Technologieparks; unverändert bleibt der Verkauf von Objekten in den Parks Teil der Gesamtstrategie. Das Neugeschäft des L-EA Mittelstandsfonds soll gegebenenfalls auf externe Fondsvehikel ausgelagert werden.

In der Wohnraumförderung werden die Neugeschäftsvolumina im Jahr 2015 voraussichtlich geringfügig steigen. In der Eigentumsförderung des Landeswohnraumförderungsprogramms sollte das Zusagevolumen insbesondere wegen einer weiteren Absenkung des verbilligten Zinssatzes leicht über dem Niveau von 2014

liegen. Die Neugeschäftszahlen in den Programmen zur Finanzierung energieeffizienzsteigernder Maßnahmen dürften ebenfalls in geringem Ausmaß steigen, was auf die Erhöhung der Tilgungszuschüsse für umfassende energetische Sanierungsmaßnahmen sowie auf die Einführung noch günstigerer Zinskonditionen für den Bau von Immobilien mit Effizienzhausstandard 55 und 40 zurückzuführen ist. Damit wieder vermehrt in bedarfsgerechten Mietwohnraum investiert wird, wird das Landeswohnraumförderungsprogramm durch die Erhöhung der förderfähigen Gesamtkosten und die Erweiterung der Gebietskulisse auf große Kreisstädte außerhalb von Verdichtungsräumen weiter aufgewertet. Das Zusagevolumen dürfte angesichts der großen Anzahl von in Vorbereitung befindlichen Projekten deutlich über dem des Berichtsjahres liegen. Bei der Finanzierung von Wohnungseigentümergeinschaften sollte insgesamt mindestens das Niveau des Jahres 2014 erreicht werden. Für das neue Zuschussprogramm „Wohnraum für Flüchtlinge“ werden Landesmittel von rund 15,0 Mio. Euro zur Verfügung stehen, die nach Erwartung der L-Bank vollständig abgerufen werden.

Trotz des in Summe relativ stabilen konjunkturellen Umfelds prognostiziert die L-Bank im Jahr 2015 ein deutlich rückläufiges Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/Bewertungen. Dies ist zum einen auf die Erwartung zurückzuführen, dass sich die Zinsen auch im kommenden Jahr auf niedrigem Niveau bewegen werden und der Zinsüberschuss daher in ähnlichem Umfang zurückgehen wird wie im Vorjahr. Zum anderen wird sich der Sachaufwand für das Bankgeschäft merklich erhöhen. Dies resultiert überwiegend aus IT-Aufwendungen für die Umsetzung europarechtlicher und bundesgesetzlicher Vorgaben und für die Modernisierung der IT-Landschaft. Außerdem erwartet die L-Bank deutlich steigende Aufsichtsgebühren aufgrund der Unterstellung unter die direkte EZB-Aufsicht. Im Vergleich zum Berichtsjahr plant die Bank ein signifikant schlechteres Bewertungsergebnis. Dies liegt im Wesentlichen darin begründet, dass die hohen Risikovorsorgeauflösungen

und Veräußerungsgewinne des Berichtsjahres nicht als im gleichen Umfang wiederholbar eingeschätzt werden können. Erstmals im Jahr 2015 wird der Beitrag zum europäischen Einheitlichen Abwicklungsfonds das Ergebnis der L-Bank stark belasten.

Die Bilanzsumme wird sich im Jahr 2015 auf vergleichbarem Niveau wie im Berichtsjahr bewegen.

Bezüglich der Refinanzierung erwartet die L-Bank aufgrund ihres sehr guten Ratings, dass sie weiterhin problemlos Mittel am Kapitalmarkt aufnehmen kann. Die Bank ist am nationalen und internationalen Geld- und Kapitalmarkt gut und diversifiziert aufgestellt. Unter Berücksichtigung der bestehenden Fälligkeitsstruktur rechnet die L-Bank mit einem deutlich rückläufigen mittel- und langfristigen Refinanzierungsvolumen im Jahr 2015.

Insgesamt prognostiziert die L-Bank für das Jahr 2015 vor allem mit Blick auf die Volatilität in der Infrastrukturförderung ein leicht rückläufiges Neugeschäftsvolumen. Bis auf die Belastung durch den Beitrag zum europäischen Einheitlichen Abwicklungsfonds werden keine bedeutenden Beeinträchtigungen der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage im Vergleich zum Berichtsjahr erwartet.

CHANCEN- UND RISIKOBERICHT

Die Bank hat zur Steuerung der mit ihrem Geschäft verbundenen Risiken ein Risikomanagementsystem mit den Zielen installiert,

- jederzeit die Gesamtrisikosituation des Instituts einschätzen zu können,
- die wesentlichen Einzelrisiken frühzeitig zu erkennen, zu bewerten, zu kommunizieren und zu steuern sowie
- risikorelevante Entwicklungen verbunden mit Handlungsalternativen aufzuzeigen.

Das Risikomanagement erfolgt unter der Maßgabe, den Fortbestand der Bank nachhaltig ohne Unterstützung des Landes Baden-Württemberg, auch bei Eintritt unerwarteter Verluste, sicherzustellen (Going-Concern-Ansatz). Es stützt sich im Wesentlichen auf

- die Vorgabe einer Geschäftsstrategie und daraus abgeleiteter Risikostrategien,
- die laufende Überprüfung der Risikotragfähigkeit und deren Reporting an den Vorstand,
- die schriftlich fixierte Ordnung der Aufbauorganisation sowie sämtlicher risikorelevanter Geschäftsprozesse,
- die Einrichtung und laufende Fortschreibung von Risikosteuerungs- und Risikocontrollingprozessen sowie
- die Einrichtung einer Compliance- und einer Risikocontrolling-Funktion sowie einer Internen Revision.

Das Risikomanagement ist institutsspezifisch ausgerichtet und wird insofern in hohem Maße durch den gesetzlich verankerten Förderauftrag bestimmt.

Das Land Baden-Württemberg definiert über die Ausgestaltung der Förderprogramme, die Festlegung der förderrelevanten Kundengruppen sowie die Bestimmung der regionalen Ausrichtung maßgeblich die Geschäftstätigkeit der Bank. Im Gegenzug hat das Land Baden-Württemberg die Gewährträgerhaftung und die Anstaltslast sowie eine explizite und unbedingte Garantie für die Verbindlichkeiten der Bank übernommen.

Auf Basis des öffentlichen Förderauftrags formuliert der Vorstand in der Geschäftsstrategie die maßgeblichen Grundlagen der Geschäftstätigkeit, die mit Blick auf die Risikotragfähigkeit in den Risikostrategien konkretisiert und in der Ablauforganisation operationalisiert wird.

ORGANISATION DES RISIKOMANAGEMENTS

Der Vorstand legt ein Zinsänderungsrisiko- und Währungsprofil fest, für dessen Umsetzung der Bereich Treasury zuständig ist. Dieser Bereich ist auch für das Liquiditätsrisikomanagement verantwortlich. Die Steuerung des Adressenausfallrisikos erfolgt im Rahmen eines Kompetenz- und Limitsystems durch die einzelnen Kreditbereiche der Bank. Operationelle Risiken werden von sogenannten Risikomanagern gesteuert. Diese steuern entweder bankweite operationelle Risiken (zentrale Risikomanager) oder die Risiken bestimmter Arbeitsabläufe (dezentrale Risikomanager). Während zentrale Risikomanager von der Geschäftsleitung bestellt werden, wird die Funktion des dezentralen Risikomanagers in der Regel von den Leitern der Fachbereiche wahrgenommen, die im Rahmen ihrer Organisationskompetenz Aufgaben auch an Mitarbeiter delegieren können.

Die quantitative und qualitative Bewertung sowie die Kommunikation der Risiken werden vom Bereich Controlling in Zusammenarbeit mit den Risikomanagern vorgenommen. Basis dieser Bewertungen ist eine unternehmensweite Datenbank, in der alle Geschäfte der Bank mit ihren Ausprägungen normiert abgelegt sind. Die im Rahmen des Risikomanagements erstellten Auswertungen werden regelmäßig mit den bilanzorientierten Auswertungen sowie den Datengrundlagen für das Meldewesen (z. B. CRR) abgeglichen. Der Bereich Controlling ist auch für die Überwachung der Einhaltung aller festgelegten Steuerungsvorgaben zuständig und berichtet dem Vorstand über die Risikosituation.

Die Bank geht Adressenausfallrisiken, Marktpreisrisiken und Liquiditätsrisiken in kontrolliertem Maß ein und steuert diese unter Beachtung aufsichtlicher und betriebswirtschaftlicher Vorgaben. Bezüglich des operationellen Risikos verfolgt die Bank die Strategie der Vermeidung, wobei sie hier nach dem Wirtschaftlichkeitsprinzip vorgeht.

Der Bereich Kreditanalyse beurteilt die Bonität der einzelnen Kreditnehmer sowie bestimmter Portfolios und schlägt dem Vorstand entsprechende kreditnehmerbezogene Limite sowie Portfolio- und Länderlimite vor. Ferner fungiert der Bereich Kreditanalyse bei risikorelevantem Geschäft als Marktfolge und gibt ein Zweitvotum ab. Zur qualitativen Bewertung der Risiken führt das Stresskomitee regelmäßig Stressanalysen durch. Dabei werden insbesondere auch Risikokonzentrationen berücksichtigt.

Die Interne Revision prüft und beurteilt risikoorientiert und prozessunabhängig im Auftrag des Vorstands die Wirksamkeit und Angemessenheit des Risikomanagements sowie die Ordnungsmäßigkeit aller wesentlichen Aktivitäten und Prozesse der Bank. Sie ist dem Gesamtvorstand unmittelbar unterstellt und ihm gegenüber berichtspflichtig. Die Interne Revision nimmt ihre Aufgaben selbstständig und unabhängig wahr und unterliegt bei der Bewertung der Prüfungsergebnisse und der Berichterstattung keinen Weisungen.

Das Risikomanagement der L-Bank berücksichtigt Beteiligungen insoweit, als aus diesen bzw. durch diese Verluste entstehen können, die die L-Bank in ihrer Vermögens-, Ertrags- und Liquiditätssituation nachhaltig wesentlich negativ beeinflussen.

GESCHÄFTS- UND RISIKOSTRATEGIEN

In der Geschäftsstrategie legt der Vorstand eine Zielgröße hinsichtlich der Kernkapitalquote fest und bestimmt die Produkte, mit denen der öffentliche Auftrag über programmgebundene und sonstige Fördergeschäfte erfüllt werden soll. In der Fördergeschäftsmatrix weist der Vorstand den einzelnen Geschäftsaktivitäten diese Produkte zu. Der gesetzliche Förderauftrag bewirkt eine Konzentration der Adressenausfallrisiken (Klumpenrisiken) auf bestimmte Branchen, Sicherheiten und Regionen. Zur Erreichung eines ausgewogenen Gesamt-

risikoprofils legt der Vorstand in der Geschäftsstrategie Qualitätsanforderungen an die gesamte Portfoliostruktur fest. Hierzu werden für das Neugeschäft Vorgaben hinsichtlich der Bonitätsvoraussetzungen (Risikoklasse) definiert, die ein Kreditnehmer außerhalb des programmgebundenen Fördergeschäfts erfüllen muss.

Aus der Geschäftsstrategie leitet sich die Risikostrategie ab. In der Risikostrategie legt der Vorstand fest, mit welchen Verfahren die Risikotragfähigkeit zu prüfen ist, macht Vorgaben zu neuen Produkten und neuen Märkten und konkretisiert die Strategien für das Adressenausfallrisiko, das Marktpreisrisiko, das Liquiditätsrisiko sowie die operationellen Risiken.

Im Rahmen einer quantitativen Beurteilung der Risikotragfähigkeit legt der Vorstand in der Risikostrategie seine Risikoneigung fest, indem er bestimmt, in welchem Umfang zur Abdeckung von Verlusten Risikodeckungspotenzial bereitgestellt wird. In diesem Zusammenhang wurden das Adressenausfallrisiko, das Marktpreisrisiko, das Liquiditätsrisiko, das operationelle Risiko sowie das Geschäftsrisiko als wesentliche Risikoarten identifiziert. Auf Basis einer aktuellen Risikoanalyse werden die Immobilienrisiken der bankeigenen Technologieparks seit 01.01.2014 nicht mehr als wesentliches Risiko eingeordnet. Die quantitative Beurteilung der Risikotragfähigkeit wird mit Stressanalysen unter besonderer Berücksichtigung von Risikotoleranzen ergänzt.

Hinsichtlich des Kreditrisikomanagements konkretisiert die Risikostrategie die Vorgaben bezüglich der Mindestbonität der Kreditnehmer sowie der Risikomarge und verpflichtet die Geschäftsbereiche zur Hereinnahme bestimmter als werthaltig eingestufte Sicherheiten. Daneben werden die maximalen Kreditvolumina der einzelnen Geschäftsfelder für die nächsten drei Jahre geplant und gleichzeitig begrenzt. Im programmgebundenen Fördergeschäft liegt der Planung die Höhe der jeweils bereitgestellten Subventionsmittel zugrunde. Im sonstigen Fördergeschäft, in dem die

Bank mit den Hausbanken zusammenarbeitet, wird im Wesentlichen auf die Entwicklung der Nachfrage der Hausbanken abgestellt. Das im Rahmen der Banksteuerung getätigte Kreditgeschäft wird maßgeblich von den Refinanzierungsmöglichkeiten bestimmt. An die Bonität der diesbezüglichen Anlagen werden in besonderem Maße hohe Anforderungen gestellt. Die mit der Risikotragfähigkeit in Einklang stehende Risikostrategie zeigt hiernach – auch unter Beachtung der bestehenden Risikokonzentrationen – den geplanten Umfang der zukünftigen Adressenausfallrisiken.

Bezüglich der Marktpreisrisiken verfolgt die Bank die Strategie, in bewusstem Umfang mit vertretbarem Risiko aus der Umsetzung von Zinsmeinungen Erträge zu erzielen. Die zugrunde liegenden Zinsmeinungen werden aus Kapitalmarktparametern abgeleitet. Aufgrund der gegebenen Volatilität erfolgen eine intensive tägliche Überwachung sowie eine laufende, zumindest wöchentliche Überprüfung durch die Geschäftsleitung.

Zur Sicherstellung einer struktur- und kostenoptimierten Refinanzierung bedient sich die Bank der nationalen und internationalen Kapitalmärkte. Aufgrund der gegebenen Garantien profitiert sie hierbei von dem guten Standing des Landes Baden-Württemberg an den Kapitalmärkten. Mögliche Refinanzierungsrisiken, die allein auf eine wesentliche Bonitätsverschlechterung des Landes zurückzuführen wären, werden nachhaltig als gering eingestuft.

Die Bank steuert ihre operationellen Risiken nach dem Wirtschaftlichkeitsprinzip. Hiernach werden ungeachtet der bestehenden umfangreichen internen Kontrollverfahren sowie gesetzlicher bzw. aufsichtlicher Anforderungen nur dann besondere schadensvermeidende oder -verhindernde Maßnahmen ergriffen, wenn ein potenzieller Verlust die hierdurch entstehenden Kosten übertrifft.

RISIKOTRAGFÄHIGKEIT

Überwachung des Risikodeckungspotenzials unter Fortführungs- und Liquidationsaspekten

Die Überwachung der Risikotragfähigkeit sowie die Steuerung der Risiken erfolgen mit der Zielsetzung, den Fortbestand des Kreditinstituts ohne Unterstützungsmaßnahmen des Gewährträgers nachhaltig zu sichern (Going-Concern-Ansatz). Daneben berechnet die Bank die Risikotragfähigkeit im Sinne des sogenannten Liquidationsansatzes. Die Risikotragfähigkeit wird laufend geprüft und dem Vorstand bzw. dem zuständigen Aufsichtsorgan berichtet.

Going-Concern-Ansatz

Die Ermittlung des relevanten ökonomischen Risikodeckungspotenzials erfolgt GuV-orientiert. Als Basis dient zunächst nur das nicht zur Erfüllung der Kapitalunterlegung nach den Anforderungen der CRR benötigte Eigenkapital. Da die Risiken auf Basis einer Haltedauer von einem Jahr ermittelt werden, werden die Eigenkapitalanforderungen angesetzt, die gemäß Phase-in-Regelung zwölf Monate nach Bewertungsstichtag gelten werden. Aus Vorsichtsgründen erhöht die Bank die geforderte Quote um 0,5 Prozentpunkte. In einem zweiten Schritt werden diese freien Kapitalbestandteile um eventuell bestehende Reserven ergänzt, die hinsichtlich ihrer Verlustausgleichsfunktion eine mit dem Eigenkapital vergleichbare Qualität haben und bei der Ermittlung der aufsichtsrechtlich definierten Risikopositionen nicht positionsmindernd berücksichtigt wurden. Ferner werden „Zuschreibungsreserven“ berücksichtigt, die aus der Wertminderung im Zins verbilligter Darlehen herrühren und die vor Inkrafttreten des BilMoG gebildet wurden.

Für alle wesentlichen Risikoarten werden auf Basis eines Konfidenzniveaus von einheitlich 99,0% Value-at-Risk-(VaR-)Limite festgelegt, die dem Risikodeckungspotenzial gegenübergestellt werden. Die Summe dieser VaR-Limite bildet die seitens der Bank definierte Gesamtverlustobergrenze, die mit Blick auf die nachhaltige Sicherung des Fortbestandes maximal 80,0% des Risikodeckungspotenzials ausschöpft.

Nachfolgende Tabelle zeigt, wie sich das Risiko-deckungspotenzial sowie die hiermit abzudeckenden Risiken entwickelt haben. Unter „Risikoposition“ werden die Anrechnungsbeträge für Adressenausfallrisiken und die mit dem Faktor 12,5 multiplizierte Summe der Anrechnungsbeträge für Marktpreisrisiken und operationelle Risiken ausgewiesen. Die Bank wendet zur Ermittlung der Kreditrisiken den Kreditrisikostandardansatz, bei den Marktpreisrisiken das Standardverfahren und bei den operationellen Risiken den Basisindikatoransatz an.

AUFSICHTLICHE KAPITALUNTERLEGUNG				
Aufsichtsrechtliche Kennzahlen	31.03.2014	30.06.2014	30.09.2014	31.12.2014
Risikoposition in Mio. Euro	21.231,8	21.327,8	21.221,7	21.072,7
Kernkapital in Mio. Euro	2.776,1	2.983,9	2.986,8	2.985,9
Kernkapitalbedarf in Mio. Euro (5,5%)	1.167,7	1.173,0	1.167,2	1.159,0
Eigenmittel in Mio. Euro	3.389,1	3.613,2	3.584,0	3.554,7
Kernkapitalquote in %	13,07	13,99	14,07	14,17
Gesamtkapitalquote in %	15,96	16,94	16,89	16,87

Unter Berücksichtigung der zwölf Monate nach Berechnungstichtag geltenden CRR-Anforderungen und des bankinternen Aufschlags von 0,5 Prozent-

punkten auf die Mindestkernkapitalquote ergibt sich folgendes freies Kernkapital:

	31.03.2014	30.06.2014	30.09.2014	31.12.2014
Freies Kernkapital in Mio. Euro	1.382,3	1.585,4	1.595,7	1.604,6

Zum Bilanzstichtag ergibt sich bei einem freien Kernkapital von 1.604,6 Mio. Euro, einem Gewinn des abgelaufenen Jahres von 180,1 Mio. Euro (vor Zuführung zu Vorsorgereserven nach § 340 g HGB) sowie anrechnungsfähigen Vorsorgereserven in Höhe von rund 141,8 Mio. Euro ein GuV-orientiertes Risikodeckungspotenzial von 1.926,5 Mio. Euro. Dem Risikodeckungspotenzial steht die vom Vorstand in Einklang mit der Geschäfts- und Risikostrategie beschlossene Gesamtverlustobergrenze von 940,0 Mio. Euro gegenüber. Diese verteilt sich zum Bilanzstichtag wie nachfolgend aufgeführt.

GESAMTVERLUSTOBERGRENZE UND TEILVERLUSTOBERGRENZEN PER 31.12.2014

in Mio. Euro

	Limit
Gesamtverlustobergrenze	940,0
Adressenausfallrisiken	400,0
Marktpreisrisiken	250,0
Liquiditätsrisiken	65,0
Operationelle Risiken	10,0
Modellrisiken	40,0
Unwesentliche Geschäftsvorfälle	10,0
Puffer	165,0
Anteil der Gesamtverlustobergrenze am Risikodeckungspotenzial in %	48,8

Der Anteil der Gesamtverlustobergrenze am ökonomischen Risikodeckungspotenzial beträgt hiernach zum Bilanzstichtag 48,8 %. Im abgelaufenen Geschäftsjahr betrug er zwischen 48,8 % und 60,2 %.

Liquidationsansatz

In einer weiteren Berechnung wird der Wert der Bank als ökonomisches Risikodeckungspotenzial dargestellt, wobei auch die stillen Lasten des Anlagevermögens aus vermiedenen Niederstwertabschreibungen sowie die negativen Marktwerte von Credit Default Swaps (CDS) berücksichtigt werden. Diesem werden neben den Adressenausfallrisiken (inklusive Modellrisiken), den Marktpreisrisiken, den Liquiditätsrisiken und den operationellen Risiken auch die Spread- und Migrationsrisiken gegenübergestellt. Als Migrationsrisiko wird das Risiko eines Wertrückgangs der Wertpapiere aufgrund von Bonitätsverschlechterungen der Emittenten mit Hilfe einer Monte-Carlo-Simulation beurteilt. Als marktweites Spreadrisiko wird das Risiko eines ratingunabhängigen Wertrückgangs der Wertpapiere aufgrund marktweiter Spreadschwankungen durch historische Simulation bewertet. Zur Abschätzung der Entwicklung der Niederstwertabschreibungen und der negativen Marktwerte unterzieht die Bank diese laufend diversen Stresstests.

Zum Bilanzstichtag errechnet sich ein Barwert der Bestände von 5.304,8 Mio. Euro. Diesem stehen barwertige Verwaltungsaufwendungen von 230,3 Mio. Euro, barwertige erwartete Risikokosten von 279,3 Mio. Euro sowie stille Lasten aus CDS von 2,0 Mio. Euro gegenüber, sodass sich ein barwertorientiertes Risikodeckungspotenzial von 4.793,2 Mio. Euro ergibt. Dieses ist zum Bilanzstichtag durch VaR-Werte in Höhe von insgesamt 4.260,9 Mio. Euro zu insgesamt 88,9 % belegt, wobei im Liquidationsansatz ein Konfidenzniveau von 99,98 % angewendet wird. Die Belegung der wertorientierten Gesamtverlustobergrenze lag im Jahr 2014 zwischen 88,6 % und 98,7 %.

Kapitalplanung

Die Bank hat wie in den Vorjahren mittelfristige Simulationsrechnungen erstellt, die auf der aktuellen bzw. erwarteten Risikolage aufsetzen und die neuen aufsichtlichen Regelungen berücksichtigen. Dabei wird das vorgerechnete Risikodeckungskapital nicht in vollem Umfang zur Abdeckung von Risiken bereitgestellt, da nicht ausgeschlossen werden kann, dass neben den neuen aufsichtlichen Regelungen weitere Erhöhungen des Eigenkapitalbedarfs auf die Banken zukommen. Auf Basis dieser Vorrechnungen ist die Risikotragfähigkeit sowohl nach dem Fortführungs- als auch nach dem Liquidationsansatz gegeben.

Durchführung von Stressanalysen

Die quantitative Risikomessung erfolgt über VaR-Modelle. Die zur Risikomessung verwendeten finanzmathematischen Modelle setzen naturgemäß bezüglich diverser Einflussparameter eine gewisse Stabilität der Rahmenbedingungen der Finanzmärkte voraus. Die Finanzmarktkrise offenbarte jedoch an verschiedenen Stellen offenkundige Grenzen der Aussagekraft quantitativer Risikomodelle. Aufgrund der Tatsache, dass finanzmathematische Modelle naturgemäß nicht alle Ereignisse abbilden können, erfolgt eine laufende Arrondierung der quantitativen Risikobewertung durch umfangreiche Analysen in Form von Stressszenarien. Mit der Durchführung dieser Stressszenarioanalysen identifiziert die Bank Konstellationen von Risikofaktoren, die besonders große Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und/oder Ertragslage der Bank haben können.

Im Rahmen dieser Analysen werden zunächst Szenarien erarbeitet und hinsichtlich ihrer Auswirkungen analysiert, die jeweils in einer einzelnen Risikoart (Adressenausfallrisiko, Marktpreisrisiko, Liquiditätsrisiko,

operationelles Risiko) isoliert wirken. In einem zweiten Schritt werden die für die einzelne Risikoart bestimmten Risikofaktoren als tatsächliche Träger des Risikos (z. B. Arbeitslosigkeit als Faktor des Adressenausfallrisikos) bestimmt, und ihre Interaktion mit Risikofaktoren der übrigen Risikoarten wird ermittelt. Hierbei wird unter anderem auch das in der Bank vorhandene Expertenwissen mit Hilfe eines Scoringverfahrens für die Analyse nutzbar gemacht. Aus der festgestellten Interaktion der Risikofaktoren ergeben sich Hinweise auf Risikokonzentrationen, sowohl innerhalb einer Risikoart als auch risikoartenübergreifend. Dies ermöglicht die Formulierung von auf die Interaktion der Risikofaktoren abgestimmten Stressszenarien.

Da sich auch durch das dargestellte Analysesystem nicht vollständig ausschließen lässt, dass bestandsgefährdende Szenarien letztendlich unerkannt bleiben, werden zur Verdeutlichung der Grenzen der Risikotragfähigkeit entsprechende Verlustbelastungen unterstellt, und es wird retrograd errechnet, unter welchen Bedingungen es zu derartigen Verlusten kommen kann (inverse Stresstests).

Derzeit beruht die Ermittlung der quantitativen Auswirkungen der formulierten Szenarien auf Expertenschätzungen, aus denen quantitative Angaben abgeleitet werden. Diese Schätzungen, und damit folglich auch die quantitativen Auswirkungen, sind naturgemäß mit erhöhten Unsicherheiten behaftet. Daher entwickelt die Bank ein mehrdimensionales Scoringssystem, mit dem die quantitative eindimensionale Expertenschätzung zu einer qualitativen mehrdimensionalen Analyse ausgebaut wird. Diese wird in einem weiteren Schritt mit Zeitreihenanalysen beobachtbarer Risikofaktoren kombiniert. Die Bank geht davon aus, dass das Expertenwissen gegenüber den derzeit verwendeten Verfahren hierdurch umfassender für die quantitative Analyse genutzt werden kann.

Bei den Adressenausfallrisiken werden Szenarien angesetzt, die zu steigenden Kreditrisiken und damit zu einem höheren Bedarf an regulatorischem und ökonomischem Kapital führen. Diese Szenarien umfassen sowohl Sensitivitätsanalysen bezüglich der verschiedenen Risikofaktoren als auch Szenarioanalysen, bei denen bestimmte außergewöhnliche, aber mögliche Ereignisse simuliert werden. So wird z. B. in einem Szenario – abgestimmt auf die baden-württembergische Wirtschaftsstruktur – von einem schweren konjunkturellen Abschwung in der Automobilindustrie ausgegangen. Bezüglich des Marktpreisrisikos werden verschiedene außergewöhnliche Veränderungen der Zinskurven modelliert, wie sie in den letzten 20 Jahren aufgetreten sind. Diese umfassen sowohl Zinsanstiege als auch Zinsrückgänge mit außergewöhnlichem Umfang sowie die Veränderung der Form der Zinskurve. Bei den Stressanalysen hinsichtlich des Liquiditätsrisikos werden als marktweite Effekte eine Änderung der Refinanzierungspolitik der Zentralbank und kapitalmarktbedingte Veränderungen der Refinanzierungsbedingungen unterstellt. Bankindividuell werden die Auswirkungen einer Verschlechterung der Eigenbonität und Änderungen des Kunden- und Investorenverhaltens untersucht. Die Identifikation und Bewertung operationeller Risiken erfolgt durch Szenarioanalysen. Im Rahmen der Stressszenarien wird unterstellt, dass sich sowohl die Eintrittswahrscheinlichkeiten als auch die quantitativen Auswirkungen dieser Schadensszenarien erhöhen

RISIKOSTEUERUNG UND -CONTROLLING

Die Risikosteuerungs- und Risikocontrollingprozesse der Bank umfassen die Identifizierung, Bewertung, Steuerung, Überwachung und Kommunikation der wesentlichen Risiken. Als wesentliche Risikoarten wurden das Adressenausfallrisiko und das Marktpreisrisiko sowie das Liquiditätsrisiko und das operationelle Risiko identifiziert.

ADRESSENAUSFALLRISIKO

Das Adressenausfallrisiko besteht in einem möglichen Verlust aus einem Kreditgeschäft gemäß § 19 KWG, wenn der Geschäftspartner seinen vertraglichen Verpflichtungen nicht nachkommt. Die Nichterfüllung eines Vertrages kann individuelle, in der Bonität oder dem Umfeld des Kreditnehmers liegende, oder politische Ursachen haben.

Die aktive Steuerung des Adressenausfallrisikos beginnt im Rahmen der Kreditgewährung mit

- der Einstufung der Bonität des Kreditnehmers (inklusive Überprüfung der Kapitaldienstfähigkeit),
- der eventuellen Hereinnahme von Sicherheiten,
- der Ermittlung einer ausfallwahrscheinlichkeitsbasierten Risikomarge,
- der Überprüfung der Notwendigkeit der Durchführung eines „Neue-Produkte-Prozesses“ sowie der
- Überprüfung der Notwendigkeit eines zweiten Votums.

Im Rahmen der Steuerung des Adressenausfallrisikos gibt die Bank für die einzelnen Geschäftssegmente eine Mindestrisikoklasse im Rahmen des 14-stufigen Systems vor. Über Ausnahmen von diesen Mindestrisikoklassen entscheidet der Vorstand.

Geschäftssegmente	Risikoklasse
Kredite im Programmgeschäft	Bonitätsmäßige Voraussetzungen für das Programmgeschäft sind in den zwischen dem Land Baden-Württemberg und der L-Bank abgestimmten Förderprogrammen und bankinternen Arbeitsanweisungen festgelegt
Sonstige Kredite (inklusive Wertpapieren und Geldanlagen)	1 bis 5
Strukturierte Produkte (Asset Backed Securities)	1 und 2
Zinsderivate ohne Besicherung	1 bis 3
Zinsderivate mit Besicherung	1 bis 5
Kreditderivate	1 bis 5
Länder (Transferrisiko)	1 bis 12, jedoch kein Neugeschäft in den Euro-Peripheriestaaten Banksteuerung: schwerpunktmäßig Risikoklasse 1–2

Die Kreditvergabe an Kreditnehmer mit einer Risikoklasse schlechter als 5 ist außerhalb des Programmgeschäfts – gegebenenfalls nach Berücksichtigung weiterer Sicherheiten – möglich.

Zur Begrenzung von Verlusten wird bei allen Kreditentscheidungen, bei denen für die Bank ein Adressenausfallrisiko begründet bzw. ein bestehendes erhöht wird, auf eine angemessene Besicherung geachtet, soweit dies aufgrund der Rechtsform oder Bonität der Adresse banküblich ist. Um das Kreditrisiko durch die Hereinnahme von Sicherheiten zu begrenzen, darf dabei der Wert der gestellten Sicherheit nicht von der Bonität des Kreditnehmers abhängen.

Durch den Ausfall von Krediten entstehen der Bank Verluste. Zum Ausgleich dieser Verluste wären risikoorientierte Margen zu erheben. Aufgrund des Geschäftsmodells der L-Bank ist es jedoch nicht möglich, für die programmgebundenen Förderkredite risikoorientierte, individuell zu bestimmende Margen festzulegen. Im Bereich der Banksteuerung werden vornehmlich

Geschäfte mit Adressen von Kapitalmarktteilnehmern abgeschlossen. Für diese Kreditnehmer werden auf dem Kapitalmarkt überwiegend Credit Spreads gehandelt, sodass die L-Bank die Marge nur bedingt beeinflussen kann. Bei allen Krediten, bei denen die Marge nicht von Dritten festgelegt ist (Programmdarlehen) und bei denen die Kondition nicht auf dem Kapitalmarkt festgelegt wird, wird eine auf Ausfallwahrscheinlichkeiten basierende Risikomarge ermittelt und in die Kreditentscheidung einbezogen.

Um sicherzustellen, dass nur solche Kredite gewährt werden, die die Bank risikoadäquat bearbeiten und steuern kann, wird bei neuartigen Krediten vor erstmaliger Kreditgewährung anhand von Testfällen überprüft, inwieweit der Kredit mit den bestehenden Prozessen und Verfahren abgebildet werden kann. Ergebnis dieses Testdurchlaufs ist jeweils ein Konzept, in dem alle mit dem neuen Geschäft verbundenen personellen, organisatorischen, DV-technischen, bilanz- und steuerrechtlichen Konsequenzen dargestellt werden.

Für das Kreditgeschäft besteht in der L-Bank bis einschließlich der Ebene des Vorstandes eine Trennung in die Bereiche Markt und Marktfolge. Die Unternehmensbereiche I und II sind Marktbereiche, und die Unternehmensbereiche III und IV sind Marktfolgebereiche. Diese aufbauorganisatorische Trennung ist auch für den Vertretungsfall durchgängig gewährleistet. Da risikorelevante Kreditentscheidungen der Zustimmung der

Marktfolge (Zweitvotierung) bedürfen und die Marktfolge insbesondere für das Kreditrisikocontrolling zuständig ist, werden durch die aufbauorganisatorische Trennung des Kreditgeschäftes in die Bereiche Markt und Marktfolge unausgewogene Kreditentscheidungen verhindert.

Die Tabelle zeigt die Zusammensetzung des Kreditportfolios nach Produktarten.

KREDITPORTFOLIO ZUM 31.12.2014 in Mio. Euro						
	Privat- kunden	Unternehmen und Selbstständige	Unternehmen aus dem Finanzsektor	Öffentliche Hand	L-Bank gesamt	Verteilung in %
Darlehen	6.091,8	9.381,4	15.655,3	1.064,3	32.192,9	45,8
Schuldscheindarlehen	0,0	55,0	3.042,9	6.210,1	9.308,1	13,2
Wertpapiere (Inhaberschuld- verschreibungen)	0,0	870,4	8.733,3	11.656,5	21.260,2	30,2
Wertpapiere (Asset Backed Securities)	0,0	0,0	121,5	0,0	121,5	0,2
Wertpapiere (Credit Linked Notes)	0,0	0,0	500,0	0,0	500,0	0,7
Wertpapiere gesamt	0,0	870,4	9.354,8	11.656,5	21.881,7	31,1
Credit Default Swaps	0,0	0,0	145,0	3.814,0	3.959,0	5,6
Bürgschaften	0,0	495,6	544,6	17,2	1.057,3	1,5
Finanzderivate	0,0	0,0	1.083,0	0,1	1.083,1	1,5
Termingelder	0,0	0,0	37,0	0,0	37,0	0,1
Beteiligungen	0,0	203,9	302,0	89,0	595,0	0,8
Kontokorrentkonten, Bargeld	0,0	0,0	46,6	188,1	234,7	0,3
Leihe	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Gesamt	6.091,8	11.006,3	30.211,3	23.039,4	70.348,9	100,0

QUANTITATIVE BEWERTUNG DER BERECHNUNG DES VALUE-AT-RISK

Die Risiken aus unerwarteten Verlusten werden über die in das Risikotragfähigkeitskonzept eingebetteten VaR-Limite begrenzt.

Grundsätzlich erfolgt die Bewertung der unerwarteten Verluste mit Hilfe einer Monte-Carlo-Simulation auf Basis von Ausfallwahrscheinlichkeiten. Die Zuordnung der Ausfallwahrscheinlichkeit ergibt sich aus der externen bzw. internen Ratingklasse, der der Kunde nach Analysen der Bank zugeordnet ist. Dabei werden neben dem Rating des Kunden auch die jeweilige Branchenzugehörigkeit sowie sonstige risikorelevante Portfoliomerkmale berücksichtigt. Die Berechnung basiert auf einer Haltedauer von einem Jahr und einem Konfidenzniveau von 99 % im Fortführungsansatz bzw. 99,98 % im Liquidationsansatz. Es werden auch Korrelationen, die sich aus den unterschiedlichen

Sitzländern der Kreditnehmer ergeben, berücksichtigt. Ebenfalls werden bei der Bewertung des Risikos gestellte Barsicherheiten, Grundpfandrechte auf Wohnimmobilien sowie im Rahmen des Hausbankverfahrens an Endkreditnehmer vergebene Kredite als Sicherheiten berücksichtigt. In den Geschäftsfeldern „Unternehmen aus dem Finanzsektor“ und „Öffentliche Hand“ wird eine Recovery-Rate von 55 % und für das Geschäftsfeld „Unternehmen und Selbstständige“ eine Recovery-Rate von 30 % angesetzt. Aufgrund der Portfoliostruktur kommt den Transferrisiken insgesamt nur eine untergeordnete Bedeutung zu. Das Risiko, dass die Bank aus der Beschränkung des Zahlungsverkehrs aufgrund gesetzlicher Einschränkungen der betreffenden Länder Verluste erleidet, wird daher als sehr gering erachtet.

Nachfolgende Darstellung gibt eine Übersicht über die Belegung der Gesamtverlustobergrenze durch die Adressenausfallrisiken im Jahresverlauf 2014:

VALUE-AT-RISK FÜR ADRESSENAUSFALLRISIKEN 2014 in Mio. Euro										
	01.01.2014		31.03.2014		30.06.2014		30.09.2014		31.12.2014	
	Limit	Belegung	Limit	Belegung	Limit	Belegung	Limit	Belegung	Limit	Belegung
Gesamtverlustobergrenze	940,0	334,9	940,0	283,8	940,0	302,4	940,0	297,0	940,0	347,4
Anteil Adressenausfallrisiken in %	42,6	74,4	42,6	77,0	42,6	67,7	42,6	75,4	42,6	68,4
Adressenausfallrisiken	400,0	249,0	400,0	218,5	400,0	204,8	400,0	223,8	400,0	237,8
Privatkunden	60,0	45,0	60,0	43,3	60,0	40,9	60,0	40,7	60,0	40,5
Unternehmen aus dem Finanzsektor	100,0	52,1	100,0	46,1	100,0	47,8	100,0	60,2	100,0	64,4
Sonstige Unternehmen	190,0	133,0	190,0	110,3	190,0	116,1	190,0	122,9	190,0	132,9
Öffentliche Hand	50,0	18,8	50,0	18,8	50,0	0,0	50,0	0,0	50,0	0,0

Rechtzeitige und ausreichende Risikovorsorge

Mit der Bildung von Wertberichtigungen trägt die Bank akut gewordenen Risiken umfassend Rechnung. Sie hat hierzu auf Basis ihres Instrumentariums zur Risikofrüherkennung dezidierte Prozesse eingerichtet und entsprechende Richtlinien erlassen. Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Wertberichtigungen nach Geschäftsfeldern und die korrespondierenden Risikobestände. Enthalten sind die Wertberichtigungen, die bei der Ermittlung des nach CRR notwendigen Kapitals zur Ermittlung der Nettositionen von den

Buchwerten abgezogen werden. Eventuell bestehende Wertberichtigungen, die bei der Ermittlung des nach CRR notwendigen Kapitals nicht von den Buchwerten abgezogen werden, stehen der Bank im Going-Concern-Ansatz als Risikodeckungskapital zur Verfügung (z. B. Vorsorgereserven nach § 340 f HGB). Die korrespondierenden Risikobestände setzen sich zusammen aus den Bruttobuchwerten der Darlehen, den Nettobuchwerten von Wertpapieren und Beteiligungen sowie den Bürgschaftssalden und den gemäß CRR ermittelten kreditäquivalenten Beträgen der Zinsderivate unter Berücksichtigung von Netting- und Collateral-Vereinbarungen.

WERTBERICHTIGUNGSQUOTE ZUM 31.12.2014 in Mio. Euro

	Privatkunden		Unternehmenskunden		Unternehmen aus dem Finanzsektor		Öffentliche Hand		Gesamt		Quote in %
	Wertb.	Bestand	Wertb.	Bestand	Wertb.	Bestand	Wertb.	Bestand	Wertb.	Bestand	
31.12.2009	91,4	8.195,8	788,0	14.408,5	31,6	35.584,0	0,0	8.907,2	910,9	67.095,6	1,4
31.12.2010	87,9	7.749,9	674,2	11.887,1	31,6	34.156,0	0,0	14.273,0	793,7	68.066,0	1,2
31.12.2011	100,4	7.251,9	567,1	11.659,9	31,6	33.710,5	0,0	20.177,2	699,1	72.799,5	1,0
31.12.2012	88,6	6.771,8	505,8	10.959,8	31,6	31.236,1	0,0	23.941,6	626,0	72.909,2	0,9
31.12.2013	92,9*	6.373,7	432,1*	10.886,2	31,6	31.300,6	0,0	23.846,3	556,6	72.406,8	0,8
31.03.2014	91,9	6.280,6	421,9	10.894,1	31,6	31.460,0	0,0	23.727,0	545,4	72.361,7	0,8
30.06.2014	91,3	6.204,5	404,5	10.958,1	31,6	30.847,6	0,0	23.243,8	527,4	71.254,0	0,7
30.09.2014	78,6	6.149,3	399,9	10.999,9	31,6	30.268,2	0,0	23.297,5	510,1	70.715,0	0,7
31.12.2014	87,6	6.091,8	373,2	11.006,3	21,9	30.211,3	0,0	23.039,4	482,7	70.348,9	0,7

* Geänderte Zuordnung im Vergleich zum Vorjahr bei Privat- und Unternehmenskunden.

Qualitative Bewertung mit Hilfe von Bonitäts- und Sicherheitenklassifizierungen

Zur qualitativen Bewertung der Adressenausfallrisiken wird jeder Kreditnehmer einer Bonitätsstufe – ausgedrückt als Risikoklasse – zugeordnet. Dabei berücksichtigt die Bank bei Individualratings die Besonderheiten der jeweiligen Kundenstruktur. Bei Kreditnehmern

im Rahmen der Förderung eigengenutzten Wohnraums wird aufgrund der Homogenität der Kundengruppe ein an der durchschnittlichen Ausfallwahrscheinlichkeit orientiertes Pauschalrating vergeben. Nachfolgende Tabelle zeigt die Ausfallwahrscheinlichkeiten der einzelnen Risikoklassen und stellt den internen Risikoklassen die korrespondierenden externen Risikoklassen gegenüber.

RISIKOKLASSEN UND KORRESPONDIERENDE AUSFALLWAHRSCHEINLICHKEITEN														
Risikoklasse	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Mittlere Ausfallwahrscheinlichkeit in %	0,01	0,03	0,06	0,13	0,27	0,56	1,15	2,35	4,75	9,37	17,63	30,72	100	100
Bandbreite Ausfallwahrscheinlichkeit in %	0,01	0,02	0,04	0,09	0,19	0,39	0,80	1,65	3,35	6,70	12,95	23,55		
	0,02	0,04	0,09	0,19	0,39	0,80	1,65	3,35	6,70	12,95	23,55	100	100	100
Extern		AA+		A		BBB			BB-	B	CCC+	CC	Default	Default
	AAA	AA	A+	A-	BBB+	BBB-	BB+	BB	B+	B-	CCC	C		
		AA-									CCC-			
	Investment Grade						Non-Investment Grade							

Die kreditvergebenden Organisationseinheiten sind grundsätzlich dazu verpflichtet, bei allen Kreditentscheidungen auf eine ausreichende Besicherung zu achten, um dadurch den Blankokreditanteil und das Verlustrisiko zu reduzieren. Die Bank hat festgelegt, welche Sicherheiten akzeptiert werden und welcher Sicherungswert diesen maximal bei der Bestimmung des Blankokreditanteils beigemessen werden darf. Sicherheiten, denen aus materiellen oder formellen Gründen kein expliziter Sicherungswert beizumessen ist, müssen gleichwohl der Kreditgewährung zugrunde gelegt werden, wenn die Hereinnahme derartiger Sicherheiten branchenüblich ist und im Verwertungsfall die Erzielung eines Verwertungserlöses erwartet werden kann.

Zur Darstellung des Verlustrisikos werden bestimmte Sicherheiten risikomindernd berücksichtigt. Dabei werden Verbindlichkeiten von Landesbanken, die über den Bestandsschutz („Grandfathering“) durch Anstaltslast

und Gewährträgerhaftung garantiert sind, der Risikoklasse 1 zugewiesen. Ebenso sind Kredite, die kommunal verbürgt sind, und Realkredite auf Wohnimmobilien in Baden-Württemberg der Risikoklasse 1 zugeordnet. Eine dingliche Besicherung durch eine Wohnimmobilie in Baden-Württemberg außerhalb des Realkredits, aber innerhalb des Beleihungswertes bewirkt eine Zuordnung zu Risikoklasse 4. Bei Pfandbriefen und pfandbriefähnlichen Emissionen (z.B. Covered Bonds) wird auf das externe Emissionsrating abgestellt.

Nachfolgende Tabelle zeigt die Risikobestände der einzelnen Geschäftsfelder. Diese setzen sich zusammen aus den Bruttobuchwerten der Darlehen, den Nettobuchwerten der Wertpapiere und Beteiligungen sowie den Bürgschaftssalden und den gemäß CRR ermittelten kreditäquivalenten Beträgen der Zinsderivate unter Berücksichtigung von Netting- und Collateral-Vereinbarungen.

RISIKOSTRUKTUR DES KREDITPORTFOLIOS ZUM 31.12.2014 in Mio. Euro						
	Privatkunden	Unternehmen und Selbstständige	Unternehmen aus dem Finanzsektor	Öffentliche Hand	L-Bank gesamt	Verteilung in %
Risikoklasse 1	2.121,7	4.562,0	8.980,3	18.918,7	34.582,7	49,2
Risikoklasse 2	11,0	274,4	2.806,7	3.475,5	6.567,6	9,3
Risikoklasse 3	0,0	870,0	5.305,4	31,5	6.207,0	8,8
Risikoklasse 4	3.425,1	2.173,1	11.539,1	0,0	17.137,2	24,4
Risikoklasse 5	73,8	1.189,0	922,6	0,0	2.185,4	3,1
Risikoklasse 6	383,0	325,8	359,5	451,0	1.519,2	2,2
Risikoklasse 7	0,1	597,3	36,3	91,2	724,8	1,0
Risikoklasse 8	0,2	281,9	208,6	71,5	562,2	0,8
Risikoklasse 9	0,0	242,5	51,0	0,0	293,5	0,4
Risikoklasse 10	0,0	109,7	0,0	0,0	109,7	0,2
Risikoklasse 11	33,6	40,2	0,0	0,0	73,7	0,1
Risikoklasse 12	20,4	139,6	0,0	0,0	160,0	0,2
Risikoklasse 13	0,0	91,3	0,0	0,0	91,3	0,1
Risikoklasse 14	22,9	109,7	1,9	0,0	134,6	0,2
Gesamt	6.091,8	11.006,3	30.211,3	23.039,4	70.348,9	100,0

In obigem Bestand in Höhe von 70.348,9 Mio. Euro sind Wertpapiere und CDS in Höhe von 25.840,7 Mio. Euro enthalten. Die Bank verfolgt das Ziel, Wertpapiere und CDS bis zur Endfälligkeit zu halten. Mit Ausnahme der Rückkäufe eigener Emissionen sind alle Wertpapiere dem Anlagevermögen zugeordnet. Die Bank behandelt deshalb die Wertpapiere wie Kredite und wendet dementsprechend das gemilderte Niederstwertprinzip an. Im Wertpapierbestand der Bank besteht keine Teilwert-

berichtigung aufgrund dauerhafter Wertminderung. Die pauschalierte Einzelwertberichtigung in Höhe von 30,0 Mio. Euro auf das unbesicherte Wertpapierportfolio der PIIGS-Staaten wurde um 10,0 Mio. Euro auf 20,0 Mio. Euro vermindert. Die Wertpapiere und CDS weisen nachfolgend aufgeführte Bonitätsstruktur auf. Ersparte Niederstwertabschreibungen auf Wertpapiere sowie negative Marktwerte bei den CDS werden als stille Lasten ausgewiesen.

**RISIKOSTRUKTUR WERTPAPIERBESTAND/
CDS PER 31.12.2014** in Mio. Euro

Risiko- klasse	Bestand	Stille Lasten	Spread- risiken
1	18.996,4	3,4	1.218,8
2	2.991,3	0,9	68,9
3	485,4	0,0	6,2
4	1.585,3	2,4	24,4
5	807,9	3,2	19,6
6	620,3	0,1	15,4
7	230,0	0,2	1,9
8	74,1	7,8	3,5
9	50,0	14,2	6,4
10 bis 14	0,0	0,0	0,0
Gesamt	25.840,7	32,2	1.365,1

Überwachung von problembehafteten Krediten

Bei den problembehafteten Krediten unterscheidet die Bank zwischen non-performing loans und forborne loans,

wobei es auch solche Kredite gibt, die beide Merkmale aufweisen.

Bei den Krediten in der Problemerkreditbearbeitung werden alle Kredite gemäß § 19 KWG (das heißt inklusive außerbilanzielle und derivative Geschäfte), bei denen es starke Hinweise darauf gibt, dass zur Vermeidung bzw. Begrenzung von Verlusten Maßnahmen erforderlich werden, die über die Normalbetreuung und die bloße Intensivierung der Kundenkontakte und eine eventuelle Bestellung von Zusatzsicherheiten in Kooperation mit dem Kunden in der Intensivbetreuung hinausgehen. Hinweise sind neben Zahlungsstörungen insbesondere auch geringe Bonitäten (Risikoklasse 9 und schlechter). Das Volumen an Problemerkrediten umfasst auch die non-performing loans sowie den Teil an forborne loans, die sich nicht in der Bewährungszeit befinden.

Die Bank unterscheidet bei Problemerkrediten zwischen sonstigen Problemerkrediten (Risikoklassen 9 bis 12), Sanierungsengagements (Risikoklasse 13) und Abwicklungsengagements (Risikoklasse 14). Zum 31.12.2014 betrug der Bestand in der Problemerkreditbearbeitung 985,7 Mio. Euro. Dieser verteilte sich wie folgt auf die Geschäftsfelder der Bank.

BESTAND IN DER PROBLEMKREDITBEARBEITUNG ZUM 31.12.2014 in Mio. Euro

	Risiko- bestand gesamt	Problemerkreditbestand		Sanie- rung	Abwick- lung	Abwick- lungsquote in %	Wert- berichti- gungen
		Gesamt	In %				
Privatkunden	6.091,8	243,0	4,0	195,6	47,4	0,8	92,7
Unternehmen aus dem Finanzsektor	30.211,3	52,9	0,2	51,0	1,9	0,0	1,9
Sonstige Unternehmen und Selbstständige	11.006,3	689,8	6,3	563,7	126,1	1,1	315,2
Öffentliche Hand	23.039,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Gesamt	70.348,9	985,7	1,4	810,3	175,4	0,2	409,8

Als non-performing loan klassifiziert die Bank Kredite (ohne außerbilanzielle Geschäfte), bei denen mindestens einer der folgenden Sachverhalte vorliegt:

- Einzelwertberichtigung oder Abschreibung
- Zahlungsverzug größer 90 Tage
- Risikoklasse 13 und schlechter
- Kredite mit forbearance-Maßnahmen innerhalb der Bewährungszeit

Der Bestand an non-performing loans beträgt zum Jahresende 741,0 Mio. Euro. Hiervon sind 441,2 Mio. Euro (59,6 %) durch werthaltige Sicherheiten gedeckt. Für den verbleibenden Teil (299,8 Mio. Euro bzw. 40,5 %) bestehen Wertberichtigungen in Höhe von 248,7 Mio. Euro.

Forborne loans sind Kredite (ohne außerbilanzielle Geschäfte), bei denen die Bank dem Kreditnehmer Zugeständnisse (z. B. in Form von Stundungsvereinbarungen, Tilgungsstreckungen, Tilgungsaussetzungen oder Umschuldungen) aufgrund finanzieller Schwierigkeiten eingeräumt hat, um eine nicht mehr gegebene oder akut gefährdete Kapitaldienstfähigkeit des Kreditnehmers wiederherzustellen bzw. zu sichern. Ein Kredit ist bis zu zwei Jahre nach Wegfall der Zugeständnisse noch als forborne loan auszuweisen (Bewährungszeit). Der Bestand an forborne loans beträgt zum Jahresende 385,5 Mio. Euro.

Bewertung von Risikokonzentrationen

Die Bank ist aufgrund ihres öffentlichen Auftrags bestimmten Risikokonzentrationen ausgesetzt.

Aus der Wohnraumförderung entsteht ein Konzentrationsrisiko bei den gestellten Sicherheiten. Der Wert der Wohnimmobilien wird nach den Vorgaben der Beleihungswertverordnung ermittelt, wobei die Bank die Privilegierungen für Kleindarlehen in Anspruch nimmt und bei diesen generell auf Besichtigungen verzichtet. Aufgrund

der Rahmenbedingungen in der Wohnraumförderung befindet sich ein Anteil von rund 48,0 % außerhalb des Realkredits. Die Sicherheit wird in Form von Grundschulden vertraglich geregelt.

Da sich die Förderung auf das Hoheitsgebiet des Gewährträgers beschränkt, besteht in der Wohnraumförderung ein Konzentrationsrisiko bezüglich Wohnimmobilien in Baden-Württemberg. Im Falle eines schweren konjunkturellen Abschwungs wird zum einen die Ausfallquote steigen, und zum anderen wird der Erlös aus der Verwertung der gestellten Sicherheit sinken. Zur Abschätzung dieses Risikos hat die Bank die Konjunkturereagibilität der einzelnen Regionen Baden-Württembergs analysiert. Die Bank hat außerdem die regionale Gefährdung der Zahlungsfähigkeit der Kreditnehmer in den einzelnen Regionen bei einem schweren konjunkturellen Abschwung untersucht. Die Gefahr, dass ein Kreditnehmer einer Region zahlungsunfähig wird, steigt mit der Exportabhängigkeit der Wirtschaft in dieser Region und mit der zum maßgeblichen Zeitpunkt herrschenden Arbeitslosigkeit in dieser Region. Die Gefahr der Zahlungsunfähigkeit nimmt ab, wenn das Preisniveau für Wohnimmobilien niedrig und die Qualität der Infrastrukturanbindung in dieser Region gut ist. Die Gefahr der Zahlungsunfähigkeit wird ausgedrückt als Abweichung der Gefahr der Kreditnehmer einer Region von der Gefahr eines durchschnittlichen Kreditnehmers in Baden-Württemberg. Zur Feststellung der relativen Gefährdung wurde ein Scoringssystem verwendet. Untenstehende Tabelle zeigt den hiernach gegliederten Bestand an Wohnraumfinanzierungen der L-Bank. Der oberste Rang verweist auf die relativ höchste Gefährdung. 59,2 % der Finanzierungen in der Wohnraumförderung befinden sich in Regionen mit überdurchschnittlicher Konjunkturrempfindlichkeit (Rang 1 bis einschließlich Rang 4). Der Kreditbestand weist daher, gemessen an der Konjunkturrempfindlichkeit des Landes, eine leicht überdurchschnittliche Konjunkturrempfindlichkeit auf.

**FINANZIERUNG VON WOHNIMMOBILIEN
IN BADEN-WÜRTTEMBERG PER 31.12.2014**

Rang	Bestand in Mio. Euro	Anteil am Gesamt- bestand in %
1	492,7	4,8
2	2.856,6	28,1
3	1.104,0	10,9
4	1.573,1	15,4
5	1.356,8	13,3
6	923,0	9,1
7	729,3	7,2
8	1.144,2	11,2
Gesamt	10.179,7	100,0

Ein weiteres Sicherheitenkonzentrationsrisiko besteht bei den Gewährleistungen. Von den erhaltenen Gewährleistungen in Höhe von rund 8.866,6 Mio. Euro (ohne Anstaltslast und Gewährträgerhaftung) entfallen rund 7.252,3 Mio. Euro auf das Land Baden-Württemberg. Aufgrund der Bonität des Landes Baden-Württemberg sieht die Bank hier ein vernachlässigbares Risiko. Weitere 984,9 Mio. Euro gehen auf Bürgschaften/Garantien sonstiger inländischer Gebietskörperschaften zurück. 629,5 Mio. Euro basieren auf Bürgschaften/Garantien von Privatpersonen, Unternehmen, Banken, inländischen Körperschaften des öffentlichen Rechts, die nicht Gebietskörperschaft sind, sowie ausländischen Zentral- und Regionalregierungen.

Aus dem Geschäftsmodell der Bank folgt ferner ein Konzentrationsrisiko bei Forderungen gegenüber Banken (29.006,7 Mio. Euro). Das Risiko der damit verbundenen Verflechtung auf dem Kapitalmarkt ist jedoch als äußerst gering einzustufen. Die L-Bank reicht Kredite zur Förderung der Wirtschaft über Hausbanken aus. Aus diesem Grund entfällt per 31.12.2014 ein Volumen in Höhe von 14.843,8 Mio. Euro auf diese Hausbankendarlehen. Diese Bankenforderungen sind über die Abtretung der Forderung an den Endkunden an die L-Bank abgesichert. Ein Volumen von 1.095,5 Mio. Euro geht darauf zurück, dass die Bank die Hausbanken in deren Endkundenrisiko entlastet hat. 13.057,4 Mio. Euro des Bankenengagements gehen auf Geschäfte zurück, die die Bank ergänzend zum Fördergeschäft tätigt. Hier legt die Bank günstige Refinanzierungsmittel bei risikolosen bzw. risikoarmen Adressen an. Von den genannten 13.057,4 Mio. Euro sind 9.779,0 Mio. Euro über Gewährträgerhaftung/Anstaltslast und 819,3 Mio. Euro über Pfandbriefe abgesichert. Die verbleibenden 2.459,2 Mio. Euro entfallen zu rund 89,4 % auf die Risikoklassen 1 bis 4. Rund 10,6 % befinden sich in den Risikoklassen 5 bis 8.

In regionaler Hinsicht besteht aufgrund des öffentlichen Auftrags ein Konzentrationsrisiko hinsichtlich der Region „Deutschland“. 88,1 % des risikorelevanten Bestandes befinden sich in Deutschland. Hiervon wiederum sind 65,8 % im Bundesland Baden-Württemberg und im Freistaat Sachsen angesiedelt.

REGIONALSTRUKTUR DES KREDITPORTFOLIOS ZUM 31.12.2014 in Mio. Euro						
	Privat- kunden	Unternehmen und Selbstständige	Unternehmen aus dem Finanzsektor	Öffentliche Hand	L-Bank gesamt	Verteilung in %
Deutschland gesamt	6.091,4	10.620,3	25.738,6	19.558,4	62.008,6	88,1
Belgien	0,0	0,0	0,0	171,1	171,1	0,2
Finnland	0,0	0,0	0,0	325,6	325,6	0,5
Frankreich	0,3	17,5	436,9	299,0	753,7	1,1
Griechenland	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Irland	0,0	0,0	532,0	0,0	532,0	0,8
Italien	0,0	0,0	133,4	401,0	534,4	0,8
Luxemburg	0,0	10,0	66,7	0,0	76,7	0,1
Niederlande	0,0	72,6	617,1	497,8	1.187,5	1,7
Österreich	0,0	144,1	485,7	781,8	1.411,6	2,0
Portugal	0,0	14,1	0,0	91,2	105,3	0,1
Spanien	0,0	0,0	266,5	50,0	316,5	0,4
Dänemark	0,0	0,0	128,9	275,6	404,4	0,6
Großbritannien*	0,0	11,5	440,7	182,2	634,4	0,9
Schweiz	0,2	59,2	200,5	0,0	259,9	0,4
Restl. Europa	0,0	0,0	17,4	405,6	423,0	0,6
Europa gesamt	0,4	328,9	3.325,8	3.481,1	7.136,2	10,1
USA	0,0	55,5	265,8	0,0	321,3	0,5
Restl. Ausland	0,0	1,6	881,1	0,0	882,8	1,3
Ausland gesamt	0,4	386,0	4.472,7	3.481,1	8.340,2	11,9
Gesamt	6.091,8	11.006,3	30.211,3	23.039,4	70.348,9	100,0

* Inklusive Guernsey, Jersey, Isle of Man und Cayman Islands.

In der Tabelle sind auch die Verbriefungen enthalten. Bei diesen erfolgte die Zuordnung zu einem Land anhand des Sitzlandes der emittierenden Zweckgesellschaft.

In den krisengefährdeten Europeripheriestaaten bestand per 31.12.2014 ein Risikobestand in Höhe von rund 1.488,2 Mio. Euro. Davon sind rund 236,8 Mio. Euro

(15,9%) über Gemeinschaftspfandbriefe, Pfandbriefe oder Covered Bonds besichert. Rund 542,2 Mio. Euro (36,4%) werden von Staaten geschuldet. Weitere rund 37,3% bzw. 555,8 Mio. Euro entfallen auf ungarantierte Verbriefungen. Gegenüber Banken bestehen unbesicherte Forderungen in Höhe von rund 90,0 Mio. Euro (6,0%).

Steuerung und Überwachung des Adressenausfallrisikos

Die Steuerung des Adressenausfallrisikos erfolgt durch die Festlegung von individuellen Emittenten-, Kontrahenten- und kreditnehmerbezogenen Limiten. Durch die Festlegung von Portfoliolimiten für Risikoklassen, Branchen und Regionen werden Klumpenrisiken begrenzt. Hier sind der Bank aufgrund des öffentlichen Auftrags enge Grenzen gesetzt. Die Darstellung der Klumpenrisiken dient deshalb vor allem der Bewusstmachung der Konzentrationsrisiken, die mit dem öffentlichen Auftrag verbunden sind. Das maximale Kreditvolumen, das die Bank gegenüber einem Kreditnehmer hat, dessen wirtschaftliches Risiko außerhalb der Bundesrepublik Deutschland liegt, wird durch entsprechende Limite auf Länderebene begrenzt (Länderlimite).

Die Emittenten-, Kontrahenten-, Kreditnehmer- und Länderlimite werden nach einer bankinternen Bonitätsanalyse vom Vorstand beschlossen und täglich überwacht. Bei einer Überschreitung des Limits werden taggleich entsprechende Gegenmaßnahmen veranlasst.

Die Klumpenrisiken des Kreditgeschäfts werden über Portfoliolimite für Branchen und Regionen gesteuert. Diese Limite werden vom Vorstand im Rahmen der Geschäfts- und Risikostrategie festgelegt. Die Einhaltung der Portfoliolimite wird vierteljährlich überwacht. Bei Überschreitungen wird der Vorstand informiert und mögliche Gegenmaßnahmen werden vorgeschlagen.

Im Rahmen der Risikostrategie legt der Vorstand fest, welche Bonitätsanforderungen das nicht programmgebundene Fördergeschäft erfüllen muss, da diese Geschäfte im Wesentlichen im Rahmen der Banksteuerung getätigt werden und die Bank Erträge aus der Refinanzierung und nicht aus der Risikoübernahme erzielen will. Zur risikoadäquaten Steuerung wurde festgelegt, dass bei den Geschäften, bei denen die Höhe der Marge nicht förderpolitisch verbindlich vorgegeben ist, eine marktübliche risikoorientierte Marge zu bestimmen ist.

Basis der operativen Steuerung des Adressenausfallrisikos bilden die erstmaligen, laufenden und anlassbezogenen Bonitäts- und Sicherheitsbewertungen. Sie dienen der Portfoliosteuerung bei der Kreditgewährung wie auch der möglichst frühzeitigen Einleitung von Gegenmaßnahmen, um Verluste aus dem Kreditgeschäft zu minimieren. Im Rahmen dieses Risikofrüherkennungssystems erfolgen Analysen hinsichtlich Bonitätsverschlechterungen auf Kundenebene, der Kredite in der Intensiv- und Problemkreditbearbeitung, des Erfüllungsgrades des § 18 KWG sowie hinsichtlich der Veränderung der Erlösquoten bei ausgefallenen Krediten in der Wohnraumförderung.

Die festgelegten Prozesse für Problemkredite und notleidende Engagements umfassen ein geregeltes Mahnverfahren, das eine Wahrung der Ansprüche sowie einen möglichst frühzeitigen Forderungsausgleich sicherstellt.

Das Adressenausfallrisiko wird stark von der konjunkturellen Situation bestimmt. Insoweit kann sich eine konjunkturelle Verbesserung positiv auf die Risikostruktur des Portfolios auswirken und Auflösungen von Wertberichtigungen zur Folge haben.

MARKTPREISRISIKO

Das Marktpreisrisiko ist der potenzielle Verlust aufgrund nachteiliger Veränderungen von Preisen auf den Geld- und Kapitalmärkten. Die Bank führt kein Handelsbuch. Marktpreisrisiken entstehen dementsprechend nur im Bankbuch. Marktpreisrisiken existieren in der Bank hauptsächlich in Form von Zinsänderungsrisiken und – in vernachlässigbarem Maß – Währungsrisiken.

Marktpreisrisiken aus strukturierten Geschäften und aus Fremdwährungsgeschäften werden durch entsprechende Microhedges ausgeschlossen. Die rechnerischen Marktpreisrisikopositionen gehen im Wesentlichen auf die Anlage des Eigenkapitals zurück. Die Vermeidung sonstiger Zinspositionen, vor allem im mittel- und langfristigen Bereich, erfolgt hauptsächlich mittels Zinsswaps und Zinswährungsswaps. Der Bestand an Zinsswaps (inklusive Swaptions) betrug zum 31.12.2014 nominal 73.644,4 Mio. Euro. Zinswäh-

rungsswaps bestanden mit einem Nominalvolumen von 17.962,9 Mio. Euro. Die Sicherungsbeziehungen werden über Bewertungseinheiten im Sinne des § 254 HGB sowie im Rahmen der Währungsumrechnung nach § 256 a i. V. m. § 340 h HGB und der verlustfreien Bewertung des Bankbuchs im Sinne von BFA 3 grundsätzlich auch bilanziell abgebildet.

Quantitative Bewertung durch Value-at-Risk

Die Risiken aus unerwarteten Verlusten werden mittels eines VaR-Modells berechnet. Hierzu wendet die Bank die Methode der historischen Simulation an. Um unterschiedlichen Marktconstellationen umfassend Rechnung zu tragen, werden für die tägliche Überwachung der Steuerungslimite insgesamt zehn Modelle berechnet, wobei letztendlich jeweils der höchste Risikowert in die tägliche Auslastungsrechnung Eingang findet. Zur Überwachung der Risikotragfähigkeit werden aus Fortführungs- und Liquidationsperspektive je vier Modelle mit einem Konfidenzniveau von 99 % bzw. 99,98 % und einer Haltedauer von 250 Tagen berechnet, wovon ebenfalls jeweils der höchste Risikowert in der monatlichen Überwachung der Risikotragfähigkeit berücksichtigt wird. Dabei werden die Risiken im Fortführungsansatz aus periodischer Sicht dargestellt. Die Übersicht gibt einen Überblick über die Parametrisierung der aktuell durchgeführten Berechnungen:

PARAMETRISIERUNG DER HISTORISCHEN SIMULATION

	Haltedauer (Handelstage)	Historischer Betrach- tungszeitraum (Handelstage)	Konfidenz- niveau	Anwendung
Absolute Zinsänderungen	10 und 25	250	99,00%	Tgl. Limitüberwachung
Relative Zinsänderungen	10 und 25	250	99,00%	Tgl. Limitüberwachung
Absolute Zinsänderungen, gespiegelt	10 und 25	250	99,00%	Tgl. Limitüberwachung
Relative Zinsänderungen, gespiegelt	10 und 25	250	99,00%	Tgl. Limitüberwachung
Gewichtete Zinsänderungen	10 und 25	250	99,00%	Tgl. Limitüberwachung
Absolute Zinsänderungen	250	2.500	99,00%	RTF, Fortführungsansatz, periodisiert
Relative Zinsänderungen	250	2.500	99,00%	RTF, Fortführungsansatz, periodisiert
Absolute Zinsänderungen, gespiegelt	250	2.500	99,00%	RTF, Fortführungsansatz, periodisiert
Relative Zinsänderungen, gespiegelt	250	2.500	99,00%	RTF, Fortführungsansatz, periodisiert
Absolute Zinsänderungen	250	5.000	99,98%	RTF, Liquidationsansatz
Relative Zinsänderungen	250	5.000	99,98%	RTF, Liquidationsansatz
Absolute Zinsänderungen, gespiegelt	250	5.000	99,98%	RTF, Liquidationsansatz
Relative Zinsänderungen, gespiegelt	250	5.000	99,98%	RTF, Liquidationsansatz

Nachfolgende Darstellung gibt einen Überblick über die Belegung der Gesamtverlustobergrenze durch die Marktpreisrisiken im Jahresverlauf 2014:

VALUE-AT-RISK FÜR DAS MARKTPREISRISIKO 2014 in Mio. Euro										
	01.01.2014		31.03.2014		30.06.2014		30.09.2014		31.12.2014	
	Limit	Belegung	Limit	Belegung	Limit	Belegung	Limit	Belegung	Limit	Belegung
Gesamtverlustobergrenze	940,0	334,9	940,0	283,8	940,0	302,4	940,0	297,0	940,0	347,4
Anteil Marktpreisrisiken in %	26,6	8,0	26,6	9,4	26,6	21,2	26,6	13,0	26,6	21,2
Marktpreisrisiken	250,0	26,8	250,0	26,6	250,0	64,0	250,0	38,6	250,0	73,6

Qualitative Bewertung durch Stressszenarien

VaR-Werte ermöglichen die Quantifizierung möglicher unerwarteter Verluste unter der Prämisse bestimmter Marktkontinuitäten. Da solche steten und linearen Marktbewegungen gerade aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre nicht durchgängig unterstellt werden können, werden systematisch ergänzend Stress-, Extrem- und Worst-Case-Szenarien simuliert.

Im Rahmen der Stresstests werden mögliche Verluste durch verschieden ausgeprägte extreme Marktbewegun-

gen untersucht. Unter anderem werden auch die Auswirkungen einer aufsichtlich vorgegebenen Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurve um 200 Basispunkte nach oben bzw. nach unten mit der Auswirkung des hierdurch entstehenden Verlustes auf das haftende Eigenkapital überprüft. Da die offenen Zinsrisikopositionen im mittel- und langfristigen Bereich im Wesentlichen auf die Anlage des Eigenkapitals zurückgehen, handelt es sich bei dem ausgewiesenen Verlust in großen Teilen um einen kalkulatorischen Ertragsrückgang. Die folgende Tabelle zeigt den Verlust des Marktwertes bei einer entsprechenden Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurve:

NEGATIVE BARWERTÄNDERUNG AUFGRUND EINES 200-BASISPUNKTE-SHIFTS DER ZINSKURVE						
	Jahresende 31.12.2014		Maximum 2014		Minimum 2014	Durchschnitt 2014
Barwertverlust in Mio. Euro	436,8	(30.01.2014)	538,8	(27.10.2014)	368,0	437,0
Anteil am haftenden Eigenkapital gemäß § 10 KWG in %	12,3	(30.01.2014)	15,8	(24.10.2014)	10,3	12,4
Barwertverlust mit Fälligstellung Eigenkapital in Mio. Euro	80,4	(30.01.2014)	157,6	(24.10.2014)	4,9	64,9
Anteil am haftenden Eigenkapital gemäß § 10 KWG in %	2,3	(30.01.2014)	4,6	(24.10.2014)	0,1	1,8

STEUERUNG DER MARKTPREISRISIKEN

Basis der Steuerung der Marktpreisrisiken bilden die vom Vorstand vorgegebenen VaR-Limite. Als weitere Begrenzung des Zinsänderungsrisikos im Bankbuch gibt der Vorstand regelmäßig eine laufzeitbezogene Planrisikostruktur vor. Diese stellt das angestrebte Zinsrisikoprofil dar. Die zulässige Abweichung der Ist- von der Planrisikostruktur ist durch ein Limit pro Laufzeitband begrenzt.

Die Überwachung des Zinsänderungs- und des Währungsrisikos erfolgt durch den Bereich Controlling, der die täglich ermittelten VaR-Werte den vorgegebenen Limiten gegenüberstellt. Ein täglicher Risikobericht informiert jeweils die für das Risikocontrolling und die Handelsbereiche zuständigen Vorstandsmitglieder. Der Gesamtvorstand wird darüber hinaus monatlich in einem Gesamtbericht über die Marktpreisrisiken informiert.

Die Bank erzielt ihre Erträge weitgehend aus der Anlage des Eigenkapitals sowie aus dem margengesteuerten Kreditgeschäft. Zinsänderungsrisiken gehen hauptsächlich auf die längerfristige Anlage des Eigenkapitals zurück. Ein Anstieg der Kapitalmarktzinsen würde sich positiv auf den Zinsüberschuss auswirken.

LIQUIDITÄTSRISIKO

Das Liquiditätsrisiko umfasst in der L-Bank zum einen das Risiko, dass Zahlungsverpflichtungen zum Zeitpunkt der Fälligkeit nicht nachgekommen werden kann (Zahlungsunfähigkeitsrisiko). Zum anderen beinhaltet es das Risiko, dass bei Bedarf nicht ausreichend Liquidität zu den erwarteten Konditionen beschafft werden kann (Refinanzierungsrisiko).

Die ausgezeichnete Kapitalmarktposition der L-Bank auf Basis der Garantie des Landes Baden-Württemberg ermöglichte im Berichtsjahr eine sowohl an den Bank- als auch an den Investoreninteressen ausgerichtete Refinanzierung. Insgesamt konnte somit eine kosten- und strukturoptimierte Refinanzierung entsprechend der Planung erreicht werden. Liquiditätsreserven mussten zu keinem Zeitpunkt in Anspruch genommen werden.

Quantitative Bewertung mittels Value-at-Risk

Das Refinanzierungsrisiko besteht in der Gefahr einer potenziellen Verschlechterung der Refinanzierungsmöglichkeiten der L-Bank. Die Ermittlung des VaR für dieses Risiko erfolgt auf Basis der in der Vergangenheit

VALUE-AT-RISK FÜR DAS REFINANZIERUNGSRISIKO 2014 in Mio. Euro

	01.01.2014		31.03.2014		30.06.2014		30.09.2014		31.12.2014	
	Limit	Belegung	Limit	Belegung	Limit	Belegung	Limit	Belegung	Limit	Belegung
Gesamtverlustobergrenze	940,0	334,9	940,0	283,8	940,0	302,4	940,0	297,0	940,0	347,4
Anteil Liquiditätsrisiken in %	6,9	3,0	6,9	1,3	6,9	0,0	6,9	0,0	6,9	0,0
Liquiditätsrisiken	65,0	10,0	65,0	3,8	65,0	0,0	65,0	0,0	65,0	0,0

beobachteten Veränderungen der Refinanzierungsbedingungen der L-Bank. Es wird angenommen, dass die Bank die Auszahlungsüberschüsse zu verschlechterten Konditionen refinanziert. Die daraus resultierenden barwertigen Aufwendungen bilden den VaR.

Quantitative Bewertung mittels regulatorischer Kennziffer

Das Zahlungsunfähigkeitsrisiko wird auf Grundlage der Kennziffern gemäß der Liquiditätsverordnung vom Bereich Controlling überwacht. Die Liquiditätskennzahl wird monatlich im Rahmen der Meldung gemäß der Liquiditätsverordnung ermittelt. Hierbei werden die in den folgenden 30 Tagen erwarteten Einzahlungen den im gleichen Zeitraum erwarteten Auszahlungen gegen-

übergestellt. Die Einzahlungen müssen im Betrachtungszeitraum größer als die Auszahlungen sein. Zum Jahresende belief sich die Liquiditätskennzahl auf 6,44, im Jahresdurchschnitt betrug sie 3,67.

Quantitative Bewertung auf Basis von Stressszenarien

Die Bank hält Liquiditätsreserven zur Deckung des kurzfristigen Refinanzierungsbedarfs vor. Zur Ermittlung dieser Liquiditätsreserven wird der Wertpapierbestand nach hochliquiden (7-Tage-Liquiditätspuffer), liquiden (30-Tage-Liquiditätspuffer) und sonstigen Wertpapieren kategorisiert. Für die Zeithorizonte von einer Woche bzw. einem Monat ist sicherzustellen, dass der Liquiditätsbedarf durch entsprechende Liquiditätspuffer gedeckt werden kann.

Die Bank stellt sicher, dass sie in der Lage ist, auch den zusätzlichen Refinanzierungsbedarf, der sich aus Stressszenarien über einen Zeithorizont von mindestens einem Monat ergibt, mit Liquiditätsreserven zu überbrücken. Dazu werden Stressszenarien untersucht, die auf institutseigenen, marktweiten bzw. kombinierten Ursachen beruhen. Die Überprüfung der Liquiditätspuffer wird monatlich durchgeführt. Durch die Limitierung und tägliche Überwachung des maximalen Liquiditätsbedarfs eines Monats wird sichergestellt, dass der Liquiditätspuffer nicht nur am Betrachtungstichtag, sondern im gesamten folgenden Monat ausreicht, um den Bedarf an Refinanzierungsmitteln zu decken.

Bei der Liquiditätsvorausschau wird aus Vorsichtsgründen bei der Überprüfung des Liquiditätspuffers als Liquiditätsbedarf der Tage 8 bis 30 der maximal erlaubte monatliche Liquiditätsbedarf von 10.500,0 Mio. Euro (abzüglich des Liquiditätsbedarfs für die Tage 1 bis 7) angesetzt, auch wenn die Liquiditätsvorausschau einen geringeren Liquiditätsbedarf anzeigt. Im Rahmen der Liquiditätssteuerung werden auch Stressszenarien

LIQUIDITÄTSKENNZAHLE 2014 NACH LIQUIDITÄTSVERORDNUNG

Monat	Liquiditätskennzahl
Januar	2,16
Februar	2,28
März	2,23
April	2,52
Mai	3,50
Juni	3,61
Juli	2,70
August	4,51
September	4,47
Oktober	3,78
November	5,85
Dezember	6,44
Durchschnittliche Kennzahl	3,67

durchgeführt. In einem institutsspezifischen Stressszenario werden die vorzeitigen Liquiditätsabflüsse durch die Ausübung aller Kündigungsrechte aus Passivgeschäften innerhalb eines Monats unterstellt. In einem marktweiten Stressszenario wird die sofortige Verschlechterung der Refinanzierungsbedingungen in allen Laufzeiten um 100 bp bei gleichzeitigem Kursrückgang aller Wertpapiere in Höhe des Haircuts simuliert. Außerdem werden beide Szenarien ohne Berücksichtigung risikomindernder Korrelationseffekte kombiniert betrachtet.

Bei den Stressszenarien wird bei der Überprüfung des Liquiditätspuffers als Liquiditätsbedarf der Tage 8 bis 30 das Maximum aus dem maximal erlaubten monatlichen Liquiditätsbedarf (abzüglich des Liquiditätsbedarfs für die Tage 1 bis 7) und dem auf Basis des Stressszenarios errechneten Liquiditätsbedarf angesetzt.

Die geringen Abweichungen der Liquiditätsvorausschau von den Stressszenarien gehen zum einen darauf zurück, dass die Liquiditätsvorausschau dem Vorsichts-

prinzip folgend erstellt und z. B. keine Verlängerung von fälligen Termingeldern unterstellt wird. Weiter hat die Bank aufgrund ihres Geschäftsmodells bei den Refinanzierungen in nur sehr vernachlässigbarem Maße unbestimmte Zahlungsströme, die in Stresssituationen zu unerwartetem Liquiditätsbedarf führen könnten.

Steuerungsvorgaben

Die operative Liquiditätssteuerung obliegt dem Bereich Treasury. Grundlage dafür ist eine IT-gestützte Liquiditätsvorausschau, in der sämtliche erwarteten Zahlungsströme der nächsten zehn Jahre dargestellt werden. Dabei erfolgt für den laufenden Monat sowie für die folgenden beiden Monate eine Tagesbetrachtung. Die restlichen Monate des laufenden Geschäftsjahres sowie das folgende Geschäftsjahr werden monatsweise betrachtet. Für die Jahre 3 bis 10 erfolgt eine Jahresbetrachtung. Bei der Erstellung dieser Liquiditätsvorausschau unterstellt die Bank die vertraglich festgelegten Laufzeiten.

LIQUIDITÄTSPUFFER UNTER STRESSSZENARIEN PER 31.12.2014 in Mio. Euro

	Liquiditätsvorausschau	Stressszenario		
		Institutseigene Ursachen	Marktweite Ursachen	Institutseigene und marktweite Ursachen kombiniert
Tag 1 bis Tag 7				
Liquiditätspuffer	15.063,9	15.063,9	14.552,4	14.552,4
Liquiditätsbedarf	837,6	837,6	865,0	865,0
Freier Liquiditätspuffer	14.226,3	14.226,3	13.687,4	13.687,4
Tag 8 bis Tag 30				
Liquiditätspuffer	16.678,6	16.678,6	15.823,7	15.823,7
Liquiditätsbedarf	9.662,5	9.748,0	9.662,5	9.748,0
Freier Liquiditätspuffer	7.016,2	6.930,7	6.161,3	6.075,8

Bei zukünftigen Zinsanpassungen in der Wohnraumförderung wird der aktuelle Nominalzins fortgeschrieben. Für Termingelder gehen keine Prolongationsannahmen ein. Diese werden tagesaktuell im Rahmen der Liquiditätssteuerung berücksichtigt. Planzahlen für zu erwartende Auszahlungen werden monatlich auf Basis der Neugeschäftsplanungen aktualisiert.

Bei der Steuerung des Liquiditätsrisikos hat die Bank verschiedene Vorgaben festgelegt: Der Anteil an einer Wertpapieremission sowie der Liquiditätsbedarf eines Monats wurden limitiert. Die Bestände an EZB-fähigen sowie an täglich liquidierbaren Wertpapieren dürfen einen Mindestbetrag nicht unterschreiten.

Das Liquiditätsrisiko wird täglich bewertet und zusammen mit den Marktpreisrisiken den zuständigen Vorstandsmitgliedern täglich berichtet.

Aufgrund der expliziten Garantie des Landes Baden-Württemberg für die Refinanzierungen der Bank kann sich die L-Bank sehr günstig refinanzieren. In Zeiten angespannter Finanzmärkte verbesserten sich die eigenen Refinanzierungsspreads deutlich. Chancen ergeben sich für die Bank, sofern die Anleger verstärkt ihr Geld in sichere Adressen anlegen.

OPERATIONELLES RISIKO

Das operationelle Risiko besteht in der Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder infolge externer Ereignisse eintreten können. Diese Definition schließt Rechtsrisiken ein.

Bewertungsverfahren und Steuerung

Für die operationellen Risiken wird der VaR mit Hilfe eines Modells geschätzt, das in der Versicherungswirtschaft zur Ermittlung des Risikos von Großschadensereignissen verwendet wird. Grundlage hierfür sind historische Beobachtungen und Expertenschätzungen hinsichtlich der Eintrittswahrscheinlichkeit und des Schadensausmaßes von Störungen jedes risikobehafteten Prozesses der Bank. Die in einem Audit-Verfahren geprüften Schätzungen werden zu einem VaR der Gesamtbank aggregiert. Der Rückgriff auf Schätzungen ist notwendig, da bisher in der Bank nur in geringer Anzahl Schadensfälle aus operationellen Risiken aufgetreten sind und diese nur eine geringe Schadensfolge zeigten. Eine fundierte Berechnung des VaR auf Basis historischer Datenreihen ist daher nicht möglich.

VALUE-AT-RISK FÜR DAS OPERATIONELLE RISIKO 2014 in Mio. Euro

	01.01.2014		31.03.2014		30.06.2014		30.09.2014		31.12.2014	
	Limit	Belegung	Limit	Belegung	Limit	Belegung	Limit	Belegung	Limit	Belegung
Gesamtverlustobergrenze	940,0	334,9	940,0	283,8	940,0	302,4	940,0	297,0	940,0	347,4
Anteil operationelle Risiken in %	1,1	1,2	1,1	1,4	1,1	1,3	1,1	1,0	1,1	0,9
Operationelles Risiko	10,0	3,9	10,0	3,9	10,0	4,0	10,0	3,1	10,0	3,1

Operationelle Risiken und ihre Höhe werden mit Hilfe strukturierter Interviews in allen Fachbereichen erhoben und bewertet. Die identifizierten Risiken werden fünf Kategorien zugeordnet. Diese bemessen sich nach den finanziellen Auswirkungen, die ein potenzieller Risikoeintritt auf die Vermögenslage der Bank hat, und nach der erwarteten Häufigkeit eines solchen Eintritts.

Neben in üblichem Umfang abgeschlossenen Versicherungen zur Minderung der wirtschaftlichen Auswirkungen von bestimmten Schadensfällen bildet das eingerichtete interne Kontrollsystem die Grundlage der Vermeidung operationeller Risiken. Es umfasst umfangreiche im- und explizite Verfahrensschritte zur Sicherstellung der Prozessabläufe (z. B. Vier-Augen-Prinzip, zufallsgesteuerte Stichprobenkontrollen, Neue-Produkte-Prozess bei neuartigen Geschäften oder Prozessen, explizite Freigabe von Auszahlungen über 1,0 Mio. Euro, IT-Berechtigungs-Management zum Ausschluss von nicht miteinander zu vereinbarenden Tätigkeiten, strenge Auswahlkriterien bei Neueinstellungen). Basis bildet die schriftlich fixierte Ordnung der Bank, deren Regelungen zur Aufbau- und Ablauforganisation modular erstellt sind.

Weiter wird durch die laufende Überprüfung der Einhaltung entsprechender gesetzlicher Rechtsvorschriften (z. B. Wertpapiercompliance, Geldwäsche- und Betrugsprävention, Datenschutz) das operationelle Risiko verringert. Aufgrund der Neuregelung der MaRisk und im Einklang mit dem Public Corporate Governance Kodex des Landes Baden-Württemberg wurde im Berichtsjahr die bestehende Compliance-Funktion ausgebaut. Die Compliance-Funktion soll Risiken ausschließen, die sich aus der Nichteinhaltung rechtlicher Regelungen ergeben können. Hierzu hat die Compliance-Funktion auf die Implementierung wirksamer Verfahren zur Einhaltung der für die L-Bank wesentlichen rechtlichen Regelungen und Vorgaben und entsprechender Kontrollen hinzuwirken. Zu den Aufgaben von Compliance gehört auch die Überwa-

chung der bestehenden gesetzlichen Rechtsvorschriften zur Geldwäsche- und Betrugsprävention sowie zum Datenschutz. Deren Einhaltung wird durch geeignete organisatorische Maßnahmen sowie die laufende Kontrolle der relevanten Geschäftsvorfälle gewährleistet. Im Berichtsjahr wurden die Verfahrensabläufe zur Umsetzung der geldwäscherechtlichen Sorgfaltspflichten optimiert. Neben weiteren Maßnahmen wurde insbesondere die Identifizierung der Kunden in der Wohnraumeigentumsförderung vollständig auf das Postident-Verfahren umgestellt. Bei den datenschutzrechtlichen Aktivitäten standen die Prüfung von Anfragen der Fachbereiche hinsichtlich des Kundendatenschutzes, der Belange des Mitarbeiterdatenschutzes sowie die Überarbeitung der Datenschutzerklärung im Internetauftritt der Bank im Vordergrund. Außergewöhnliche Vorkommnisse waren im Berichtsjahr in keinem der genannten Aufgabenfelder zu verzeichnen.

Bezüglich der Ablauforganisation unterscheidet die Bank zwischen Arbeitsanordnungen, die Handlungsvorschriften mit bindendem Charakter darstellen, und Handbüchern. Arbeitsanordnungen gelten unabhängig von der eingesetzten IT und den zugrunde liegenden Workflows. Arbeitshandbücher beinhalten dagegen konkrete Ablaufbeschreibungen bzw. IT-Benutzerhandbücher. Die Bank hat den gesamten Kreditbearbeitungsprozess in die Bearbeitungsschritte Kreditgewährung, Kreditweiterbearbeitung, Problemkreditbearbeitung, Sanierung und Abwicklung gegliedert. Für jeden Bearbeitungsschritt wurden Kriterien festgelegt, die bei der Bearbeitung der Kredite zu beachten sind. Diese Bearbeitungskriterien stellen den Kreditmasterprozess dar. Auch für die Handelsgeschäfte wurde ein Masterprozess festgelegt. In diesem wurden die Bearbeitungskriterien für die Überprüfung der Abschlussmöglichkeit, für die Vereinbarung, Erfassung, Weiterleitung und Änderung der Abschlussdaten, für die Fortschreibung des Handelsbestandes, für die rechtliche Ausgestaltung der Verträge, für den Abschluss außerhalb der Bankge-

schäftsräume und außerhalb der üblichen Arbeitszeit (Spätgeschäfte), für das Aufzeichnen und Abhören von Telefongesprächen sowie für die laufenden Kontrolltätigkeiten im Rahmen der Abwicklung und Kontrolle festgelegt.

In Regelungen zur Aufbauorganisation wird beschrieben, wo welche Geschäftsaktivitäten ausgeübt werden (Organisationsplan und Geschäftsverteilungsplan). In Regelungen zur „Geschäftsführung und Vertretung“ ist geregelt, wer welche Geschäftsaktivitäten ausüben darf. In Dienstvereinbarungen und Vorgaben für das Personal sind arbeits- und dienstrechtliche Vorgaben geregelt.

WESENTLICHE MERKMALE DES INTERNEN KONTROLL- UND RISIKOMANAGEMENTSYSTEMS IM HINBLICK AUF DEN RECHNUNGSLEGUNGSPROZESS

Die L-Bank hat bezüglich ihrer Prozesse in der Rechnungslegung ein durchgängiges internes Kontroll- und Risikomanagementsystem eingerichtet, das laufend überprüft und fortentwickelt wird. Es umfasst sowohl aufbau- wie auch ablauforganisatorische Regelungen. Die Regelungen gewährleisten die Einhaltung der in Bezug auf die Rechnungslegung bestehenden Standards und Vorschriften sowie die Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der Rechnungslegung. Der hierdurch erfasste Rechnungslegungsprozess reicht von der Kontierung und Verarbeitung eines Geschäftsvorfalles bis zur Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht. Die Verantwortung für die Gestaltung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems obliegt dem Vorstand der L-Bank. Für die Umsetzung ist der Bereich Rech-

nungswesen in Zusammenarbeit mit den Bereichen Controlling und Zahlungsverkehr zuständig. Die Funktionsfähigkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems wird ferner durch regelmäßige prozessunabhängige Prüfungen der Internen Revision überwacht.

Die L-Bank bilanziert nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) unter Berücksichtigung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung. Diese Regelungen werden in internen Handbüchern und Arbeitsanweisungen für die Arbeitsabläufe in der L-Bank konkretisiert. Die regelmäßige Überwachung der internen Dokumente und deren Anpassung an gesetzliche und regulatorische Änderungen nimmt der Bereich Rechnungswesen vor. Durch das umfassende interne Berichtswesen sowie die Einbindung des Bereichs Rechnungswesen in den für die Einführung neuer Produkte geltenden standardisierten Prozess wird auch die korrekte rechnungslegungsbezogene Abbildung neuer Produkte sichergestellt.

Die Dokumentation des Rechnungslegungsprozesses ist nachvollziehbar gegliedert. Die entsprechenden Unterlagen werden unter Beachtung der gesetzlichen Fristen aufbewahrt.

Die im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess wesentlich beteiligten Bereiche haben klar getrennte Funktionen: Die Darlehens-, Wertpapier- und Passivbuchhaltung erfolgt in Nebenbüchern im Bereich Zahlungsverkehr. Die Daten werden jeweils über eine automatisierte Schnittstelle ins Hauptbuch übertragen. Für die Hauptbuchhaltung, die Festlegung der Kontierungsregeln, der Buchungssystematik und der Buchungsprogrammsteuerung sowie für die Administration des Finanzbuchhaltungssystems ist der Bereich Rechnungswesen zuständig.

Die L-Bank setzt in der Finanzbuchhaltung Standardsoftware ein. Diese unterstützt

- den Schutz vor unbefugten Zugriffen durch die Vergabe kompetenzadäquater Berechtigungen,
- die Fehlervermeidung durch Plausibilitätsprüfungen sowie
- die Fehlerentdeckung durch das Vier-Augen-Prinzip, standardisierte Abstimmungsroutrinen und Soll-Ist-Vergleiche.

Gleichzeitig dienen diese Maßnahmen dem korrekten Ansatz und Ausweis sowie einer plausiblen Bewertung von Vermögensgegenständen und Schulden.

Jahresabschluss und Lagebericht werden aus der Finanzbuchhaltung abgeleitet. Insbesondere für den Lagebericht werden ergänzend Finanz- und Risiko-

controllingdaten aus dem internen Managementinformationssystem herangezogen, die einem vergleichbaren internen Kontrollsystem unterliegen. Jahresabschluss und Lagebericht werden zudem in ihrer Gesamtheit weiteren manuellen Kontrollen im Vier-Augen-Prinzip unterzogen.

Im Rahmen des rechnungslegungsbezogenen Risikomanagementsystems erfolgt eine zeitnahe, verlässliche und relevante Berichterstattung an die Geschäfts- und Bereichsleitung. Der Verwaltungsrat und seine Ausschüsse werden regelmäßig vom Vorstand über die aktuelle Geschäftsentwicklung unterrichtet. Außerdem erfolgt eine zeitnahe Information bei besonderen Ereignissen.

BERICHT DES VERWALTUNGSRATS



Der Verwaltungsrat und seine Ausschüsse haben die ihnen durch Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung übertragenen Aufgaben wahrgenommen. Der Risikoausschuss des Verwaltungsrates nimmt zugleich die Aufgaben des Prüfungsausschusses sowie die ihm übertrage-

nen Entscheidungskompetenzen im Beteiligungs- und Kreditgeschäft der Bank wahr. Dem Personalausschuss des Verwaltungsrates obliegen die Aufgaben des Nominierungs- und des Vergütungskontrollausschusses sowie bestimmte Zuständigkeiten in Personalangelegenheiten.

Der Vorstand unterrichtete den Verwaltungsrat und seine Ausschüsse im Berichtsjahr laufend über die Entwicklung der Bank sowie über wichtige Geschäftsvorfälle. Die regelmäßige Berichterstattung umfasste insbesondere den Bericht über die Geschäftsstrategie, die Risikostrategie, die Geschäftsentwicklung, die vierteljährlichen Berichte zur Risikosituation der Bank sowie den Bericht über die Ausgestaltung der Vergütungssysteme der L-Bank. Die Interne Revision der Bank berichtete vierteljährlich dem Risikoausschuss sowie in einem Jahresbericht dem Risikoausschuss und dem Verwaltungsrat über die durchgeführten Prüfungen und die Prüfungsergebnisse im Jahr 2014. Dem Verwaltungsrat wurden im Berichtsjahr ferner ein Compliance-Bericht sowie ein Vergütungskontrollbericht vorgelegt.

Die Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Stuttgart, nahm die gesetzlich vorgeschriebene

Abschlussprüfung für das Geschäftsjahr 2014 vor. Der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk wurde erteilt. Der Abschlussprüfer nahm an den Beratungen des Verwaltungsrats und des Risikoausschusses in seiner Funktion als Prüfungsausschuss über den Jahresabschluss 2014 teil. Dabei berichtete der Abschlussprüfer über die wesentlichen Ergebnisse der Prüfung, beantwortete Fragen und gab ergänzende Auskünfte. Der Verwaltungsrat erörterte den Bericht des Abschlussprüfers und erhob nach dem abschließenden Ergebnis der Prüfung keine Einwendungen.

In seiner Sitzung am 4. Mai 2015 hat der Verwaltungsrat den Jahresabschluss der Bank für das Jahr 2014 festgestellt und den Lagebericht zur Kenntnis genommen.

Der Verwaltungsrat hat dem Vorschlag des Vorstands zugestimmt, aus dem Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 2014 in Höhe von 50.250.540,41 Euro den anderen Gewinnrücklagen 50.000.000,00 Euro zuzuführen und den verbleibenden Betrag von 250.540,41 Euro auf neue Rechnung vorzutragen.

Stuttgart, 4. Mai 2015

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats

Dr. Nils Schmid MdL

Finanz- und Wirtschaftsminister
des Landes Baden-Württemberg

Jahresbilanz der L-Bank	78
Gewinn- und Verlustrechnung der L-Bank	82
Kapitalflussrechnung der L-Bank	84
Eigenkapitalspiegel der L-Bank	85
Anhang zum Jahresabschluss der L-Bank	86
Vorschlag des Vorstands für die Verwendung des Bilanzgewinns	106
Erklärung des Vorstands zum Jahresabschluss der L-Bank	106
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	107

JAHRESBILANZ DER L-BANK ZUM 31.12.2014

AKTIVSEITE	31.12.2014 EUR	31.12.2014 EUR	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR
1. BARRESERVE				
a) Kassenbestand		44.090,66		40.120,74
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken darunter: bei der Deutschen Bundesbank EUR 38.402.500,49 (EUR 419.883.165,22)		38.402.500,49		419.883.165,22
			38.446.591,15	419.923.285,96
2. FORDERUNGEN AN KREDITINSTITUTE				
a) täglich fällig		350.594.759,25		13.066.818,98
b) andere Forderungen		20.419.717.987,34		20.470.942.680,36
			20.770.312.746,59	20.484.009.499,34
3. FORDERUNGEN AN KUNDEN			23.475.321.677,25	23.773.515.357,49
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert EUR 6.183.620.756,85 (EUR 6.560.782.947,36) Kommunalkredite EUR 8.572.752.987,61 (EUR 8.901.133.978,56)				
4. SCHULDVERSCHREIBUNGEN UND ANDERE FESTVERZINSLICHE WERTPAPIERE				
a) Geldmarktpapiere				
a) von anderen Emittenten darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank EUR 99.896.370,00 (EUR 0,00)		149.887.000,00		0,00
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank EUR 4.975.618.124,08 (EUR 5.159.524.868,02)	5.156.500.948,72			5.338.258.284,24
bb) von anderen Emittenten darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank EUR 14.552.325.711,89 (EUR 15.890.505.688,54)	16.872.176.807,31			18.374.475.407,31
		22.028.677.756,03		23.712.733.691,55
c) eigene Schuldverschreibungen Nennbetrag EUR 373.700.000,00 (EUR 466.129.000,00)		376.340.162,28		468.299.364,55
			22.554.904.918,31	24.181.033.056,10
Übertrag			66.838.985.933,30	68.858.481.198,89

AKTIVSEITE	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR
Übertrag	66.838.985.933,30	68.858.481.198,89
5. BETEILIGUNGEN darunter: an Kreditinstituten EUR 301.986.360,47 (EUR 301.986.360,47)	572.798.395,71	488.766.696,51
6. ANTEILE AN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN	21.309.201,82	23.990.154,28
7. TREUHANDVERMÖGEN darunter: Treuhandkredite EUR 62.597.017,86 (EUR 72.767.215,66)	62.668.402,97	72.839.569,44
8. IMMATERIELLE ANLAGEWERTE a) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	10.184.454,53	9.232.811,93
9. SACHANLAGEN	108.115.608,25	117.511.985,45
10. SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE	1.784.073.625,62	355.858.932,24
11. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	791.955.648,82	755.417.825,94
SUMME DER AKTIVA	70.190.091.271,02	70.682.099.174,68

JAHRESBILANZ DER L-BANK ZUM 31.12.2014

PASSIVSEITE	31.12.2014 EUR	31.12.2014 EUR	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR
1. VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KREDITINSTITUTEN				
a) täglich fällig		6.363.902,81		4.977.902,69
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		21.106.229.651,38		23.703.011.843,89
			21.112.593.554,19	23.707.989.746,58
2. VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KUNDEN				
a) andere Verbindlichkeiten				
aa) täglich fällig	120.655.474,52			118.518.484,22
ab) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	6.975.093.961,28			7.589.479.460,40
		7.095.749.435,80	7.095.749.435,80	7.707.997.944,62
3. VERBRIEFTE VERBINDLICHKEITEN				
a) begebene Schuldverschreibungen			35.983.355.643,03	32.773.245.874,41
4. TREUHANDVERBINDLICHKEITEN darunter: Treuhandkredite EUR 62.597.017,86 (EUR 72.767.215,66)			62.668.402,97	72.839.569,44
5. SONSTIGE VERBINDLICHKEITEN			354.718.480,80	769.640.312,74
6. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN			1.034.322.604,54	1.032.473.668,50
7. RÜCKSTELLUNGEN				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		200.006.151,79		180.428.130,00
b) andere Rückstellungen		168.063.244,25		170.964.844,57
			368.069.396,04	351.392.974,57
8. NACHRANGIGE VERBINDLICHKEITEN			394.010.623,55	709.680.130,58
Übertrag			66.405.488.140,92	67.125.260.221,44

PASSIVSEITE	31.12.2014 EUR	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR
Übertrag		66.405.488.140,92	67.125.260.221,44
9. GENUSSRECHTSKAPITAL		539.925.800,00	539.925.800,00
10. FONDS FÜR ALLGEMEINE BANKRISIKEN		530.000.000,00	400.000.000,00
11. EIGENKAPITAL			
a) gezeichnetes Kapital	250.000.000,00		250.000.000,00
b) Kapitalrücklage	999.426.789,69		950.850.789,69
c) Gewinnrücklagen			
ca) andere Gewinnrücklagen	1.415.000.000,00		1.315.000.000,00
d) Bilanzgewinn	50.250.540,41		101.062.363,55
		2.714.677.330,10	2.616.913.153,24
SUMME DER PASSIVA		70.190.091.271,02	70.682.099.174,68
1. EVENTUALVERBINDLICHKEITEN			
a) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		5.485.405.440,29	6.068.612.914,98
2. ANDERE VERPFLICHTUNGEN			
a) Unwiderrufliche Kreditzusagen		2.319.685.131,44	2.641.108.486,04

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG DER L-BANK FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR VOM 01.01.2014 BIS 31.12.2014

	2014 EUR	2014 EUR	2014 EUR	2013 EUR
1. ZINSERTRÄGE AUS				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	1.261.990.197,72			1.380.641.049,80
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	623.367.226,86			626.383.379,47
		1.885.357.424,58		2.007.024.429,27
2. ZINSAUFWENDUNGEN		1.624.861.199,12		1.716.814.537,83
darunter: aus Zinssubventionen für Darlehen EUR 108.457.366,59 (EUR 119.410.478,29)				
			260.496.225,46	290.209.891,44
3. LAUFENDE ERTRÄGE AUS				
a) Beteiligungen			6.584.622,93	4.408.408,39
4. PROVISIONSERTRÄGE			47.634.343,63	45.656.024,62
5. PROVISIONSAUFWENDUNGEN			5.279.197,90	4.442.170,53
6. SONSTIGE BETRIEBLICHE ERTRÄGE			8.318.515,32	15.923.752,83
7. ALLGEMEINE VERWALTUNGSaufWENDUNGEN				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	74.853.274,89			72.279.422,65
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung darunter: für Altersversorgung EUR 5.502.923,96 (EUR 5.680.699,78)	17.386.369,05			17.042.401,26
		92.239.643,94		89.321.823,91
b) andere Verwaltungsaufwendungen		56.081.629,09		49.616.782,53
			148.321.273,03	138.938.606,44
8. ABSCHREIBUNGEN UND WERTBERICHTIGUNGEN AUF IMMATERIELLE ANLAGEWERTE UND SACHANLAGEN			17.307.004,34	9.827.796,53
9. SONSTIGE BETRIEBLICHE aufWENDUNGEN			32.875.035,17	26.012.749,94
Übertrag			119.251.196,90	176.976.753,84

	2014 EUR	2013 EUR
Übertrag	119.251.196,90	176.976.753,84
10. ABSCHREIBUNGEN UND WERTBERICHTIGUNGEN AUF FORDERUNGEN UND BESTIMMTE WERTPAPIERE SOWIE ZUFÜHRUNGEN ZU RÜCKSTELLUNGEN IM KREDITGESCHÄFT Zuführung zum „Fonds für allgemeine Bankrisiken“ EUR 130.000.000,00 (EUR 50.000.000,00)	93.434.823,40	81.003.841,06
11. ERTRÄGE AUS ZUSCHREIBUNGEN ZU BETEILIGUNGEN, ANTEILEN AN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN UND WIE ANLAGEVERMÖGEN BEHANDELTEN WERTPAPIEREN	24.434.197,52	5.620.884,08
12. ERGEBNIS DER NORMALEN GESCHÄFTSTÄTIGKEIT	50.250.571,02	101.593.796,86
13. STEUERN VOM EINKOMMEN UND VOM ERTRAG	878.163,52	641.055,99
14. SONSTIGE STEUERN, SOWEIT NICHT UNTER POSTEN 9 AUSGEWIESEN	184.230,64	184.617,14
15. JAHRESÜBERSCHUSS	49.188.176,86	100.768.123,73
16. GEWINNVORTRAG AUS DEM VORJAHR	1.062.363,55	294.239,82
	50.250.540,41	101.062.363,55
17. BILANZGEWINN	50.250.540,41	101.062.363,55

KAPITALFLUSSRECHNUNG DER L-BANK ZUM 31.12.2014

	01.01.–31.12.2014 TEUR	01.01.–31.12.2013 TEUR
Periodenergebnis	49.188	100.768
IM PERIODENERGEBNIS ENTHALTENE ZAHLUNGSUNWIRKSAME POSTEN UND ÜBERLEITUNG AUF DEN CASHFLOW AUS LAUFENDER GESCHÄFTSTÄTIGKEIT		
1. Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Forderungen inkl. Eventualverbindlichkeiten und Wertpapiere	75.133	85.161
2. Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Sachanlagen	17.307	9.828
3. Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Finanzanlagen (ohne Wertpapiere)	1.799	704
4. Veränderung der Rückstellungen (ohne Kreditgeschäft)	54.278	37.335
5. Andere zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	0	0
6. Gewinn/Verlust aus der Veräußerung von Sachanlagen	-49	-7
7. Gewinn/Verlust aus der Veräußerung von Finanzanlagen	-18.990	-3.111
8. Sonstige Anpassungen (Saldo)	-257.895	-113.767
Zwischensumme	-79.229	116.911
VERÄNDERUNG DES VERMÖGENS UND DER VERBINDLICHKEITEN AUS LAUFENDER GESCHÄFTSTÄTIGKEIT		
9. Forderungen an Kreditinstitute	-284.770	211.794
10. Forderungen an Kunden	203.053	422.912
11. Wertpapiere	1.637.664	-789.234
12. Andere Aktiva	-1.454.581	-142.350
13. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-2.595.396	3.194.053
14. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	-612.249	-660.317
15. Verbriefte Verbindlichkeiten	3.210.110	-3.144.318
16. Andere Passiva	-639.576	531.369
17. Erhaltene Zinsen und Dividenden	2.015.147	1.935.789
18. Gezahlte Zinsen	-1.756.374	-1.821.382
19. Außerordentliche Ein-/Auszahlungen	0	0
20. Ertragsteuerzahlungen	-878	-641
Cash Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	-357.079	-145.414
21. Einzahlungen aus Abgängen des Finanzanlagevermögens	28.701	42.258
22. Einzahlungen aus Abgängen des Sachanlagevermögens	76	9
23. Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-92.861	-27.912
24. Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-8.889	-6.380
25. Mittelveränderung aus sonstiger Investitionstätigkeit (Saldo)	0	0
Cash Flow aus der Investitionstätigkeit	-72.973	7.975
26. Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	48.576	0
27. Auszahlungen an Unternehmenseigner	0	0
28. Mittelveränderung aus sonstigem Kapital (Saldo)	0	0
Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit	48.576	0
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	-381.476	-137.439
Wechselkurs- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	0	0
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	419.923	557.362
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	38.447	419.923

EIGENKAPITALSPIEGEL DER L-BANK ZUM 31.12.2014

	Gezeichnetes Kapital TEUR	Kapitalrücklage TEUR	Erwirtschaftetes Eigenkapital		Eigenkapital TEUR
			Gewinnrücklagen TEUR	Bilanzgewinn TEUR	
Stand zum 31.12.2012	250.000	950.851	1.167.000	148.295	2.516.146
Zuführung zu den Gewinnrücklagen			148.000	-148.000	0
Jahresüberschuss 2013				100.768	100.768
Stand zum 31.12.2013	250.000	950.851	1.315.000	101.063	2.616.914
Zuführung zur Kapitalrücklage		48.576			48.576
Zuführung zu den Gewinnrücklagen			100.000	-100.000	0
Jahresüberschuss 2014				49.188	49.188
Stand zum 31.12.2014	250.000	999.427	1.415.000	50.251	2.714.678

ANHANG ZUM JAHRESABSCHLUSS DER L-BANK ZUM 31.12.2014

ALLGEMEINE GRUNDSÄTZE

Die L-Bank (Landeskreditbank Baden-Württemberg – Förderbank) wurde mit Gesetz vom 11.11.1998 zum 01.12.1998 errichtet. Gemäß § 2 Abs. 1 Satz 1 des Gesetzes über die L-Bank beträgt das Grundkapital der Bank 250 Mio. EUR.

Die L-Bank hat ihren Sitz in Karlsruhe und eine Niederlassung in Stuttgart. Es bestehen keine Niederlassungen außerhalb der Bundesrepublik Deutschland.

Der Jahresabschluss der L-Bank wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt.

Die Gliederung der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung entspricht den Formblättern der RechKredV. Der Posten Zinsaufwendungen wurde um einen Davon-Vermerk ergänzt (§ 265 Abs. 5 HGB).

Die ausgewiesenen Mehrheitsbeteiligungen sind insgesamt von untergeordneter Bedeutung. Auf die Aufstellung eines Konzernabschlusses wurde daher entsprechend § 290 Abs. 5 HGB in Verbindung mit § 296 Abs. 2 HGB verzichtet.

Die Angaben nach § 26a KWG und Art. 435 ff. CRR (Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 646/2012) sind in einem eigenständigen Offenlegungsbericht enthalten, der jährlich aktualisiert und zeitnah auf der Internetseite der L-Bank veröffentlicht wird.

GRUNDSÄTZE DER WÄHRUNGSUMRECHNUNG

Die Währungsumrechnung erfolgt gemäß den Vorschriften des § 256a i.V.m. 340h HGB sowie der Stellungnahme IDW RS BFA 4. Auf Fremdwährung lautende Vermögensgegenstände und Schulden sowie nicht abgewickelte Fremdwährungskassageschäfte sind mit dem Kassamittelkurs des 30.12.2014 umgerechnet. Bei Devisentermingeschäften wird der Terminkurs in einen Kassa- und einen Zinsanteil gespalten.

Die Bank ermittelt für die Währungsumrechnung die Währungspositionen durch Gegenüberstellung der Ansprüche und Verpflichtungen aus den bilanziellen und außerbilanziellen Geschäften in der jeweiligen Währung. Diese Geschäfte werden in jeder Währung als besonders gedeckt eingestuft und bewertet. Dementsprechend werden alle Aufwendungen und Erträge aus der Währungsumrechnung gemäß § 340h HGB in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Der Ausweis eines Bewertungsüberhangs erfolgt in einem Ausgleichsposten in der Position „Sonstige Vermögensgegenstände“.

BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Die Bewertung der Vermögensgegenstände, der Verbindlichkeiten und der schwebenden Geschäfte erfolgt nach den allgemeinen Vorschriften der §§ 252 ff. HGB und unter Berücksichtigung der für Kreditinstitute geltenden Sonderregelungen (§§ 340a ff. HGB). Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sind unverändert zum Vorjahr.

FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE UND VERBINDLICHKEITEN

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden werden grundsätzlich mit dem Nennbetrag, Verbindlichkeiten mit dem Erfüllungsbetrag ausgewiesen. Unterschiedsbeträge (Agien und Disagien) zu Forderungen und Verbindlichkeiten werden in die aktiven bzw. passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zeitanteilig aufgelöst. Bearbeitungsgebühren werden sofort vereinnahmt. Niedrig- oder unverzinsliche Forderungen werden abgezinst. Begebene Zerobonds und ähnliche Verbindlichkeiten werden mit dem Ausgabewert zuzüglich zeitanteiliger Zinsen bis zum Bilanzstichtag passiviert.

Die Bank behandelt Kredite, die sie im Rahmen von Förderprogrammen im Zins selbst verbilligt, als unterverzinsliche Kreditgeschäfte. Diese Programmkredite werden mit ihrem Barwert angesetzt. Für Zinssubventionen auf unwiderriefliche Kreditzusagen im Fördergeschäft werden Rückstellungen gebildet. Die Ergebnisse aus den von der Bank getragenen Zinssubventionen werden im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Allen erkennbaren Einzelrisiken im Kreditgeschäft sowie Länderrisiken wird durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen bzw. Rückstellungen angemessen Rechnung getragen. Pauschalwertberichtigungen bestehen für das latente Kreditrisiko. Einzel- und Pauschalwertberichtigungen sind aktivisch abgesetzt bzw. werden in den Rückstellungen abgebildet.

Wertpapiere der Liquiditätsreserve werden unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips mit den Anschaffungskosten bzw. den niedrigeren Börsen- oder Marktpreisen am

Bilanzstichtag angesetzt. Zur Ermittlung der Marktwerte wurden soweit möglich Börsenkurse zum Ansatz gebracht. Sofern kein aktiver Markt vorhanden ist, werden Modellwerte verwendet, die wiederum auf Marktdaten (Zinskurven, Spreadkurven) und auf sonstigen verfügbaren Informationen (z. B. Ausfallwahrscheinlichkeiten) basieren.

Die wie Anlagevermögen behandelten Wertpapiere werden mit den fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert, wobei Unterschiedsbeträge zwischen Buchwert und Rückzahlungsbetrag laufzeitanteilig erfolgswirksam vereinnahmt werden. Abschreibungen bei Wertpapieren des Finanzanlagebestandes erfolgen bei Vorliegen einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung. Bestehen die Gründe für eine dauerhafte Wertminderung nicht mehr, erfolgt eine entsprechende Wertaufholung. Für latente Risiken wurde eine pauschalisiert ermittelte Vorsorge angesetzt.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen sind entsprechend den für das Anlagevermögen geltenden Regeln zu Anschaffungskosten oder bei voraussichtlich dauerhafter Wertminderung zum niedrigeren beizulegenden Wert am Bilanzstichtag bilanziert. Bestehen die Gründe für eine dauerhafte Wertminderung nicht mehr, erfolgt eine entsprechende Wertaufholung.

SACHANLAGEN UND IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Die immateriellen Anlagewerte sowie die Sachanlagen sind zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, bewertet. Sofern notwendig,

werden bei voraussichtlich dauernder Wertminderung außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden in einem jährlichen Sammelposten zusammengefasst und über fünf Jahre abgeschrieben.

RÜCKSTELLUNGEN

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen werden unter Verwendung der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Heubeck nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelt. Als Bewertungsmethode wird die projizierte Einmalbeitragsmethode (PUC) angewendet. Der verwendete Rechnungszinsfuß beträgt 4,53 % (Vorjahr: 4,90 %). Künftige Gehalts- und Rentenanpassungen sind mit durchschnittlich 2 % p.a. in die Berechnung einbezogen.

Die sonstigen Rückstellungen sind in Höhe des erforderlichen Erfüllungsbetrages angesetzt und berücksichtigen alle erkennbaren Risiken aus ungewissen Verbindlichkeiten und drohenden Verlusten aus schwebenden Geschäften. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst.

Die Aufwandsrückstellungen i.S.d. § 249 Abs. 1 Satz 3, Abs. 2 HGB a.F. werden so lange fortgeführt, bis sie bei Eintritt des Ereignisses, für das sie gebildet wurden, zweckentsprechend verbraucht werden bzw. wegen Wegfall des Rückstellungsgrundes aufzulösen sind.

Die Aufzinsung der Rückstellungen (inklusive Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen) in Höhe von 19,2 Mio. EUR (Vorjahr: 12,8 Mio. EUR) wird im Zinsergebnis ausgewiesen.

VERLUSTFREIE BEWERTUNG DES BANKBUCHS

Die Überprüfung des Bankbuchs im Sinne von IDW RS BFA 3 zur Sicherstellung der verlustfreien Bewertung erfolgt nach einem barwertorientierten Ansatz. Basis der Berechnung bilden die Buchwerte (Ansatz in der Bilanz), diskontierte Cashflows sowie die Risikokosten und die zukünftigen Verwaltungsaufwendungen für die Abwicklung der Positionen.

Aus der Bewertung der Geschäfte ergab sich unverändert kein Rückstellungsbedarf.

BILANZIERUNG VON SICHERUNGSZUSAMMENHÄNGEN

Zur Absicherung bilanzieller Risiken werden derivative Sicherungsgeschäfte und Garantien hereingenommen. Derivative Geschäfte schließt die Bank zur Absicherung der Gesamtzinsrisikoposition oder einzelgeschäftsbezogen ab. Der Ergebnisbeitrag der Derivate wird grundsätzlich im Zinsergebnis gezeigt.

Soweit notwendig werden Grundgeschäft und Sicherungsgeschäft als Bewertungseinheit i.S.d. § 254 HGB zusammengefasst. Bei diesen Bewertungseinheiten stimmen

die bewertungsrelevanten Parameter vollständig überein (Perfect Hedges). Die bilanzielle Abbildung erfolgt in diesem Fall nach der sogenannten „Einfrierungsmethode“, bei der die sich ausgleichenden gegenläufigen Wertänderungen (Änderungen der beizulegenden Zeitwerte von Grundgeschäft und Sicherungsinstrument aufgrund des abgesicherten Risikos) in Bilanz und GuV unberücksichtigt bleiben.

In der unten stehenden Tabelle sind die Grundgeschäfte der Bewertungseinheiten i.S.d. § 254 HGB dargestellt. Die angegebenen Buchwerte wurden gegebenenfalls mit dem Kassamittelkurs vom 30.12.2014 in EUR umgerechnet.

GRUNDGESCHÄFT DER BEWERTUNGSEINHEIT				
	Buchwert in TEUR	davon Zinsrisiko	davon Währungsrisiko	davon Preisänderungs- risiko
Vermögensgegenstände	531.610	70.500	-	461.110
Schulden	579.211	301.376	277.835	-
gesamt	1.110.821	371.876	277.835	461.110

ANHANG ZUM JAHRESABSCHLUSS DER L-BANK ZUM 31.12.2014

FRISTENGLIEDERUNG AUSGEWÄHLTER BILANZPOSTEN DER AKTIV- UND PASSIVSEITE NACH RESTLAUFZEIT ODER KÜNDIGUNGSFRIST	31.12.2014 TEUR	31.12.2013 TEUR
FORDERUNGEN AN KREDITINSTITUTE		
täglich fällig	350.595	13.067
bis drei Monate	1.477.620	1.438.336
mehr als drei Monate bis ein Jahr	3.767.708	3.747.685
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	6.851.025	8.088.028
mehr als fünf Jahre	8.323.365	7.196.893
FORDERUNGEN AN KUNDEN		
bis drei Monate	757.455	810.608
mehr als drei Monate bis ein Jahr	1.969.461	1.368.957
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	5.730.626	6.143.739
mehr als fünf Jahre	15.017.780	15.450.211
SCHULDVERSCHREIBUNGEN UND ANDERE FESTVERZINSLICHE WERTPAPIERE		
im Folgejahr fällig	2.473.222	4.248.624
VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KREDITINSTITUTEN		
täglich fällig	6.364	4.978
bis drei Monate	1.457.428	5.534.604
mehr als drei Monate bis ein Jahr	1.041.062	1.929.110
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	6.190.497	5.710.349
mehr als fünf Jahre	12.417.243	10.528.949
VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KUNDEN		
täglich fällig	120.655	118.519
bis drei Monate	846.836	1.302.177
mehr als drei Monate bis ein Jahr	212.234	302.518
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	317.583	393.570
mehr als fünf Jahre	5.598.441	5.591.214
VERBRIEFTE VERBINDLICHKEITEN		
im Folgejahr fällig	14.534.981	16.530.537

ERLÄUTERUNGEN ZU EINZELNEN BILANZPOSTEN

	31.12.2014 TEUR	31.12.2013 TEUR
FORDERUNGEN AN KREDITINSTITUTE		
In dieser Position sind enthalten:		
– Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	7.261.818	6.402.580
FORDERUNGEN AN KUNDEN		
In dieser Position sind enthalten:		
– Forderungen an verbundene Unternehmen	83.126	65.095
– Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	110.795	109.295
– nachrangige Forderungen	30.642	46.080
SCHULDVERSCHREIBUNGEN UND ANDERE FESTVERZINSLICHE WERTPAPIERE		
In dieser Position sind enthalten:		
– Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.669.238	2.078.184
Von den in diesem Posten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind:		
– börsennotiert	21.969.005	23.502.161
– nicht börsennotiert	605.900	678.872
Dem Anlagevermögen zugeordnet sind Wertpapiere mit einem Buchwert (exkl. anteilige Zinsen) von 21.628.127 TEUR. Davon haben Wertpapiere mit einem Buchwert von 1.504.648 TEUR einen Marktwert von 1.474.474 TEUR. Auf eine Abschreibung wurde verzichtet, da aufgrund der dauerhaften Halteabsicht kurzfristige Marktschwankungen nicht berücksichtigt werden. Die übrigen Wertpapiere des Anlagevermögens weisen eine Kurswertreserve von 2.421.102 TEUR auf.		

ANHANG ZUM JAHRESABSCHLUSS DER L-BANK ZUM 31.12.2014

ERLÄUTERUNGEN ZU EINZELNEN BILANZPOSTEN	31.12.2014 TEUR	31.12.2013 TEUR
BETEILIGUNGEN		
Von den in den Beteiligungen enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind:		
– börsennotiert	68.866	68.920
TREUHANDVERMÖGEN		
Dieser Posten teilt sich wie folgt auf:		
– Forderungen an Kreditinstitute	53.834	60.983
– Forderungen an Kunden	8.763	11.784
– sonstige Vermögensgegenstände	71	72
SACHANLAGEN		
In dieser Position sind enthalten:		
– im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Gebäude	89.227	101.498
– Betriebs- und Geschäftsausstattung	7.540	8.222
SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE		
davon nachrangig	7.523	7.524
RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN AKTIVSEITE		
– Unterschiedsbetrag zwischen Auszahlungsbetrag oder Anschaffungskosten und niedrigerem Nennbetrag von Forderungen	462.366	525.718
– Unterschiedsbetrag zwischen Ausgabebetrag und höherem Rückzahlungsbetrag von Verbindlichkeiten	61.002	62.227
VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KREDITINSTITUTEN		
In dieser Position sind enthalten:		
– Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	337.539	443.362
VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KUNDEN		
In dieser Position sind enthalten:		
– Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	426.168	441.100

ERLÄUTERUNGEN ZU EINZELNEN BILANZPOSTEN

	31.12.2014 TEUR	31.12.2013 TEUR
TREUHANDVERBINDLICHKEITEN		
Die Treuhandverbindlichkeiten verteilen sich auf		
- Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.514	5.384
- Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	59.083	67.384
- sonstige Verbindlichkeiten	71	72
RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN PASSIVSEITE		
- Unterschiedsbetrag zwischen Auszahlungsbetrag oder Anschaffungskosten und höherem Nennbetrag von Forderungen	4.755	8.858
- Unterschiedsbetrag zwischen Ausgabebetrag und niedrigerem Rückzahlungsbetrag von Verbindlichkeiten	3.517	2.855
NACHRANGIGE VERBINDLICHKEITEN UND GENUSSRECHTE		
- Zinsaufwendungen für die nachrangigen Verbindlichkeiten	18.619	24.767
- Zinsaufwendungen für Genussrechte	26.003	26.003

Folgende nachrangige Verbindlichkeiten übersteigen 10 % des Gesamtbetrags aller nachrangigen Verbindlichkeiten.

Währung	Betrag in TEUR	Zinssatz %	Fälligkeit bis
EUR	75.103	0,00	01.09.2036
EUR	40.000	2,27	14.11.2023
JPY	39.466	1,45	28.10.2015
JPY	68.771	2,14	24.08.2018

Die nachrangigen Verbindlichkeiten sind für die Verwendung als Ergänzungskapital vorgesehen und entsprechen den Bestimmungen der CRR zur Anrechnungsfähigkeit. Wesentlich hierbei ist die Nachrangigkeit der Verbindlichkeit der Bank im Verhältnis zu allen nicht nachrangigen Verbindlichkeiten gegenüber anderen Gläubigern. Im Falle der Liquidation werden zuerst die Verbindlichkeiten aller anderen Gläubiger im vollen Umfang befriedigt, bevor Zahlungen an die Nachranggläubiger erfolgen.

Eine nachträgliche Beschränkung des Nachrangs sowie der mindestens fünfjährigen Ursprungslaufzeit oder der Kündigungsfristen ist ausgeschlossen.

Die L-Bank ist nach den landesgesetzlichen Bestimmungen nicht insolvenzfähig.

ANHANG ZUM JAHRESABSCHLUSS DER L-BANK ZUM 31.12.2014

EINZELNE BETRÄGE, DIE FÜR DIE BEURTEILUNG DES JAHRESABSCHLUSSES NICHT UNWESENTLICH SIND	31.12.2014 TEUR	31.12.2013 TEUR
SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE		
– Ausgleichsposten aus der Währungsumrechnung	1.333.286	–
– Forderungen aus Swaps	416.693	322.179
– Kunstgegenstände	14.653	14.631
– Partizipationsscheine	7.523	7.524
AKTIVE RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		
– vorab geleistete Einmalzahlungen aus Swaps	261.526	159.520
SONSTIGE VERBINDLICHKEITEN		
– Ausgleichsposten aus der Währungsumrechnung	–	493.723
– endfällige Einmalzahlungen aus Swaps	342.743	265.904
PASSIVE RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		
– vorab erhaltene Einmalzahlungen aus Swaps	1.025.986	1.020.702
RÜCKSTELLUNGEN		
unter den anderen Rückstellungen:		
– Rückstellungen für zinsverbilligte Darlehen	71.462	76.118
EVENTUALVERBINDLICHKEITEN UND ANDERE VERPFLICHTUNGEN		
In den Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen sind enthalten:		
– Kreditbürgschaften gegenüber Kreditinstituten	544.569	873.635
– Credit Default Swaps	3.959.046	4.092.148
Der überwiegende Teil der Eventualverbindlichkeiten beinhaltet Kreditrisiken von Kreditnehmern erstklassiger Bonität. 96,3 % des Gesamtbestandes an Eventualverbindlichkeiten besitzen ein Investment-Grade-Rating.		
PROVISIONSERTRÄGE		
– Erträge aus sonstigen Dienstleistungen	37.658	35.387
SONSTIGE BETRIEBLICHE ERTRÄGE		
– Erträge aus Dienstleistungen für Dritte	625	5.873
– Erträge aus Vermietung	4.589	4.863

EINZELNE BETRÄGE, DIE FÜR DIE BEURTEILUNG DES JAHRESABSCHLUSSES NICHT UNWESENTLICH SIND

	31.12.2014 TEUR	31.12.2013 TEUR
ALLGEMEINE VERWALTUNGS-AUFWENDUNGEN		
Unter den anderen Verwaltungsaufwendungen sind Honorare (exkl. USt.) an den Abschlussprüfer erfasst:		
- für die Abschlussprüfungsleistungen	375	365
- für andere Bestätigungsleistungen	0	12
- für Steuerberatungsleistungen	0	1
SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN		
- Aufwendungen für im Rahmen der Abwicklung von Förderprogrammen für das Land Baden-Württemberg gewährte Zuschüsse	19.814	23.031
GESAMTBETRAG DER AUF FREMDWÄHRUNG LAUTENDEN VERMÖGENSGEGENSTÄNDE UND SCHULDEN		
- Vermögensgegenstände	3.957.378	3.606.447
- Schulden	25.271.078	18.052.777
Das Devisenkursänderungsrisiko aus den Fremdwährungs-Bilanzposten ist im Wesentlichen durch außerbilanzielle Sicherungsgeschäfte gedeckt. Die Währungsumrechnung ergab einen sonstigen betrieblichen Ertrag in Höhe von	71	—
Im Vorjahr ergab die Währungsumrechnung einen sonstigen betrieblichen Aufwand in Höhe von	—	332

SICHERHEITSLAISTUNGEN

Für Refinanzierungen bei der Deutschen Bundesbank sind Wertpapiere in Höhe von insgesamt 11.312 Mio. EUR (Vorjahr: 12.758 Mio. EUR) hinterlegt. Im Rahmen von Offenmarktgeschäften waren per 31.12.2014 keine Wertpapiere kreditiert (Vorjahr: 3.800 Mio. EUR). Für die Teilnahme an der EUREX (elektronische Terminbörse) wurden keine Wertpapiere (Vorjahr: nominal 5 Mio. EUR) hinterlegt. Zur Besicherung von OTC-Geschäften wurden liquide Sicherheitsleistungen in Höhe von 2.618 Mio. EUR (Vorjahr: 2.884 Mio. EUR) geleistet, die als Forderungen an Kreditinstitute ausgewiesen werden, und liquide Sicherheitsleistungen in Höhe von 278 Mio. EUR (Vorjahr: 3 Mio. EUR) hereingenommen, die unter den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ausgewiesen sind.

GESCHÄFTE MIT NAHE STEHENDEN UNTERNEHMEN UND PERSONEN

Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen und Personen, die zu marktüblichen Konditionen abgeschlossen wurden, haben per 31.12.2014 einen Bilanzwert in Höhe von 17,2 Mio. EUR (Vorjahr: 18 Mio. EUR). Hierbei handelt es sich um ein Gesellschafterdarlehen.

SONSTIGE FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN

Mit der Übernahme der Beteiligung an der Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) zum 01.01.2005 wurde die L-Bank als Gewährträger der LBBW aufgenommen. Damit haftet die L-Bank als Gewährträger für alle bis 18.07.2005 eingegangenen Verbindlichkeiten der LBBW als Gesamtschuldner, im Innenverhältnis jedoch entsprechend ihren Kapitalanteilen. Bei einer Inanspruchnahme der L-Bank für vor dem 01.01.2005 eingegangene Verbindlichkeiten kann sie die bisherigen Gewährträger gesamtschuldnerisch in vollem Umfang in Anspruch nehmen.

Zum Bilanzstichtag bestehen keine Geschäfte im Sinne des § 285 Nr. 3 und 3a HGB, die für die Beurteilung der Finanzlage der Bank von Bedeutung sind.

ANHANG ZUM JAHRESABSCHLUSS DER L-BANK ZUM 31.12.2014

DERIVATIVE GESCHÄFTE

Die L-Bank hatte zum Bilanzstichtag derivative Finanzgeschäfte (Termingeschäfte im Sinne des § 36 RechKredV), die mit Ausnahme der Kreditderivate der Absicherung gegen Zins- und Wechselkursrisiken dienen, in nachstehendem Umfang im Bestand. Eine Aufrechnung von positiven gegen negative Marktwerte (Netting) aus Verträgen mit demselben Kontrahenten wurde bei der Darstellung der derivativen Geschäfte nicht vorgenommen. Grundsätzlich liegen konkursfeste Nettingvereinbarungen vor. Weiterhin hat die L-Bank mit ihren wesentlichen Geschäftspartnern Collateral-Vereinbarungen geschlossen, mit dem Ziel, das gegenseitige existierende Ausfallrisiko durch die Leistung von Barsicherheiten zu reduzieren.

In Grundgeschäfte eingebettete, vollständig gedeckte derivative Strukturen wurden nicht in die Tabellen aufgenommen. Die derivativen Geschäfte gliedern sich wie folgt:

DERIVATIVE GESCHÄFTE – DARSTELLUNG DER VOLUMINA	Nominal- werte 31.12.2014	Nominal- werte 31.12.2013	Marktwerte positiv 31.12.2014	Marktwerte negativ 31.12.2014	Marktwerte positiv 31.12.2013	Marktwerte negativ 31.12.2013
in Mio. EUR						
ZINSRISIKEN						
Zinsswaps	73.372	79.982	3.341	-6.205	2.200	-4.051
Zinsrisiken – gesamt	73.372	79.982	3.341	-6.205	2.200	-4.051
WÄHRUNGSRISIKEN						
– Devisentermingeschäfte, -swaps	9.230	6.547	334	-6	3	-172
– Währungs-, Zinswährungsswaps	17.963	13.512	1.387	-1.293	240	-1.250
Währungsrisiken – gesamt	27.193	20.059	1.721	-1.299	243	-1.422
KREDITDERIVATE (CDS)						
Sicherungsgeber	3.959	4.092	2	-2	-	-10
Kreditderivate – gesamt	3.959	4.092	2	-2	-	-10

Aus den Zins-/Währungsswaps und den zugehörigen Grundgeschäften, insbesondere den begebenen Fremdwährungs-Schuldverschreibungen, ergeben sich per saldo kein wesentliches Devisenergebnis und kein Zinsbewertungsergebnis. In Höhe von 1.333 Mio. EUR sind die Marktwerte der Zins-/Währungsswaps und Devisenswaps auf die Veränderungen der Devisenkassakurse zurückzuführen. In dieser Höhe wurde ein aktiver Ausgleichsposten aus der Währungsumrechnung gebildet, der unter den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesen ist.

Die Zinsswaps des Bankbuchs, die im Wesentlichen der Steuerung der Gesamt-Zinsrisikoposition dienen, weisen Ende 2014 saldiert einen negativen Marktwert in Höhe von 2.865 Mio. EUR auf. Diese Zinsswaps bleiben bilanziell unbewertet, da in den aktiven und passiven Bilanzposten zinsinduzierte stille Reserven enthalten sind, die wesentlich größer sind als die negativen Marktwerte der Zinsswaps.

Die Credit Default Swaps (CDS), bei denen die L-Bank Sicherungsgeber ist, sind mit dem Nominalvolumen in Höhe von 3.959 Mio. EUR in den Eventualverbindlichkeiten enthalten.

DERIVATIVE GESCHÄFTE – KONTRAHENTENGLIEDERUNG	Nominal-	Nominal-	Marktwerte	Marktwerte	Marktwerte	Marktwerte
	werte	werte	positiv	negativ	positiv	negativ
in Mio. EUR	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2013
– Banken in der OECD	90.805	89.834	4.513	–6.130	2.198	–4.476
– Öffentliche Stellen in der OECD	66	114	0	–3	2	–8
– Sonstige Kontrahenten (inkl. Börsengeschäfte)	13.653	14.185	551	–1.373	243	–999
Gesamt	104.524	104.133	5.064	–7.506	2.443	–5.483

DERIVATIVE GESCHÄFTE – FRISTENGLIEDERUNG	Zinsrisiken	Zinsrisiken	Währungs-	Währungs-	Kredit-	Kredit-
	in Mio. EUR	in Mio. EUR	risiken	risiken	derivate	derivate
in Mio. EUR	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013
Restlaufzeiten						
– bis 3 Monate	1.825	5.472	6.667	4.302	–	–
– bis 1 Jahr	8.333	9.566	5.676	5.327	351	311
– bis 5 Jahre	29.944	34.103	10.120	6.242	3.608	3.781
– über 5 Jahre	33.270	30.841	4.730	4.188	–	–
Gesamt	73.372	79.982	27.193	20.059	3.959	4.092

Es bestehen keine Handelsgeschäfte.

BEWERTUNG DER DERIVATIVEN FINANZINSTRUMENTE

Die Marktbewertung der Derivate beruht auf Marktdaten zum 31.12.2014. Es werden Zinskurven, Wechselkurse, CDS-Spreadkurven, CFC-, Swaption- und FX-Volatilitäten einbezogen, die die Bank von externen Anbietern erhält. In den Zinsstrukturmodellen benötigte Parameter werden z.T. durch Kalibrierung unter Verwendung von historischen Zeitreihen gewonnen (Mean-Reversion-Parameter bei Hull-White-Modellen sowie Korrelationsparameter).

Produktgruppe	Wesentliches Bewertungsmodell
Zins- und Devisenderivate	DCF-Methode
Caps/Floors, Swaptions	Black 76
Komplexe Zinsstrukturen	Zinsstrukturmodelle (BGM-Modell, Hull-White-Modell, modifiziertes Hull-White-Modell für mehrere Währungen)
Kreditderivate	Intensitätsmodell

ANGABEN ZUR STEUERPFICHT

Die L-Bank ist gem. § 5 Abs. 1 Nr. 2 KStG und § 3 Nr. 2 GewStG von der Körperschaft- und Gewerbesteuer befreit.

ANHANG ZUM JAHRESABSCHLUSS DER L-BANK ZUM 31.12.2014

ANTEILSBESITZ GEMÄSS § 285 NR. 11 HGB/§ 340 A ABS. 4 NR. 2 HGB

Nr. Name/Sitz	unmittelbare Anteile in %	Eigenkapital* in TEUR	Ergebnis* in TEUR
1. Austria Beteiligungsgesellschaft mbH, Stuttgart	33,34	35.566	108
2. Baden-Württemberg International – Gesellschaft für internationale wirtschaftliche und wissenschaftliche Zusammenarbeit mbH, Stuttgart	24,00	3.518	-3.704
3. BrandMaker GmbH, Karlsruhe	35,65	-7.599	-5.853
4. CONTTEK Holding GmbH, Pforzheim	44,75	8.588	92
5. DBAG Expansion Capital Fund GmbH & Co. KG, Frankfurt/Main	22,68	7.292	-876
6. Digital Commerce Network GmbH, Karlsruhe	42,33	-632	-288
7. EB Automotive Group GmbH, Wallerstein	30,97	***	***
8. GUTEX Holzfaserplattenwerk H. Henselmann GmbH & Co. KG, Waldshut-Tiengen	36,50	24.966	4.923
9. H. Henselmann Verwaltungsgesellschaft mbH, Waldshut-Tiengen	36,57	415	8
10. iQuest Holding GmbH, Frankfurt/Main	27,83	766	495
11. MBG Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Baden-Württemberg GmbH, Stuttgart	26,80	52.010	5.241
12. Micropelt GmbH, Freiburg	20,10	***	***
13. PT German Centre Indonesia II, Tangerang, Indonesien	98,42	489**	-220**
14. Rhitex-Bauplatten Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Waldshut-Tiengen	36,55	96	5
15. SeeTec AG, Bruchsal	47,71	29	-1.978
16. Selbca Holding GmbH, Berlin	36,55	7.670	704
17. Staufen.AG Beratung Akademie Beteiligung, Köngen	25,10	5.197	-406
18. StEP Stuttgarter Engineering Park GmbH, Stuttgart	100,00	5.833	-1.028

ANTEILSBESITZ GEMÄSS § 285 NR. 11 HGB/§ 340 A ABS. 4 NR. 2 HGB

Nr. Name/Sitz	unmittelbare Anteile in %	Eigenkapital* in TEUR	Ergebnis* in TEUR
19. Strohheker Holding GmbH, Pforzheim	49,50	1.643	7
20. SYMPORE GmbH, Tübingen	34,98	***	***
21. Technologiepark Karlsruhe GmbH, Karlsruhe	96,00	10.604	1.249
22. Technologieparks Tübingen-Reutlingen GmbH, Tübingen	100,00	9.371	748
23. Wessel-Werk Beteiligungsverwaltung GmbH, Karlsruhe	35,00	***	***

* Jeweils des letzten Geschäftsjahres, für das ein Jahresabschluss vorliegt.

** Umrechnungskurs: 1 EUR = 15.099,7 IDR.

*** Wegen Insolvenz wurde kein Jahresabschluss erstellt.

ANHANG ZUM JAHRESABSCHLUSS DER L-BANK ZUM 31.12.2014

ANLAGEN-SPIEGEL								
Anlagevermögen Bilanzposten	Anschaffungs- kosten 01.01.2014 TEUR	Zugänge TEUR	Abgänge TEUR	Umbuchungen TEUR	Zuschreibungen kumuliert TEUR	Abschreibungen kumuliert TEUR	Buchwert 31.12.2014 TEUR	Jahres- Abschreibungen 2014 TEUR
Schuldverschreibungen und andere festverzins- liche Wertpapiere	23.867.360						21.628.127	-
Beteiligungen	752.107						572.798	-1.173
Anteile an verbun- denen Unternehmen	29.534						21.309	-772
Immaterielle Vermögenswerte	28.496	2.340	-98	-	-	-20.553	10.184	-1.362
Sachanlagen	219.289	6.549	-1.104	-	-	-116.619	108.116	-15.945
Sonstige Vermögensgegen- stände	14.654	22	-1	-	-	-22	14.653	-
					Nettoveränderung nach § 34 Abs. 3 S. 2 RechKredV: -2.426.767			

VERGÜTUNGEN DER MITGLIEDER DES VORSTANDS UND DES VERWALTUNGSRATS

Vergütungen der Mitglieder des Vorstands in TEUR	Feste Vergütung	Erfolgs- abhängige Vergütung	sonstige geldwerte Vorteile	Vergütungen von Dritten im Hinblick auf die Tätigkeit als Vorstand	Gesamt
Christian Brand Vorsitzender	237	119	11	44	411
Dr. Axel Nawrath Vorsitzender	353	0	11	8	372
Prof. Dr. Manfred Schmitz-Kaiser Stv. Vorsitzender	533	0	20	5	558
Dr. Karl Epple	410	0	25	10	444
Dr. Ulrich Theileis	482	0	19	3	504
Gesamt	2.015	119	86	68	2.289

Für das Geschäftsjahr 2013 wurden im Jahr 2014 erfolgsabhängige Vergütungen von 698 TEUR ausbezahlt. Im Jahr 2014 erhielten die Mitglieder des Vorstands Beihilfen nach beamtenrechtlichen Grundsätzen in Höhe von insgesamt 31 TEUR. Für die Mitglieder des Vorstands besteht eine Versorgungszusage nach Beendigung der Vorstandstätigkeit.

VERGÜTUNGEN DER MITGLIEDER DES VORSTANDS UND DES VERWALTUNGSRATS

Vergütungen der Mitglieder des Verwaltungsrats in TEUR	Mitgliedschaft Verwaltungsrat*	Mitgliedschaft Ausschüsse*	Sitzungsgeld	Gesamt
Dr. Nils Schmid* Vorsitzender	9,0	3,9	1,1	14,0
Alexander Bonde* Stv. Vorsitzender	7,5	3,9	0,5	11,9
Reinhold Gall* Stv. Vorsitzender	7,5	3,9	0,9	12,3
Katrin Altpeter*	6,0		0,2	6,2
Leni Breymaier	6,0		0,6	6,6
Dr. Maximilian Dietzsch-Doertenbach	6,0	3,9	1,1	11,0
Roger Kehle	6,0		0,5	6,5
Gabriele Kellermann	6,0	2,4	1,1	9,5
Dr. Peter Kulitz	6,0		0,8	6,8
Klaus-Peter Murawski*	6,0		0,6	6,6
Dr. Dieter Salomon	6,0		0,3	6,3
Claus Schmiedel	6,0		0,3	6,3
Edith Sitzmann	6,0		0,5	6,5
Franz Untersteller*	6,0	2,4	0,6	9,0
Joachim Wohlfeil	6,0		0,5	6,5
Clemens Meister	6,0		0,8	6,8
Tatjana Aster	6,0		0,8	6,8
Thomas Dörflinger	6,0		0,8	6,8
Gesamt	114,0	20,4	11,4	145,8

* Es besteht eine Ablieferungspflicht an das Land Baden-Württemberg.

ANHANG ZUM JAHRESABSCHLUSS DER L-BANK ZUM 31.12.2014

VERGÜTUNGEN DER MITGLIEDER DES VORSTANDS UND DES VERWALTUNGSRATS	31.12.2014 TEUR	31.12.2013 TEUR
- Bezüge ehemaliger Vorstandsmitglieder bzw. von deren Hinterbliebenen	1.130	1.211
- Bezüge Beirat (inkl. Reisekosten)	155	149
- für frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene bestehende Pensionsrückstellungen	17.249	12.707

KREDITE AN VERWALTUNGSORGANE (EINSCHL. HAFTUNGSVERHÄLTNISSE)	31.12.2014 TEUR	31.12.2013 TEUR
- Vorstand	417	800

Alle Kredite sind marktgerecht verzinst.

ZAHL DER IM JAHRESDURCHSCHNITT 2014 BESCHÄFTIGTEN MITARBEITER	männlich	weiblich	gesamt
Mitarbeiter *	479	673	1.152
davon: Vollzeitbeschäftigte	455	402	857
Teilzeitbeschäftigte	24	271	295

* Ohne Auszubildende und Praktikanten.

MANDATE DER VORSTANDSMITGLIEDER UND DER MITARBEITER DER L-BANK GEM. § 340A ABS. 4 NR. 1 HGB

PROF. DR. MANFRED SCHMITZ-KAISER, STV. VORSITZENDER DES VORSTANDS

BioPro Baden-Württemberg GmbH, Stuttgart	Mitglied des Aufsichtsrats
BWK GmbH Unternehmensbeteiligungsgesellschaft, Stuttgart	Mitglied des Aufsichtsrats
MBG Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Baden-Württemberg GmbH, Stuttgart	Mitglied des Aufsichtsrats
Tourismus-Marketing GmbH Baden-Württemberg, Stuttgart	stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats

DR. KARL EPPLE, MITGLIED DES VORSTANDS

Baden-Württembergische Spielbanken Managementgesellschaft mbH, Baden-Baden	Mitglied des Aufsichtsrats
Bau- und Wohnungsverein Stuttgart, Stuttgart	Vorsitzender des Verwaltungsrats
Business-Park Göppingen GmbH, Göppingen	stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats
Sächsische Aufbaubank – Förderbank, Dresden	stv. Mitglied des Verwaltungsrats

DR. ULRICH THEILEIS, MITGLIED DES VORSTANDS

Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank AG, Bregenz	Mitglied des Aufsichtsrats
---	----------------------------

ORGANE DER L-BANK

VORSTAND	VERWALTUNGSRATSMITGLIEDER 2014			
Christian Brand Vorsitzender bis 30.06.2014	Ordentliche Mitglieder		Beratende Mitglieder	
Dr. Axel Nawrath Vorsitzender seit 01.07.2014				
Prof. Dr. Manfred Schmitz-Kaiser Stv. Vorsitzender	Dr. Nils Schmid MdL Finanz- und Wirtschaftsminister – Vorsitzender –	Roger Kehle Präsident des Gemeindetags Baden-Württemberg e.V.	Edith Sitzmann MdL Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	Clemens Meister Vorsitzender des Gesamtpersonalrats der L-Bank, Karlsruhe
Dr. Karl Epple	Alexander Bonde Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz – Stv. Vorsitzender –	Gabriele Kellermann Mitglied des Vorstands der BBBank eG	Franz Untersteller MdL Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft	Tatjana Aster Vorsitzende des Personalrats der L-Bank Karlsruhe
Dr. Ulrich Theileis	Reinhold Gall MdL Innenminister – Stv. Vorsitzender –	Dr. Peter Kulitz Präsident der Industrie- und Handelskammer Ulm Geschäftsführender Gesellschafter ESTA Apparatebau GmbH & Co. KG	Joachim Wohlfeil Präsident der Handwerkskammer Karlsruhe	Thomas Dörflinger Vorsitzender des Personalrats der L-Bank, Stuttgart
	Katrin Altpeter MdL Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren	Klaus-Peter Murawski Staatssekretär im Staatsministerium		
	Leni Breymaier Landesbezirksleiterin VER.DI Baden-Württemberg	Dr. Dieter Salomon Vizepräsident des Städtetages Baden-Württemberg e.V.		
	Dr. Maximilian Dietzsch-Doertenbach Geschäftsführer der Doertenbach & Co. GmbH	Claus Schmiedel MdL Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion		

Stellvertretende Mitglieder

<p>Dipl.-Kfm. Helmut Althammer Geschäftsführender Gesellschafter Althammer GmbH & Co. KG</p>
<p>Catharina Clay Landesbezirksleiterin IG BCE Baden-Württemberg</p>
<p>Dr. Roman Glaser Präsident des Baden-Württembergischen Genossenschaftsverbandes e. V.</p>
<p>Wilhelm Freiherr von Haller Co-Leiter Privat- und Firmenkunden Deutsche Bank AG</p>
<p>Peter Hofelich MdL</p>
<p>Jürgen Lämmle Ministerialdirektor im Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren</p>
<p>Andrea Lindlohr MdL Stv. Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen</p>

<p>Helmfried Meinel Ministerialdirektor im Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft</p>
<p>Rainer Reichhold Präsident der Handwerkskammer Region Stuttgart</p>
<p>Wolfgang Reimer Ministerialdirektor im Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz</p>
<p>Ingo Rust MdL Staatssekretär im Ministerium für Finanzen und Wirtschaft</p>
<p>Dr. Florian Stegmann Ministerialrat Leiter der Abt. I im Staatsministerium</p>
<p>Joachim Walter Präsident des Landkreistages Baden-Württemberg</p>
<p>Dr. Herbert O. Zinell Ministerialdirektor im Innenministerium</p>

Weitere stellvertretende Mitglieder

<p>Matthias Broß Regierungsrat Referent im Referat Haushalts- und Steuerpolitik, Liegenschaften und Beteiligungen im Staatsministerium</p>
<p>Joachim Hauck Ministerialdirigent Leiter der Abteilung Landwirtschaft im Ministerium für Ländlichen Raum, und Verbraucherschutz</p>
<p>Volker Jochimsen Ministerialdirigent Leiter der Abteilung Verfassung, Kommunal- und Sparkassenwesen, Recht im Innenministerium</p>

<p>Johann-Christoph Kleinschmidt Ministerialrat Leiter der Zentralstelle im Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren</p>
<p>Walter Leibold Ministerialdirigent Leiter der Abteilung Finanzpolitik und Beteiligungen im Ministerium für Finan- zen und Wirtschaft</p>
<p>Jutta Lück Ministerialdirigent Leiterin der Abteilung Verwaltung im Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft</p>

VORSCHLAG DES VORSTANDS FÜR DIE VERWENDUNG DES BILANZGEWINNS

Der Vorstand schlägt dem Verwaltungsrat vor, aus dem Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 2014 in Höhe von 50.250.540,41 EUR den anderen Gewinnrücklagen 50.000.000,00 EUR zuzuführen und den verbleibenden Betrag von 250.540,41 EUR auf neue Rechnung vorzutragen.

Karlsruhe, 24. Februar 2015

L-Bank

Dr. Axel Nawrath

Prof. Dr. Manfred Schmitz-Kaiser

Dr. Karl Epple

Dr. Ulrich Theileis

ERKLÄRUNG DES VORSTANDS ZUM JAHRESABSCHLUSS DER L-BANK ZUM 31.12.2014

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Bank vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Bank so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Bank beschrieben sind.

Karlsruhe, 24. Februar 2015

Dr. Axel Nawrath

Prof. Dr. Manfred Schmitz-Kaiser

Dr. Karl Epple

Dr. Ulrich Theileis

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Kapitalflussrechnung, Eigenkapitalpiegel und Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Landeskreditbank Baden-Württemberg – Förderbank –, Karlsruhe, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungs-

grundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Stuttgart, 24. Februar 2015

Ernst & Young GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Frey
Wirtschaftsprüfer

Müller
Wirtschaftsprüfer

Herausgeber:
L-Bank

Schlossplatz Tel. 0721 150-0
76113 Karlsruhe Fax 0721 150-1001

Börsenplatz 1 Tel. 0711 122-0
70174 Stuttgart Fax 0711 122-2112

www.l-bank.de



Druck: Dr. Cantz'sche Druckerei Medien GmbH

